



**universität
wien**

Diplomarbeit

Das Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“

**Eine Darstellung des Vorhabens, eine Einschätzung der Begleitumstände und eine
Analyse der politischen Unterstützung durch die österreichische Bundesregierung**

Verfasser: Aaron Sterniczky

angestrebter Titel: Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2011

Matrikelnummer:	9473826
Studienkennzahl laut Studienblatt:	A 300
Studienrichtung laut Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorák

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im März 2011

Aaron Sterniczky

Nabucco:
Che parli tu?

Abigaille:
Soscirivi!

Nabucco:
M'ange un peniseir!

Nabucco:
Was hast du vor?

Abigail:
Vollstrecke es!

Nabucco:
Furchtbare Ahnung!

- Nabucco, 3. Akt
Libretto: Temistocle Solera
Musik: Giuseppe Verdi

Inhaltsverzeichnis

Eidesstaatliche Erklärung	2
Inhaltsverzeichnis	4
Ouvertüre	7
Ein Opernabend als Rahmenprogramm und Anlass der Namensgebung	7
Leitfaden der Arbeit	8
Methodik	9
Eigennamen - Übertragungen.....	10
Zeitraum der Datenerhebung.....	11
Die Ressource Erdgas	12
Was ist Erdgas?	12
Wie entwickelt sich die Nachfrage?	13
Wie lange halten die Reserven an? Macht der erhöhte Bedarf eine absehbare Knappheit wahrscheinlich?	15
Wo lagern nachgewiesene Erdgasvorkommen?.....	16
Landkarte I – Strategische Ellipse.....	17
Wie kommt es zur Preisbildung für Erdgas?.....	17
Wie erfolgt der Transport?	18
In medias res.....	20
Worum handelt es sich bei der Nabucco-Pipeline?	21
Die technischen Daten der Nabucco-Pipeline	21
Landkarte II – Der Trassenverlauf der Nabucco-Pipeline	22
Die juristischen Hintergründe	23
Partnerwahl.....	24
Verzögerungen des Baubeginns	25
Schwierigkeiten der Finanzierung.....	26

Eine Bestandsaufnahme der europäischen Erdgasversorgung und die	
Entwicklungsszenarien der Energiepolitik	29
Die Paradigmen der Energiepolitik und generelle Daten	29
Die Prognosen der Europäischen Union zur Erdgasversorgung und die Eigenheiten ihrer	
Mitgliedsstaaten	30
Die Energiestrategien der Europäischen Union	33
Energiepolitik unter der Berücksichtigung des Klimawandels	37
Zum skizzenhaften Verständnis des Begriffs „Klimawandel“	37
Eine Einschätzung der Wirksamkeit des Kyoto-Abkommens	39
Bedrohliche Szenarien durch den uneingeschränkten Klimawandel	42
Erdgas – im Vergleich ein sauberer Energieträger	44
Die Folgewirkungen eines bedingungslosen Ja's zu Erneuerbaren Energien	44
Erdgas – eine zukünftige Möglichkeit zur Gewährleistung der individuellen Mobilität	47
Die Festlegung auf die herausragende Bedeutung der Nabucco-Pipeline für die EU-	
Energiepolitik	50
Die Einschätzungen des Nabucco-Koordinators der EU Jozias van Aartsen	51
Zusammenfassung: Die Konturen der Unterstützung der EU für die Nabucco-Pipeline	53
Länderporträts	57
Wer könnte der Nabucco-Pipeline das notwendigen Erdgas bereitstellen?	57
Landkarte III: Südosteuropa – Schwarzes Meer – Kaspisches Meer	57
Aserbaidschan	57
Turkmenistan	61
Irak	68
Iran	70
Die OMV und ihre Partnerwahl	75
Der russisch-ukrainische Gaskonflikt	78
Ursachenforschung	78
Die umstrittene Geschäftsabwicklung	80
Absehbare Schwierigkeiten für die Gazprom	81
Gazprom und die Ansprüche	82

Das geplante Erdgas-Pipeline-Netzwerk in Europa.....	85
Landkarte IV – Geplantes Pipeline-Netzwerk in Europa.....	85
North Stream – die Röhre durch die Ostsee	86
South Stream – die Röhre durchs Schwarze Meer	87
Die Gewaltenteilung – Abriss ihrer Entstehung, ihr Wesen und der Nachvollzug durch die österreichische Bundesverfassung	89
Macht - Herrschaft	89
Der Weg zum modernen Verfassungsstaat – die Ideen John Lockes	90
Der Weg zum modernen Verfassungsstaat – die Ideen Montesquieus	93
Was alles eine Demokratie ausmacht.....	95
Die Geburtsstunde der modernen Verfassung.....	97
Die Geschichte der österreichischen Verfassung – eine bündige Rekapitulation.....	99
Das Prinzip der Gewaltenteilung in der österreichischen Bundesverfassung	103
Die Nabucco-Pipeline und die Art der Unterstützung durch die österreichische Bundespolitik	108
Die Chronologie der Ereignisse	108
Der Staatsvertrag zur Nabucco-Pipeline	109
Die Rolle des Parlaments im Prozess	110
Die Eckpunkte der Diskussion im Plenum.....	111
Der Schlussakt	115
Zusammenfassung.....	117
Abstract.....	118
Literaturverzeichnis.....	118
Internetressourcen	140
Grafik	142
Lebenslauf.....	143

Ouvertüre

Ein Opernabend als Rahmenprogramm und Anlass der Namensgebung

Die Mailänder Scala bebte. Laut Selbsteinschätzung des Komponisten markiert der Abend den Beginn seiner „eigentliche[n] Laufbahn“¹. Mit der Uraufführung des „Nabucodonosor“ am 9. März 1842 erwarb sich der junge Giuseppe Verdi die hohe Gunst des Publikums. Das Werk über den babylonischen König Nebukadnezar und die Gefangenschaft des israelitischen Volkes verbindet künstlerische mit politischer Wirkung. Der Erfolg begründete den Ruhm Verdis. Der Gefangenenchor aus dem 3. Akt wandelte sich zur geträllerten Chiffre, „zum künstlerischen Sprachrohr des Risorgimento, der Einigungsbewegung in Italien“.²

In Italien war die nationale Einigung nicht das Ergebnis völkischer Wahnvorstellungen verknüpft mit der Manipulation der Herrschenden, sondern demokratische Massenbewegungen und Befreiungskämpfe gegen reale (nicht – wie bei den Deutschen – eingebildete) Fremdherrschaft und Unterdrückung; die Opern eines Giuseppe Verdi waren der adäquate Ausdruck der gesellschaftlichen Vorgänge.³

Die Wiener Staatsoper bot „Nabucco“ und garantierte einen würdevollen Rahmen, als 2002 eine Männerriege den Abschluss geschäftlicher Verhandlungen durch ein kulturelles Abendprogramm schloss. Ob die historischen Hintergründe den spezifischen BesucherInnen während der konkreten Aufführung bewusst waren, bleibt unbekannt: Die Vorstandsvorsitzenden samt Entourage der österreichischen OMV, der ungarischen MOL, der rumänischen Transgas, der bulgarischen Bulgargaz Holding EAD und der türkischen BOTAS zeigten sich von der Darbietung jedoch so überzeugt, dass sie ihrem neu gegründeten Konsortium den Titel der Oper als Namen verpassten. Manche Kommentatoren verstehen die Namenswahl als Allegorie.

¹ zit. nach: Pahlen (Hg.) 1991, S. 183

² Fath 1998, S. 413

³ Dvorak 1997, S. 95

Die Partner kennen ein gemeinsames Ziel. Sie versprechen einander, eine Erdgas-Pipeline über das Staatsgebiet der Türkei, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns nach Österreich zu errichten. Die transeuropäische Trassenführung soll russischen Einfluss umgehen. „Damit kann der Name auch programmatisch als Befreiung aus russischer Gasknechtschaft verstanden werden, auch wenn die Konsorten diese Absicht vehement bestreiten.“⁴ Andere Ansätze erklären die Wahl des Projekttitels in dem Umstand, dass die Bezeichnung „den Ausgangspunkt des Bauvorhabens im vorderasiatischen Raum“⁵ verdeutliche.

Leitfaden der Arbeit

Die vorliegende Arbeit richtet den Fokus auf die Nabucco-Erdgas-Pipeline und die politischen Rahmenbedingungen, die den geplanten Bau begleiten. Seit dem Gründungsakt des Baukonsortiums erfahren das Fortkommen und die Schwierigkeiten der Realisierung ein breites mediales Echo. Politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten über den Sachverhalt analysieren die Begleitumstände im Regelfall aus einer sicherheitspolitischen Perspektive⁶. Diese Ausgangsposition konzentriert sich auf die Tatsache, dass die Pipeline russisches Staatsgebiet umgehe und die Versorgungssicherheit der Europäischen Union mit Erdgas durch die Diversifizierung der Lieferstaaten zunähme. So werden Druckschriften, die das Thema behandeln, beispielsweise von der österreichischen Landesverteidigungsakademie⁷ publiziert oder von der „Defence Academy of the United Kingdom“⁸ herausgegeben.

Der Aufbau dieser Arbeit konzentriert sich vorab auf die Einschätzung von zwei grundsätzlichen Forschungsfragen:

- Warum erhält ein marktwirtschaftliches Projekt, wie es die Nabucco-Pipeline ihrer Art nach ist, ein hohes Maß an politischer Rückendeckung?
- Worin liegen die Beweggründe der unterschiedlichen politischen Akteure, die Realisierung der Nabucco-Pipeline nachdrücklich zu unterstützen?

⁴ Mihm 2009b, URL

⁵ Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste 2007, S. 1

⁶ vgl. Norling 2007 oder Götz 2007

⁷ Malek 2009

⁸ Fredholm 2006

Die letzten Kapitel folgen anderen Leitgedanken.

- Wie konkretisiert sich die politische Unterstützung auf österreichischer Bundesebene?
- Auf Basis der vorangegangenen Erkenntnisse: Welche Rückschlüsse lassen sich dadurch über das Wesen des Zusammenspiels der Exekutive und Legislative auf österreichischer Bundesebene gewinnen?

Die theoretische Zuspitzung bildet eine Untersuchung der Fragestellung, wie sich die Unterstützung der Nabucco-Pipeline durch die österreichische Bundespolitik gestaltet. Als ideeller Ausgangspunkt der Diplomarbeit dient das Konzept der Gewaltenteilung. Die Anfänge der Idee liegen bei John Locke, die präziser von Charles-Louis de Secondat Montesquieu fortgeschrieben wurden. Die gängige Unterwanderung der Trennung von Exekutive und Legislative auf Bundesebene in Österreich, die Umkehrung des Abhängigkeitsverhältnisses – nicht der Nationalrat hält sich eine Regierung, sondern die Regierung hält sich ein Parlament – wird verdeutlicht und bewertet. Das Gesetzgebungsverfahren zur Nabucco-Pipeline exemplifiziert die entsprechende Systematik.

Methodik

Die Ausführungen beziehen sich vorrangig auf die Ergebnisse einer eingehenden Literaturrecherche. Besonders ertragreich erwies sich die Auswertung und Interpretation medialer Berichterstattung, dabei diente vor allem der Bestand digitaler Zeitungsarchive als reichhaltiger Fundus.

Drei ExpertInneninterviews waren als Teil des Forschungsprozesses angedacht. Per Brief wurden Hubert Kuzdas (Mitglied des SPÖ-Nationalratsclubs und Vertreter im Wirtschaftsausschuss), Maria Reich-Rohrwig (Beauftragte für die Nabucco-Pipeline des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, Abteilung IV/12 Internationale Energiepolitik) und Christian Dolezal (Pressesprecher Nabucco International) angeschrieben und um einen Gesprächstermin gebeten. Jeder Kontakt hätte eine andere Institution repräsentiert und in der Gesamtheit einen umfassenden Einblick gestattet. Das erste Ansuchen blieb von allen dreien unbeantwortet. Auf einen zweiten Versuch per E-Mail meldete sich zuerst das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend mit dem Hinweis zurück, dass Frau Dr. Maria Reich-Rohrwig ausgeschieden sei und ihre Aufgaben von Sylvia Schmidt

übernommen worden sei. Sylvia Schmidt erklärte, sie könne ein solches Gespräch nicht führen, da sie momentan eine Ausbildungsrotation durch die unterschiedlichen Fachbereiche des Ministeriums durchlaufe. Sie verwies aber auf ihren Vorgesetzten, den Sektionchef des Bereichs IV „Energie und Bergbau“. Das Ansuchen blieb trotz der vielen Verweise erfolglos. Die letzte Rückantwort beschränkte sich auf die Klarstellung, dass die „Haltung öffentlicher Stellen zu Nabucco“⁹ aus den Anlagen zu entnehmen wären. Beigefügt fand sich der Staatsvertrag über die Nabucco-Pipeline, der wurde bereits davor im Zuge der Datenerhebung einfach auf der Homepage des österreichischen Parlaments ausfindig gemacht. Eine Empfehlung schließt die E-Mail: „Wertvolle Hinweise könnte Ihnen vermutlich auch die NIC (<http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de>) geben.“¹⁰ Man möge bei der Suche nach relevanten Auskünften einen Blick auf die Homepage des Nabucco Konsortiums werfen. Ein wahrlich hilfreicher Ratschlag. Danke.

Hubert Kuzdas beantwortete weder Brief noch E-Mail.

Nur die Presseabteilung des Nabucco-Konsortiums erklärte sich schließlich bereit, Informationen weiterzugeben. Ein persönliches Gespräch wurde abgelehnt, aber die Möglichkeit gewährt Fragen per E-Mail zu senden. Da die veröffentlichten Positionen des Nabucco-Konsortiums leicht während der Recherche zu rekonstruieren waren und nur die Gesamtheit der Gesprächspartner eine mögliche Widersprüchlichkeit oder Übereinstimmung zwischen den Organisationen illustrieren ließe, wurde das Offert schließlich ausgeschlagen.

Eigennamen - Übertragungen

Die Bezeichnungen für Regionen werden als Eigennamen verstanden und deshalb durchgängig groß geschrieben. Die direkten Zitate, wo der/die AutorIn sich für eine andere Kennzeichnung entschied, bilden eine Ausnahme.

Gerade die Verwendung des Begriffs „Mittlerer Osten“ in der Arbeit ist sich des historischen Ursprungs und der damit verbundenen Problematik bewusst. Der Begriff

war eine Erfindung des amerikanischen Titularadmirals und Militärhistorikers Alfred Thayer Mahan aus dem Jahre 1902 und hatte keinerlei kulturelle oder historische Konnotationen. Gemeint war die Zone nördlich des Persischen Golfs,

⁹ E-Mail Bundesministerium für Wirtschaft, Familien und Jugend (2010)

¹⁰ ebd.

die man als einen wichtigen Schauplatz des Konflikts zwischen Großbritannien und dem Zarenreich sah [...]. Geographische Bezeichnungen, mit denen Fachleute wie Laien heute ganz unkritisch umgehen und die auch von den einheimischen Eliten in der Region selbst weithin übernommen wurden, verdanken sich [...] vielfach der Geopolitisierung der Erdbeschreibung in der Zeit des Hochimperialismus.¹¹

Für die Übertragung von Namen aus dem Kyrillischen gilt: Der Fließtext folgt der gängigsten Transkription, manche AutorInnen nutzen andere Schreibweisen.

Zeitraum der Datenerhebung

Die Datenerhebung schloss mit Jahresende 2010. Einen einzigen Sonderfall stellt die Verständigung über mögliche Gaslieferverträge zwischen der Europäischen Union und dem Aserbaidshan im Januar 2011 dar. Sie wurden aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für das Projekt in die Arbeit nacheingefügt. Alle darauf folgenden Ereignisse blieben unberücksichtigt.

¹¹ Osterhammel 2009, S. 138

Die Ressource Erdgas

Die Diplomarbeit handelt von dem Projekt einer Erdgas-Pipeline in Mittel- Südosteuropa. Bevor die Problemstellung im Detail erläutert wird, sollen generelle Fragen über die Ressource Erdgas geklärt werden und als Einstieg das Thema eröffnen.

Was ist Erdgas?

„Erdgas gehört ebenso wie Erdöl und Kohle zu den natürlich brennbaren organischen Rohstoffen.“¹²

Bei einer rein chemischen Komponente bleibt die Antwort eindeutig:

Der Begriff Erdgas umfaßt [sic] alle gasförmigen, mehr oder weniger stark verunreinigten Kohlenwasserstoffverbindungen, die aus der Erde stammen und brennbar sind. Die Zusammensetzung von Erdgas kann erheblich variieren. Hauptbestandteil des Erdgases ist Methan (CH_4), chemisch gesehen also eine organische Verbindung aus den Elementen Kohlenstoff (C) und Wasserstoff (H), bei der das Kohlenstoffatom eine molekulare Verbindung mit vier Wasserstoffatomen eingeht. Eine Aneinanderreihung dieser Methanmoleküle führt zu den kettenförmigen beziehungsweise den höheren Kohlenwasserstoffen ($\text{C}_n\text{H}_{2n+2}$), zu deren ersten Gliedern Äthan (C_2H_6), Propan (C_3H_8) und Butan (C_4H_{10}) zählen. Verunreinigungen durch Begleitkomponenten wie Kohlendioxid, Stickstoff und Schwefelwasserstoff können in unterschiedlicher Ausprägung auftreten.¹³

Unter der Bezeichnung Erdgas summiert sich eine Bandbreite molekularer Verbindungen, bedeutend scheint die Feststellung, dass innerhalb des Spektrums verschiedene Formen von Verunreinigung vorkommen.

Der Entstehungsprozess von Erdgas zeigt einen weiten Zeithorizont auf. Erst die

¹² Ueberhorst 1994, S. 21

¹³ ebd.

„Umwandlung von sedimentiertem organischem Material in Erdöl oder Kohle führte schließlich zum gleichen Endprodukt – zur Bildung von Erdgas.“¹⁴ Nach derzeitigem Wissen ist Erdgas „vermutlich entstanden [...] aus der anaeroben Vergärung von Pflanzen (Plankton, Algen) und unter hohem Druck der darüber liegenden geologischen Schichten.“¹⁵

Wie entwickelt sich die Nachfrage?

Die punktuelle Nachfrage nach Erdgas unterliegt einem starken Schwankungsbereich, bleibt jedoch durch die konstante Unkonstanz berechenbar. „Abnahmeänderungen der täglichen Gasmengen im Verhältnis 1 zu 6 zwischen Sommer und Winter sind üblich. Zusätzlich müssen stündliche Schwankungen im Bereich 1 zu 10 durch die Netze bewältigt werden.“¹⁶

Um den unregelmäßigen und plötzlich auftretenden (im Regelfall bei einem Witterungsumschwung) Bedarf zu decken, um auf Eventualitäten zu reagieren, warten Rücklagen in Speichern.

Die Entwicklung des weltweiten Erdgas-Verbrauchs weist über eine ausgedehnte Periode einen markanten Anstieg auf, und die Prognosen rechnen damit, dass der eindeutige Trend anhält. Die International Energy Agency, eine Unterorganisation der OECD und auf Energiefragen spezialisiert, erwartet massive Zuwachsraten:

Im Referenzszenario steigt der weltweite Erdgasverbrauch zwischen 2007 und 2030 von 3,0 Bill. m³ auf 4,3 Bill. m³ und damit durchschnittlich um 1,5% jährlich. [...] Über 80% des zwischen 2007 und 2030 zu verzeichnenden Anstiegs des Gasverbrauchs entfallen auf Nicht-OECD-Länder, mit der stärksten Zunahme im Nahen Osten. In Indien und China werden die höchsten Zuwachsraten zu beobachten sein. Den größten Beitrag zum Wachstum des Gasverbrauchs wird voraussichtlich weiterhin der Kraftwerkssektor leisten.¹⁷

¹⁴ Ueberhorst 1994, S. 21

¹⁵ Defilla 2007, S. 90 f.

¹⁶ Ueberhorst 1994, S. 61

¹⁷ International Energy Agency 2009, S. 12

In diesem Fall lässt die Vergangenheit auf die Zukunft schließen: „Von 1950 bis 2004 ist der Verbrauch von [...] Erdgas von 171 auf 2420 Mio. toe förmlich explodiert“¹⁸ – toe meint eine „unit of energy corresponding to the output of 1 tonne of oil [...] This corresponds to 41.85 billion joules of energy, i.e. 11,626 kilowatt-hours [...]“¹⁹. Zum Vergleich: In Deutschland verbraucht 2009 „ein Vierpersonen-Haushalt etwa 3.500 kWh Strom“²⁰ – das ergibt 0,3 toe. Aktuell lassen sich die Auswirkungen eines Booms spüren, der auch eine wegweisende Richtungsentscheidung für die Zukunft der Erdgas-Nachfrage darstellt.

Weltweit hat ein hektischer Ansturm auf Kraftwerksgas [...] eingesetzt, weil in modernen GuD-(Gas und Dampf-) Kombi-Krafwerken der Wirkungsgrad selbst bei reiner Stromerzeugung auf über 58% und als Kraft-Wärme-(Kälte-) Koppelungsanlage auf über 90% gesteigert werden kann.²¹

Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen erzeugen Strom und die vermehrte Nutzung von Erdgas für diesen Zweck lässt einen sprunghaften Verlauf für den globalen Bedarf während der nächsten Jahrzehnte antizipieren.

Der Hauptantrieb der [...] Gasnachfrage geht vom unaufhaltsamen Wachstum des Energiebedarfs für die Stromerzeugung aus. Der weltweite Stromverbrauch wird bis 2030 voraussichtlich mit einer Jahresrate von 2,5% steigen. Über 80% dieses Wachstums entfallen auf Nicht-OECD-Länder. Die Stromerzeugungskapazitäten werden bis 2030 weltweit um insgesamt 4 800 Gigawatts (GW) expandieren – was fast das Fünffache der derzeit installierten Kapazitäten in den Vereinigten Staaten ist.²²

¹⁸ Hennicke/Fischedick 2007, S. 20

¹⁹ Resources + Lexicon 2010, URL

²⁰ Kästner/Kießling 2009, S. 16

²¹ Hennicke/Fischedick 2007, S. 22

²² International Energy Agency 2009, S. 12

Wie lange halten die Reserven an? Macht der erhöhte Bedarf eine absehbare Knappheit wahrscheinlich?

„Unter Reserven werden herkömmlicherweise nachgewiesene Mengen an Erdöl bzw. Erdgas verstanden, die wirtschaftlich gefördert werden können.“²³ Die Definition des Begriffs „Reserven“ grenzt sich von der Bezeichnung „Ressource“ ab. „Ressource“ meint alle nachgewiesenen Vorkommen eines Rohstoffes, „Reserven“ bezeichnet die Größe an Rohstoffvorkommen, die sich gegenwärtig wirtschaftlich erschließen lässt. Beide Begriffe benennen keine statischen Fixpunkte, sondern sind Größen, die wachsen. Sie orientieren sich an der Preisfestlegung, verändern sich durch die Intensität mit der nach neuen Quellen gesucht wird und reagieren auf die Innovationen bei Fördertechniken.

Immer dann, wenn sich Erdöl und Erdgas verknappen, was man an einem höheren Preis feststellen kann, lohnt sich eine verstärkte Explorationstätigkeit. Dies hat zur Folge, dass danach die ausgewiesenen Reserven ansteigen. So sind die heute nachgewiesenen Reserven höher als je zuvor in der Geschichte des Erdöls, obwohl die Menschheit seit 1859 schon mehr als 1000 Milliarden Barrel verbraucht hat.²⁴

Wann enden also die Erdgasvorräte? Jede diesbezügliche Projektion erscheint aufgrund der Unwägbarkeiten unbrauchbar. Auf Basis des derzeitigen Wissensstandes lassen sich Rückschlüsse gewinnen, die in dem Augenblick nicht mehr gelten, sobald neue Erdgasfelder entdeckt werden. Das heißt, jedes aktuelle Szenario geht vom kleinsten Rahmen aus:

Ende 2008 beliefen sich die nachgewiesenen Erdgasreserven weltweit auf insgesamt mehr als 180 Bill. m³, was etwa sechzig Jahren Förderung bei den derzeitigen Förderraten entspricht. [...]. Die verbleibenden geschätzten förderbaren Gasreserven sind wesentlich größer. Die langfristig förderbaren Gasreserven belaufen sich Schätzungen zufolge weltweit auf über 850 Bill. m³ [...]. Bis heute wurden insgesamt nur 66 Bill. m³ Gas gefördert (oder

²³ Weizsäcker 2008, S. 55

²⁴ ebd., S. 56

abgefackelt).²⁵

Der Bericht macht später auf neue Fördertechniken aufmerksam und verweist damit auf seine begrenzte Gültigkeit und Aussagekraft: „Durch neue Technologien, wie Horizontalbohrungen in Kombination mit hydraulischer Rissbildung, war es möglich, die Förderleistung je Bohrloch für unkonventionelles Gas – insbesondere Shale Gas – bei gleichzeitiger Kostensenkung zu steigern.“²⁶

Welches Ausmaß die technischen Fortschritte bei der Förderungen von Rohstoffen kennen, lässt sich durch die Ausweitung bei Erdöl off-shore-Bohrungen illustrieren: „In den Siebzigern konnte man bei der Meeresförderung 200 Meter tief gehen, heute sind es 4000 Meter.“²⁷

Wo lagern nachgewiesene Erdgasvorkommen?

Den österreichischen Bedarf decken im Referenzjahr 2007 „drei Quellen: Import, Speicher und Inlandsförderung. Die Erdgasaufbringung erfolgt zu rund 17 % durch Inlandsförderung, die Importe stammen vorwiegend aus Russland (52 % der Aufbringung). Rund 83 % des Angebotes werden durch den Import gedeckt.“²⁸ Die nationalen Reserven neigen sich dem Ende, die Importabhängigkeit steigt und damit richtet sich notgedrungen der Blick nach außen.

Der größte Anteil der weltweit nachgewiesenen Reserven, „die heute wirtschaftlich gefördert werden können, konzentriert sich auf die politisch instabile strategische Ellipse, welche sich von Westsibirien über die kaspische Region bis hin zur Arabischen Halbinsel erstreckt.“²⁹ Der Ausdruck „strategische Ellipse“³⁰ prägt die Debatte im deutschen Sprachraum, seit die Autoren Rempel/Thielemann/Thoste den Begriff definierten. Die Entstehung von Erdgas und Erdöl verlangt die gleichen geologischen Bedingungen, folglich finden sich die beiden Rohstoffe in ähnlichen geografischen Breiten.

²⁵ International Energy Agency 2009, S. 12

²⁶ ebd., S. 13

²⁷ Mascolo/Jung 2006, S. 66

²⁸ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2009, S. 174

²⁹ Kästner/Kießling 2009, S. 36

³⁰ Rempel (u. a.) 2009, S. 99

Landkarte I – Strategische Ellipse³¹



„80% of world natural gas supplies are located within a radius of 4,500 km from Central Europe. Four-fifths of these supplies are located in Western Siberia, North Africa (plus Nigeria), the South Caspian/Gulf region, and in Europe“³² - darauf bauen die politischen Vorsätze zur Sicherstellung der Erdgasversorgung Europas.

Wie kommt es zur Preisbildung für Erdgas?

Erdgas und Erdöl finden sich nicht nur aufgrund ähnlicher geologischer Entstehungsbedingungen in den gleichen Regionen, auch die Preisbildung ist aneinandergekoppelt. Der Erdgaspreis am Weltmarkt orientiert sich im theoretischen Idealfall gemäß dem Erdölpreis und unterliegt damit volatilen Schwankungen. Doch wird die Höhe des Weltmarktpreises oft systematisch unterwandert und politische Erwägungen wirken entscheidender als Erwartungshaltungen über das marktwirtschaftliche Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Im abgelaufenen Jahr 2010 pendelte die Preisfestlegung zwischen dem

³¹ Quelle:

http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Bilder/Ene__Erdoel__ellipse2006__g,property=default.jpg

³² Norling 2007, S. 19

Spitzenwert von knapp 6 Dollar und dem Tiefstand von knapp 3,25 Dollar.³³ Soviel musste je nach Zeitpunkt an der New York Mercantile Exchange, der größten Warenterminbörse der Welt, pro Kubikmeter ein Zwischenhändler bezahlen.

Wie erfolgt der Transport?

Wenn Angebot und Bedarf räumlich auseinanderfallen, muss das nachgefragte Gut zum/zur AbnehmerIn transportiert werden. Das gilt auch für den Handel mit Erdgas, der jedoch eine logistische Besonderheit aufweist: Er benötigt spezielle Infrastruktur und darin liegt ein definitiver Unterschied im Vergleich zu anderen Rohstoffen.

While oil has a global market and is shipped mainly via tanker, natural gas is primarily delivered via pipeline (with the exception of Liquefied Natural Gas (LNG) which can be delivered via sea-transport) and the market is subsequently limited to the length of the pipeline. [...] Since the pipeline binds consumer with producer and excludes everyone else, natural gas often carries greater strategic significance than oil because of the dependency relationship and political leverage the pipeline creates.³⁴

Im Regelfall wird Erdgas durch Pipelines befördert. Pipelines sind aufwendige, statische Konstruktionen mit zwei unverrückbaren Enden. Sie haben einen fixen Ausgangspunkt und ein festgesetztes Endziel, die Laufzeit liegt im Regelfall „bei 20 bis 25 Jahren“³⁵, bevor eine Generalsanierung notwendig wird.

Die Faktoren binden Abnehmer und Anbieter über eine längere Periode aneinander. Das macht es nötig, konkrete Möglichkeiten über die Höhe und Dauer von Erdgaslieferungen auszuloten, bevor die Entscheidung getroffen wird, eine Pipeline zu errichten. Erst nachdem der Zugriff auf Erdgas in der benötigten Menge abgesichert wurde, erlaubt die buchhalterische Vernunft und Vorsicht, Investitionen in die Transportkapazitäten zu tätigen.

³³ vgl. <http://www.wtrg.com/daily/gasprice.html> 2011, URL

³⁴ Norling 2007, S. 9

³⁵ Kneissl 2006, S. 97

Eine Alternative, die mehr Wahlmöglichkeiten anbietet, bildet die Verflüssigung von Erdgas. Durch die Anwendung des jungen LNG-Verfahrens verringert sich das Volumen beträchtlich, und Erdgas wird im flüssigen Zustand durch besondere Tanker über die Weltmeere geschifft. „Das übliche Fassungsvermögen von LNG-Tankern beträgt 130.000 Kubikmeter. Mit dieser Menge können etwas 30.000 Wohnungen [in der Bundesrepublik Deutschland, Anm.] ein ganzes Jahr versorgt werden.“³⁶ Die Tarife für einen LNG-Tanker konnten nicht gefunden werden, aber als Vergleichswert können die anfallenden Chartersätze für einen Öltanker dienen. Die belaufen sich auf

18 000 bis 23 000 Dollar am Tag. Die Reeder verdienen gut, ihre Kosten liegen zwischen elftausend und 14 000 Dollar täglich. Die Passage von Ras Tanura [eine saudi-arabische Hafenstadt am Persischen Golf, Anm.] nach Rotterdam kostet rund eine halbe Million Dollar. Neben der Kanalgebühr fallen noch die Kosten für den Treibstoff, etwa 315 000 Dollar, und später noch 130 000 Dollar Hafengebühr in Rotterdam an. Insgesamt kostet es rund 1,25 Millionen Dollar, etwas über eine Million Euro, um die Ladung von Saudi Arabien nach Europa zu bringen.³⁷

Die Gebühr um den Suezkanal durchfahren zu dürfen, 2.800 Tanker nutzen die Passage jährlich, beläuft sich auf 305 000 Dollar.³⁸

Die Flexibilität durch den LNG-Transport kennt Grenzen: Hafenanlagen müssen technisch adaptiert und mit eigenen Vorrichtung ausgestattet werden, um das Gas zu verflüssigen oder um es in die ursprüngliche Form zurückzusetzen. Es braucht eine unmittelbare Anbindung ans Pipeline-Netz, damit das Erdgas weiterverteilt werden kann. Egal ob Pipeline oder durch LNG-Verfahren – beide Fälle sind „nicht nur eine technische, sondern auch eine finanzielle und geografische Frage.“³⁹

³⁶ Kneissel 2006, S. 103

³⁷ Seifert/Werner 2005, S 11

³⁸ vgl. ebd.

³⁹ Kneissl 2006, S. 103

In medias res

Die Kenntnis der allgemeinen Hintergründe leitet zum Kern der Arbeit hin: „Still only 1% of Europe’s gas imports originate in the Middle East and the South Caspian Sea“⁴⁰ – gelingen die Bemühungen um die Nabucco-Pipeline, würde sich das Verhältnis ändern. Die Pipeline möchte Zentraleuropa mit Erdgas-Quellen aus dem Mittleren Osten und dem Kaspischen Raum verbinden, den Erdgaslieferanten Russland territorial umgehen und neue strategische Partnerschaften formen. Doch dem Vorhaben begegnen Schwierigkeiten und es erfährt Komplikationen.

⁴⁰ Norling 2007, S. 19

Worum handelt es sich bei der Nabucco-Pipeline?

Die technischen Daten der Nabucco-Pipeline

2002 wurde das Projekt als Vorhaben präsentiert und die technischen Eckdaten wurden dargelegt. Die Pipeline soll einen Durchmesser von 56 Zoll (142,24 Zenitmeter) und eine Länge zwischen 3.300 und 4.000 Kilometern messen. Der exakte Streckenverlauf hängt davon ab, welche Staaten sich auf Lieferzusagen verpflichten. Die Trasse quert nach aktuellen Planszenarien das Staatsgebiet der Türkei von Ost nach West über die Distanz von 2.730 Kilometern, bevor der Verlauf Richtung Nordwesten abzweigt und durch Bulgarien mit 412 Kilometern, durch Rumänien mit 469 Kilometern, durch Ungarn mit 382 Kilometern und schließlich über die kurze Spanne von 47 Kilometern über österreichisches Territorium führt.⁴¹ Das bedeutet einen Bedarf an 250.000 Rohren, was der Menge von zwei Millionen Tonnen Stahl gleichkommt – oder im Vergleich knapp 30 % der Jahresproduktion der voestalpine entspricht.⁴²

Der Ausgangspunkt liegt im Osten der Türkei, der geplante Endpunkt findet sich nahe der österreichisch-slowakischen Grenze, im niederösterreichischen Baumgarten. In Baumgarten wirkt die „Central European Gas Hub“ und Erdgas, das zum Weiterverkauf an Drittländer bestimmt wäre, könnte unmittelbar in das zentraleuropäische Verteilernetz eingespeist werden. Denn eine Hälfte der beförderten Gasmenge wäre für den Verbrauch der Transitländer reserviert und deren Entnahme vorbehalten, die andere Hälfte würde Interessenten zur Abnahme angeboten (Die Regelung kennt einen Ausnahmefalle und setzt vorsorglich für die fünf Transitländer eine Höchstgrenze von „15 Milliarden Kubikmeter pro Jahr für den Fall einer abschließenden Ausweitung der Kapazitäten auf 31 Milliarden Kubikmeter“⁴³ fest). Die notwendige Infrastruktur, um das Gas weiterzuschicken, findet sich durch die „Kompressorstation Baumgarten, einer Anlage im 100% [-igem, Anm.] Eigentum der OMV Gas GmbH,“⁴⁴ bereits vor. Die „Central European Gas Hub“ dient auch als

⁴¹ vgl. www.nabucco-pipeline.com 2010, URL

⁴² vgl. Boerseexpress.com 2010, URL

⁴³ Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Ungarn, Rumänien und der Republik Türkei über das Nabucco-Projekt 2009 - Artikel 3.3

⁴⁴ Wienerbourse.at 2009, URL

Handelsplatz zur Befriedigung kurzfristigen Gasbedarfs. „2007 betrug das Handelsvolumen 17,7 Mrd. m³“⁴⁵, bei steigender Tendenz. „Im Jahr 2009 konnte der CEGH [Central European Gas Hub, Anm.] ein Handelsvolumen von ca. 2 Mrd m³/Monat erreichen und sich so als eine der größten Handelsplattformen Kontinentaleuropas platzieren.“⁴⁶ Durch die Realisierung der Nabucco-Pipeline erfährt der Standort eine weitere Aufwertung.

Die Transportkapazität der Nabucco-Pipeline variiert. Während der Anfangsphase sollen jährlich knapp 8 bis 12 Milliarden Kubikmeter Gas unter dem Druck von PN 100 bar durch die Röhre befördert werden, „im Endausbau wären es mehr als 30 Milliarden Kubikmeter.“⁴⁷ Der Break-even-Point wäre laut Angabe des Unternehmens ab einem Durchfluss von „13 bis 14 Milliarden m³ Gas“⁴⁸ erreicht.

Landkarte II – Der Trassenverlauf der Nabucco-Pipeline⁴⁹



⁴⁵ Boerseexpress.com 2008, URL

⁴⁶ Wienerbörse.at 2009, URL

⁴⁷ Malek 2009, S. 12

⁴⁸ Boerseexpress.com 2010, URL

⁴⁹ Quelle: http://portal.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/press/newsletter/20101102_UK%20-%20Nabucco%20Status%20Presentation.pdf

Die juristischen Hintergründe

Das Projekt trugen anfänglich zu gleichen Teilen die OMV Gas International, die ungarische MOL, die rumänische Transgas, die bulgarische Bulgargaz Holding EAD und die türkische BOTAS. Die Transgas befindet sich zu weiten Teilen in rumänischem Staatsbesitz, nur 10 % der Anteile werden an der Bukarester Börse gehandelt. Die Bulgargaz Holding EAD und die türkische BOTAS sind beide zu 100 % verstaatlicht.⁵⁰

Die OMV Gas International dient als eine vollkommen im Besitz der OMV AG befindliche Tochter des Konzerns. Die Aktionärsstruktur der OMV AG setzt sich zusammen aus den großen Anteilseignern der Österreichischen Industrieholding AG, die ein Aktienpaket von 31,5 % hält, und der IPIC, in deren Portfolio sich eine 20 %ige Teilhabe befindet.⁵¹ Der IPIC, gegründet von den Vereinigten Arabischen Emiraten, dient dem Staat aus dem Mittleren Osten zur Durchführung von Investitionen im globalen Rohstoffsektor. Der Gesamtwert des Fonds „is estimated to be worth more than US\$14 billion.“⁵² Die restlichen 48,5 % verteilen sich auf den Streubesitz (auch wenn die ÖIAG-Homepage den mathematisch unmöglichen Wert von 48,90% angibt, liegt die Summe um 0,4 % niedriger)⁵³.

Zur rechtlichen Realisierung einigten sich die Vertragspartner auf die Neugründung einzelner Unternehmen. Jeder beteiligte Konzern gründet eine nationale Nabucco-Gesellschaft, so die OMV AG die „Nabucco Gas Pipeline Austria GmbH“. Die jeweiligen nationalen Nabucco-Unternehmen formten 2005 gemeinsam, mit gleichen Stimmrechten und Anteilen das Konsortium „Nabucco Gas Pipeline International GmbH“. Der internationale Konzern sitzt in Wien, soll den Bau der Pipeline koordinieren und später für den wirtschaftlichen Betrieb verantwortlich zeichnen, er wird als Betreibergesellschaft fungieren.⁵⁴

Für die technische Umsetzung wurden externe Spezialisten bestellt. „Die britische Firma Penspen koordiniert seit Anfang 2008 die technische Detailplanung. Den österreichischen Teil der Pipeline hat das Tiroler Unternehmen ILF Beratende Ingenieure geplant.“⁵⁵

⁵⁰ vgl. www.rwe.de 2008, URL

⁵¹ vgl. OMV Aktiengesellschaft, Corporate Communications & Public Affairs 2010, S. 7

⁵² www.ipic.ae 2010, URL

⁵³ vgl. www.oeiag.at 2010, URL

⁵⁴ vgl. Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Ungarn, Rumänien und der Republik Türkei über das Nabucco-Projekt 2009 - Artikel 1.3

⁵⁵ Wiener Zeitung 2010b, URL

Partnerwahl

2008 hat sich das ursprünglich fünfgliedrige Konsortium um einen neuen Partner erweitert, das Gremium wurde durch die deutsche RWE ergänzt.⁵⁶ Jeder Konsorte hält nunmehr 16,67 % an der „Nabucco Gas Pipeline International GmbH“. Der Entscheidung gingen die Absagen an andere potenzielle Partner voran.

Ernsthaftes Interesse an einem Einstieg formulierte Gaz de France. Das Ansinnen stieß auf heftigen Widerstand von türkischer Seite. „So blockierte Ankara [...] eine Beteiligung des französischen Energie-Konzerns Gaz de France, weil es das Parlament in Paris gewagt hatte, den türkischen Völkermord an den Armeniern als solchen anzuerkennen.“⁵⁷ Keine

strategischen Überlegungen begründeten das Veto von BOTAS, sondern die Weigerung der offiziellen Türkei die historische Faktenlage über den Genozid an den ArmenierInnen anzuerkennen und die daraus resultierende Verantwortung zu übernehmen. Jede

diesbezügliche Richtigstellung wird von der türkischen Staatsführung als ungebührliche Falschdarstellung stigmatisiert und die Chance auf Vergeltung bereitwillig wahrgenommen.

Die diplomatischen Unstimmigkeiten und die Folgen für den französischen Gaskonzern waren Thema bilateraler Gespräche, wurden auf Ebene der Staatsebene im Jahr 2009 direkt angesprochen. „During talks with Turkish President Abdullah Gul, Sarkozy said France is interested in joining Nabucco.“⁵⁸ Das Begehren von Gaz de France bleibt weiterhin aufrecht und eine neuerliche Erweiterung des Konsortiums um einen siebten Teilhaber erscheint möglich. Oder im Wortlaut des Pressesprechers des Nabucco-Projekts Christian Dolezal:

„The consortium at this time is not in negotiations with a potential new shareholder but if a concrete proposal comes on the table, the shareholders will, of course, discuss this offer.“⁵⁹

Spekulationen existieren auch über die Möglichkeit, dass die polnische „PGNiG, the country's biggest gas producer and importer“⁶⁰ den Kreis der Gesellschafter ergänzt. Die OMV AG verwendete sich für den Vorschlag, die staatliche Ölgesellschaft Aserbaidschans, SOCAR, als Sozios in Erwägung zu ziehen.⁶¹ Die Idee wurde von aserbaidshanischer Seite verworfen.⁶²

⁵⁶ vgl. www.rwe.com 2008, URL

⁵⁷ Staudinger/Treichler 2010, URL

⁵⁸ Geropoulos 2009, URL

⁵⁹ zit. nach: ebd.

⁶⁰ Peto 2009, URL

⁶¹ vgl. Hansen 2007, URL

⁶² vgl. Today.Az 2008, URL

Verzögerungen des Baubeginns

Bei der ersten Vorstellung des Projekts 2002 wurde als Zeitfenster das Jahr 2011 vorgegeben. Ab diesem Stichtag sollte die Pipeline ihren Betrieb aufnehmen.⁶³ Das Planvorhaben erwies sich als unhaltbar und erfuhr mehrere Revisionen. Um die letzten Verschiebungen zu illustrieren:

Otto Musilek, damals für das Erdgasgeschäft der OMV AG zuständig, erklärte 2006: „Es muss bis Ende 2007 die Entscheidung fallen, ob wir bauen oder nicht. Das ist der Point of No Return.“⁶⁴ Im Jahr 2007 wurde die Absicht nochmals verdeutlicht, die „endgültige Entscheidung des Konsortiums über den Bau von Nabucco soll Ende 2007 oder Anfang 2008 fallen.“⁶⁵ Gemäß der neuen Zielsetzung hätte die Konstruktion 2009 begonnen. Es blieb beim Vorsatz.

Nachdem der Termin verstrich, verkündete der Geschäftsführer der „Nabucco Gas Pipeline International GmbH“ Reinhard Mitscheck 2008 in einem Interview: „We expect the final investment decision later in 2008 or early 2009, and construction to start in 2010 and deliveries of gas to start in 2013.“⁶⁶

Eine endgültige Entscheidung, ob das Projekt jemals über das Stadium von Absichtserklärungen hinauskommt, steht jedoch weiterhin aus. Wolfgang Ruttenstorfer, Vorstandschef der OMV, meint im Mai 2010: „Wir wollen Ende des Jahres die Bauentscheidung treffen [...]“⁶⁷ Und im Oktober heißt es dann seitens der OMV AG: „Dieses Jahr schaffen wir das sicher nicht mehr, es wird 2011 werden.“⁶⁸

Das gleiche Muster kennzeichnet die Unvereinbarkeit über die Angaben zum Baubeginn. Auf die Frage, wann mit dem Start gerechnet werden könnte, pendeln die aktuellen Einschätzungen zwischen „Ende 2011“⁶⁹ und „2012“⁷⁰. Alle Statements wirken unbedarft, da der Entschluss, ob die Nabucco-Pipeline tatsächlich ins Werk gesetzt wird, weiterhin aussteht.

⁶³ vgl. Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste 2007, S. 1

⁶⁴ zit. nach: Deutsche Welle 2006, URL

⁶⁵ Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste 2007, S. 1

⁶⁶ zit. nach: Barnett 2008, URL

⁶⁷ zit. nach: Menzel 2010, URL

⁶⁸ diepresse.com 2010, URL

⁶⁹ Boerseexpress.com 2010, URL

⁷⁰ Deutsche Presse Agentur 2010, URL

Über ein mögliches Datum zu mutmaßen oder gar die Illusion eines fixierten Termins zu wecken, erscheint vor diesem Hintergrund unseriös.

Die Europäische Kommission vollendet die Konfusion durch ihre widersprüchlichen Darstellungen. Die Festlegung des EU-Energiekommissars Günther Öttinger lautet, dass die Nabucco-Pipeline frühestens 2018 ans Netz gehen könnte.⁷¹ Der Präsident der EU-Kommission José Manuel Durão Barroso beharrt darauf, „dass ab 2015 über die Nabucco-Pipeline Gas nach Europa gepumpt wird.“⁷²

Jonathon Stern, Direktor der Forschungsabteilung für Erdgas am Oxforder Institut für Energiestudien, setzt den möglichen Beginn weiter nach hinten. Er vermutet, „that the pipeline probably won't be viable until around 2020.“⁷³

Die Wirrnisse kennen eine hauptsächliche Ursache. Es fehlt der Betreibergesellschaft an Zusagen für die Gaslieferungen.

Schwierigkeiten der Finanzierung

Neben dem Zeitplan erwies sich auch die Kostenkalkulation als gegenstandslos. Anfänglich waren 4,6 Milliarden Euro⁷⁴ veranschlagt, das Investitionsvolumen wird mittlerweile auf 7,9 Milliarden Euro⁷⁵ beziffert. Der korrigierte Kostenvoranschlag wurde im Mai 2008 veröffentlicht und mit dem Anstieg der Öl- und Stahlpreise begründet.⁷⁶

Das Rechenmodell gilt seither unverändert, auch wenn die Höhe des Öl- und Stahlpreises im Durchschnitt beträchtlich gefallen ist. War im Mai 2008 eine Tonne Stahl laut Berechnungen des amerikanischen Branchenmagazins Recycling International auf dem Weltmarkt mit 570 - 580 US Dollar veranschlagt, gilt im September 2010 als Richtwert eine Summe zwischen 380 – 385 US Dollar.⁷⁷ Die Preis für ein Barrell Rohöl, gehandelt an der weltgrößten Warenterminbörse, der New York Mercantile Exchange, zeigt eine gleichgelagerte Tendenz. Mussten am 30. Mai 2008, einen Tag nach der Präsentation der korrigierten

⁷¹ vgl. Spiegel.de 2010, URL

⁷² zit. nach: Deutsche Welle 2009, URL

⁷³ Bush 2009, URL

⁷⁴ vgl. Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste 2007, S. 1

⁷⁵ vgl. Mihm 2009b, URL

⁷⁶ vgl. diepresse.com 2008, URL

⁷⁷ vgl. www.stellonthenet.com 2010, URL

Kostenaufstellung der Nabucco-Pipeline, für ein Barrel durchschnittlich 127.35 US-Dollar berappt werden, sind per Stand 3. Dezember 2010 89,19 US-Dollar aufzuwenden.⁷⁸

Auch wenn der Euro gegenüber dem US Dollar über dieselbe Periode nahezu 14 % seiner Kaufkraft verlor und den Berechnungen der Europäischen Zentralbank zufolge ein Euro am 7. Dezember 2010 bei 1,3363 Dollar lag und der Kurs am 30. Mai 2008 noch bei 1,5508 Dollar stand⁷⁹, sind die Einbußen bei Stahl (34 %) und Erdöl (30%) weit höher als der Zugewinn des Dollar gegenüber der europäischen Einheitswährung. Die Kostenrechnung für die Nabucco-Pipeline zeigt sich von allen diesen Entwicklungen aus unerfindlichen Gründen unbeeindruckt. Es gilt weiterhin der Kapitalbedarf von 7,9 Milliarden Euro. Auf Basis dieses Finanzierungsvolumens wurde um Kredite geworben. Im September 2010 wurden konkrete Zusagen erzielt, unterschiedliche Organisationen gewähren dem Projekt Kredit.

Bei den Organisationen handelt es sich um die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Europäische Investitionsbank (EIB) und die zur Weltbank-Gruppe gehörende International Finance Corporation (IFC). Das in Aussicht gestellte Finanzierungsvolumen von 4 Mrd. € soll dabei zu 1,2 € von der EBRD, zu 2 Mrd. € von der EIB und zu 0,8 Mrd. € von der IFC alimentiert werden. Damit wären rund die Hälfte der geschätzten Investitionskosten abgedeckt.⁸⁰

Der gewünschte Aufteilungsschlüssel von „30 Prozent Eigen- und 70 Prozent Fremdkapital“⁸¹ macht das Werben um weitere Kreditzusagen notwendig.

Direkte finanzielle Zuwendungen erhielt das Projekt bisher seitens der Europäischen Union. Zum einen durch die Bezuschussung einer Machbarkeitsstudie, die feststellen soll, ob sich die Pipeline realisieren lässt und einen gängigen Weg der Subventionierung von Energieprojekten durch die EU darstellt.⁸² Und zum anderen durch die Zuweisung von außerordentlichen Mitteln aus dem „Konjunkturfond zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise“. 200 Millionen Euro betrug die Summe aus dem Konjunkturfond. Der Betrag wurde unter der

⁷⁸ vgl. www.nyse.tv 2010, URL

⁷⁹ vgl. Europäische Zentralbank 2010, URL

⁸⁰ Fuster 2010, S. 7

⁸¹ Boerseexpress.com 2010, URL

⁸² vgl. Nothegger 2008, URL

Auflage gewährt, ihn vollständig innerhalb des Jahres 2009 zu investieren, damit die Konjunktur stimulierende Wirkung kurzfristig schlagend wird. Die Bewilligung fiel zu einem Zeitpunkt, als die Entscheidung über die Realisierung des Projekts ausstand und die Zweifel, ob es jemals zum Bau der Pipeline kommen wird, berechtigt erschienen. Die EU-Kommission, verantwortlich für den Fond, versprach sich, „dass das Konsortium [...] mit diesem Geld nun Stahl und Kompressoren kauft.“⁸³

Nicht trotz, sondern aufgrund der Schwierigkeiten – so lautet eine Hypothese der Arbeit – genießt das Projekt die politische Rückendeckung verschiedener Institutionen. Die Chronologie der Ereignisse legt den Schluss nahe, dass sich mit den Komplikationen und Verspätungen das Verlangen nach offenkundiger Unterstützung durch die Politik entwickelte. Die Schwierigkeiten sollen im Folgenden genauer ausgeführt und untersucht werden. Das Augenmerk liegt auf der Analyse der Gründe, warum das Projekt trotz Unsicherheit und Unwegbarkeit politische Protektion verschiedener Institutionen und Ebenen erfährt.

⁸³ Busse 2009, URL

Eine Bestandsaufnahme der europäischen Erdgasversorgung und die Entwicklungsszenarien der Energiepolitik

Die Paradigmen der Energiepolitik und generelle Daten

Energiepolitik folgt prinzipiell drei Paradigmen. Die einschlägige Literatur spricht vom „Energiedreieck“⁸⁴ an dessen Eckpunkten die Trias aus der Gewährleistung der Versorgungssicherheit, der Zielsetzung aktueller Umweltpolitik und den Ansprüchen an die Wirtschaftlichkeit und des Wettbewerbs sitzen.⁸⁵ Die Leitlinien können miteinander in Widerspruch stehen und verlangen deshalb eine hierarchische Anordnung. Die Entscheidung, welches Paradigma den Vorzug gegenüber einem anderen erfährt, trägt unmittelbare Begleiterscheinungen: Die Verpflichtung Erneuerbare Energien zu fördern, geschieht unter dem Vorzeichen umweltpolitische Vorgaben zu setzen und einzuhalten, stellt aber weitreichende Anforderungen an die Planarbeiten bezüglich der Versorgungssicherheit und verursacht immense Kosten – aufgrund der gegenwärtigen Popularität der Themen Erneuerbare Energien und Klimaschutz wird der Sachverhalt weiter unten in einem eignen Kapitel dargelegt.

Generell ähnelt der österreichische Standard dem deutschen Durchschnitt. Die Angaben betreffen die jährlichen Ausgaben, die eine Privatperson für den Energiekonsum aufwendet:

Mit etwa 42 Prozent macht das Tanken den Löwenanteil an den Energiekosten für einen durchschnittlichen Haushalt in Deutschland aus. Heizung und Warmwasser schlagen mit 37 Prozent zu Buche. Für Strom muss der Durchschnittsbürger von den gut 2.600 Euro Gesamtenergiekosten pro Jahr 378 Euro reservieren – also etwa ein Sechstel.⁸⁶

Der Energieverbrauch nahm über die letzten Jahrzehnte in Österreich kontinuierlich zu, der

⁸⁴ Kästner/Kießling 2009, S. 9

⁸⁵ vgl. ebd.

⁸⁶ ebd., S. 87

Wert stieg während der Phase von 1990 bis 2006 um 42,6 %.⁸⁷ Durch die kontinuierlichen Wachstumsraten kehrte sich ein Verhältnis um:

Bis zum Jahr 2001 wurde in Österreich mehr Strom produziert als verbraucht. Seither ist Österreich Nettostromimporteur – 2007 wurden rund 10 % des Jahresverbrauchs von rund 67.375 gWh importiert. Der erwartete Zuwachs des Stromverbrauchs um 2,3 % bis 2,7 % pro Jahr bis 2020 wird zu einer weiteren Zunahme der Importabhängigkeit führen.⁸⁸

Eine Korrelation findet sich auf globaler Ebene, der Bedarf an Energie wächst stetig: „Weltweit hat der Energieverbrauch in der Periode 1990 bis 2005 bei einem BiP-Wachstum von durchschnittlich 3,2 % p. a. um 2,1 % p. a. zugenommen.“⁸⁹

Die Prognosen der Europäischen Union zur Erdgasversorgung und die Eigenheiten ihrer Mitgliedsstaaten

Die Unterbrechung der Gaslieferungen Russlands an die Ukraine zum Jahresbeginn 2006 ließen den Ruf Russlands als verlässlicher Energielieferant in Zweifel geraten und vergegenwärtigten der Europäischen Union ihre Abhängigkeit von Gasimporten. Über die Gründe für den bilateralen Konflikt herrschen verschiedenen Auffassungen, die im Kapitel „Der russisch-ukrainische Gaskonflikt“ weiter unten dargelegt werden.

Unter dem Eindruck der Spannungen publizierte die Europäische Kommission das „Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“. Die Europäische Kommission trägt darin die Architektur der damaligen Energieversorgung vor, errechnet Prognosen für die zukünftigen Entwicklungen, skizziert und quantifiziert die Folgen: „Allein in Europa werden in den nächsten 20 Jahren Investitionen von annähernd tausend Milliarden Euro erforderlich sein, um die voraussichtliche Energienachfrage zu decken und die alternde Infrastruktur zu ersetzen.“⁹⁰

⁸⁷ vgl. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2009, S. 11

⁸⁸ ebd., S. 173

⁸⁹ ebd., S. 10

⁹⁰ Europäische Kommission 2006, S. 3

Der Bericht betont die generellen Aspekte der Importabhängigkeit und hebt besonders den Anstieg bei der Versorgung durch Erdgaseinfuhren hervor. Bleiben die Grundpfeiler der Energiepolitik unverändert, muss nach Berechnung

der Energiebedarf der Union in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu 70 % (statt wie derzeit zu 50 %) durch Importe gedeckt werden, wobei einige aus Regionen stammen, in denen unsichere Verhältnisse drohen.

Derzeit wird annähernd die Hälfte des EU-Erdgasverbrauchs durch nur drei Länder (Russland, Norwegen, Algerien) gedeckt. Falls die aktuellen Trends anhalten, dürfte sich die Abhängigkeit von Erdgaseinfuhren in den nächsten 25 Jahren auf 80 % erhöhen.⁹¹

Die Zunahme gründet in der Kombination aus zwei ursächlichen Faktoren. Die Förderung von Erdgas aus eigenen Vorkommen nimmt in Europa sukzessive ab, während die Nachfrage nominell ansteigt. „Ende 2007 verfügte die EU nur über 1,6 % der weltweit gesicherten Vorkommen an Erdgas.“⁹² Vor allem die Gasreserven in der Nordsee neigen sich dem Ende, und so wächst beispielsweise „die Exportabhängigkeit Großbritanniens bis 2020 vermutlich auf 90 Prozent [...]“. ⁹³ Während im Umkehrschluss die „Europäische Kommission schätzt, dass der Erdgasverbrauch der EU-Mitglieder von 2000 bis 2020 um das Zweieinhalbfache steigen wird.“⁹⁴ Die veränderte Menge reflektiert veränderte Proportionen.

Heute [im Jahr 2005, Anm.] hat Erdgas einen Anteil von 22 Prozent im europäischen Energiemix (Öl: 38 Prozent, Kohle: 16 Prozent, Kernenergie: 15 Prozent, erneuerbare Energie: 6 Prozent), 2030 werden es 29 Prozent sein (Öl: 39 Prozent, Gas: 29 Prozent, Kohle: 19 Prozent, erneuerbare Energie: 8 Prozent, Kernenergie: 9 Prozent).⁹⁵

⁹¹ Europäische Kommission 2006, S. 3

⁹² Malek 2009, S. 5

⁹³ Müller-Kraenner 2007, S. 122

⁹⁴ ebd., S.119

⁹⁵ Seifert/Werner 2005, S. 143

Die nächsten Jahre formen einen Wendepunkt, dies gilt in den Kalkulationen als ausgemacht, dass im Jahre 2030 80% des Erdgasbedarfs durch Importe gedeckt werden müssen.

Die Kennzahlen unterschieden sich gravierenden, werden zum Vergleich jüngste Werte herangezogen. Im Jahr 2006 stellten die EU-Staaten selbst den größten Anteil des verbrauchten Erdgases, und deckten insgesamt 40,4 % aus eigenen Ressourcen ab. Die Quote der russischen Einfuhren belief sich auf 25,5 % des gesamten Erdgasbedarfs, es folgen Norwegen mit 16,7 % und Algerien mit 10,9 %. Minimale Beiträge stellten gemäß der Reihenfolge der Liefermengen Nigeria (2,7 %), Ägypten (1,7 %), Katar (1,1 %), Trinidad (0,7 %), der Oman (0,2 %) und Libyen (0,1 %) bereit. Die größten Produzenten innerhalb der EU waren die Niederlande und das Vereinigte Königreich, andere Exporteure waren Rumänien, Polen, Italien, Deutschland und Dänemark.⁹⁶

Die Einheit der Europäischen Union wirkt unter dem Blickwinkel der Sicherstellung der Erdgasversorgung fragil, markante Kontraste kennzeichnen die nationalen Eigentümlichkeiten.

Während die baltischen Staaten oder die Slowakei fast zu 100 Prozent von Gasimporten aus Russland abhängen und sich aus dieser Abhängigkeit gern befreien möchten, machen Deutschland und die Niederlande mit der russischen Energiewirtschaft blendende Geschäfte. [...] Anders stellt sich die Lage für die südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien dar. Sie beziehen ihre Öl- und Gasimporte aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Ihr Blick richtet sich deswegen weniger nach Osten, sondern auf die südlichen Nachbarn der EU im Mittelmeer.⁹⁷

Die österreichischen Gegebenheiten gleichen den gesamteuropäischen Erwartungen. Die Importquote bei Erdgas beträgt für Österreich 2006 87,7 %.⁹⁸ Im Jahr davor deckte Russland 70 % des nationalen Gasverbrauchs, 11,6 % liefert Norwegen und den Rest teilen sich andere Ursprungsländern.⁹⁹ Eine Studie über die alten 15 EU-Mitglieder schließt auf dieser Basis das

⁹⁶ vgl. Noel 2008, S. 4, Tabelle 3 und 4

⁹⁷ Müller-Kraenner 2007, S. 121 f.

⁹⁸ vgl. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2009, S. 45, Abbildung 3.10

⁹⁹ vgl. Christie 2007, S. 19, Tabelle 12

Conclusio, „the most vulnerable countries with respect to natural gas are Finland, Austria and Italy.“¹⁰⁰

Die Energiestrategien der Europäischen Union

Die Berechnungen gelten als Perspektive der Europäischen Union und bestimmen folglich die Gestalt der zukünftigen Energiepolitik. Die Agenda der Energiepolitik findet sich im Aufbau der Europäischen Kommission in einem eigenen Portfolio zusammengefasst. Die Europäische Kommission zählt 27 MitgliederInnen, der Komplex der Energiepolitik bildet seit 2009 ein eigenes Ressort und unterliegt dem Verantwortungsbereich des Kommissars Günther Öttinger.¹⁰¹

Der Europäischen Kommission kommt als supranationales Organ im institutionellen Rahmen der Europäischen Union eine entscheidende Rolle zu: „Sie initiiert die Entscheidungen des Rates, exekutiert diese (z.B. in Form von

Durchführungsbestimmungen) und kontrolliert deren Implementierung [...]“¹⁰²

Folglich haben Mitteilungen der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat keine rechtsverbindliche Wirkung, nehmen aber Einfluss auf die Ausrichtung der Entscheidungen. „Der Europäische Rat hat innerhalb des politischen Systems der EU die **Richtlinienkompetenz**, er ist die politische Steuerungszentrale der EU und stellt ein >>**Gipfeltreffen**<< dar, auf dem politische Leitlinien beschlossen [...] werden.“¹⁰³

Im Januar 2007 geht von der Europäischen Kommission eine Mitteilung an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament, die knappe Überlegungen und mögliche Leitlinien der Energieversorgung zum Inhalt machen. Gleich anfänglich werden die Konsequenzen einer unveränderten Fortführung der bisherigen Herangehensweise nochmals geschildert.

Bei einer „Business-as-usual“-Politik wird die Abhängigkeit der EU von Energieimporten von heute 50 % des EU-Gesamtenergieverbrauchs bis zum Jahr 2030 auf 65 % ansteigen. Die Abhängigkeit von Gasimporten wird sich bis 2030

¹⁰⁰ Christie 2007, S. 1

¹⁰¹ vgl. ec.europa.eu/energy/index_en.htm 2010, URL

¹⁰² Pelinka 2005, S. 197

¹⁰³ Filzmaier (u. a.) 2006, S. 262 f.

voraussichtlich von 57 % auf 84 % erhöhen, die Abhängigkeit von Ölimporten von 82 % auf 93 %.

Dies birgt politische und wirtschaftliche Risiken.¹⁰⁴

Die Europäische Kommission drängt auf eine Trendumkehr. Sie fordert die Definition von drei Prinzipien, die eine tendenzielle Veränderung ermöglichen würden. Sie verlangt, „**den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergiemix der EU** von heute weniger als 7 % **auf 20 % bis zum Jahr 2020 zu erhöhen.**“¹⁰⁵ Sie richtet den Appell, sich der Möglichkeit bewusst zu werden, eingesetzte Energie wirksamer zu nutzen, und „das Ziel zu verabschieden, bis 2020 20 % des Energieverbrauchs der EU kosteneffizient einzusparen.“¹⁰⁶ Sie bestrebt die Selbstverpflichtung, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die „Treibhausgasemissionen [der EU, Anm.] bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern.“¹⁰⁷

Die Sorge um Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit lässt sich materiell quantifizieren. Legt man den Wechselkurs von 1 Euro entspricht 1,25 Dollar, zeichnet der Bericht folgendes Bild:

Stiege [...] der Ölpreis bis zum Jahr 2030 auf 100 USD/Barrel in heutiger Währung, würde sich die Energieimportrechnung der EU-27 auf etwa 170 Mrd. EUR belaufen, was einer jährlichen Erhöhung um 350 EUR pro EU-Bürger entsprechen würde. Dieser Wohlstandstransfer würde nur in sehr geringem Umfang zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der EU führen.¹⁰⁸

Die Schätzungen über die Ölpreisentwicklung erscheinen in dieser Rechnung vorsichtig. Andere Meinungen erwarten einen rasanteren Anstieg: „Fast 150 Dollar pro Fass á 159 Liter mussten im Sommer 2008 schon gezahlt werden. Experten wie der auf Energiegeschäfte spezialisierte Bankier Matthew Simmons aus Houston in Texas halten in Zukunft Preise von 300 Dollar und mehr für möglich.“¹⁰⁹ Tritt das Modell ein, hätte es weitreichende Folgen für

¹⁰⁴ Europäische Kommission 2007a, S. 4

¹⁰⁵ ebd., S. 16

¹⁰⁶ ebd., S. 26

¹⁰⁷ ebd., S. 5

¹⁰⁸ ebd., S. 4

¹⁰⁹ Vorholz 2010, S. 25

die volkswirtschaftlichen Bilanzen: „Nach Berechnung der Weltbank kostet ein Anstieg der Rohölpreise um zehn US-Dollar die Industriestaaten ein halbes Prozent Wirtschaftswachstum.“¹¹⁰

Die Festlegung Erneuerbare Energien zu fördern gehorcht der Maxime, „die Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft in der EU [zu, Anm.] fördern. Die Europäische Union ist bereits weltweit führend im Bereich der erneuerbaren Technologien. Der Sektor erwirtschaftet einen Umsatz in Höhe von 20 Mrd. EUR und beschäftigt 300 000 Menschen.“¹¹¹

Der Europäische Rat akzeptierte schließlich auf seinem Gipfeltreffen am 8. und 9. März in Brüssel die drei Pfeiler. Unverändert übernimmt das Gremium die Empfehlungen der Kommission und setzt sie als politische Inhalte fest. Die breite Berichterstattung über die erreichten Beschlüsse konzentriert sich auf die Konzession bezüglich der Eindämmung der Treibhausgase. Der Aufmerksamkeit entging der Aktionsplan zur Entwicklung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik.¹¹² Die Akkordierung der Energieaußenpolitik scheint gefordert, soll die Energiepolitik den oben beschriebenen Paradigmen Folge leisten. Die Schlussfolgerungen des Gipfels rekapitulieren explizit die drei Maßgaben:

- Steigerung der Versorgungssicherheit,
- Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften und Verfügbarkeit von Energie zu erschwinglichen Preisen,
- Förderung der Umweltverträglichkeit und Bekämpfung des Klimawandels.¹¹³

Im November 2007 gibt die Europäische Kommission zusammenfassend ihren Arbeitsplan wieder und meint über die Implementierung:

Derzeit setzen wir ein weit in die Zukunft reichendes Puzzle von Strategien und Maßnahmen zusammen: verbindliche Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% bis 2020 und Gewährleistung eines Anteils

¹¹⁰ Müller-Kraenner 2007, S. 28

¹¹¹ Europäische Kommission 2007a, S. 5

¹¹² vgl. Umbach/Skiba 2007, S. 3f.

¹¹³ vgl. Rat der Europäischen Union 2007, S. 11

erneuerbarer Energiequellen von 20% am Energiemix der EU; ein Plan zur Verringerung des Gesamtprimärenergieverbrauchs der EU um 20% bis 2020 [...].¹¹⁴

¹¹⁴ Europäische Kommission 2007b, URL

Energiepolitik unter der Berücksichtigung des Klimawandels

*... als man noch ohne schlechtes Gewissen einen Volvo 240 fahren konnte ...*¹¹⁵

Zum skizzenhaften Verständnis des Begriffs „Klimawandel“

Ein thematischer Einschub scheint aufgrund der aktuellen Bedeutsamkeit des Themas geboten und weil die Frage für die Ausrichtung der EU-Energiepolitik mitentscheidend wirkt:

Energiepolitik in Europa und Österreich bedenkt aktuell die Auswirkungen des Klimawandels und wie sie einzudämmen wären. Der Emission von spezifischen Treibhausgasen sollen strikte Obergrenzen gesetzt werden. Der diffuse Begriff Treibhausgas fasst die chemischen Moleküle Lachgas (N_2O), Schwefelhexafluorid (SF_6), wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW), perfluorierte Verbindungen (P-FKW), Methan (CH_4), den - wenn in Wolken gebunden fürs menschliche Auge leicht ersichtlichen - Wasserdampf (H_2O) und Kohlendioxid (CO_2)¹¹⁶ zusammen. Hauptsächlich der Anteil von CO_2 hat sich über die Spanne der letzten Jahrhunderte drastisch verändert. „Die derzeitigen [sic] Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre sind gleichbedeutend mit etwa 430 Teilen pro Million (ppm) CO_2 , im Vergleich mit nur 280 ppm vor der industriellen Revolution.“¹¹⁷ Fanden sich ursprünglich 280 Teile CO_2 bei einer Million Teile Atmosphäre, finden sich mittlerweile 430 Teile CO_2 . Worin liegt das Problem?

Es gilt die unwiderlegbare Erkenntnis, dass die genutzten Produktionsmittel seit der industriellen Revolution eine erhöhte Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre zur Folge hatten. Und es gilt die Überzeugung, dass diese erhöhte Konzentration hauptsächlich für absehbare Klimaveränderung verantwortlich zeichnet. Die Erde wärmt sich auf.

Das Kohlendioxid absorbiert die Infrarotstrahlung, die von der Erde ausgeht, und sorgt dafür, dass eine geringere Energiemenge in den Weltraum abgestrahlt wird, wodurch sich die Erde wie in einem Treibhaus langsam aufheizt. Dies kann

¹¹⁵ Franzen 2010, S. 12

¹¹⁶ vgl. Defilla 2007, S. 45

¹¹⁷ Stern 2006, URL

gravierende Folgen für unser Klima und die Höhe des Meeresspiegels haben, wie zunehmend klar wird.¹¹⁸

Einen anschaulichen Vergleich zum Treibhauseffekt bildet die Ursache für die gestaute Hitze im Glashaus während eines sonnigen Tages. Dort herrschen innen höhere Temperaturen als außen, weil

Glas nur für kurzwellige Strahlungen (d.h. sichtbares Licht) durchlässig (d.h. durchsichtig) ist, jedoch nicht für die langwelligen Infrarot- oder Wärmestrahlungen, für welche Glas undurchsichtig ist und welche daher im Glashaus „gefangen werden“. [...] Die langwellige Infrarot- oder Wärmestrahlung entsteht durch die thermische Bewegung von Elektronen in jedem physikalischen Körper, welcher einer Temperatur unter 1'000 Grad Celsius hat, also z.B. auch an der Erdoberfläche.¹¹⁹

Ohne Atmosphäre fänden sich auf der Erdoberfläche die gleichen Gegebenheit wie am Mond: – 18° Celsius, alles Wasser wäre zu Eis geforen und die Entwicklung der Evolution blockiert. Die Atmosphäre bewirkt einen natürlichen Treibhauseffekt, indem sie Teile der Infratrotstrahlen am Austritt blockiert, und schraubt „damit die Durchschnittstemperatur auf [...] + 15 Grad Celsius; dies ist ein Mittel zwischen Tag und Nacht, Pol und Äquator. Der natürliche Treibhauseffekt der Atmosphäre beträgt also 33 Grad (zwischen -18 Grad und +15 Grad Celsius).“¹²⁰ Ein verstärkter Effekt bringt ein filigranes Gleichgewicht aus der Balance. Menschliche Einwirkungen ändern die Verhältnismäßigkeit ab, vielen Physikern, Meterologen, Chemikern gilt dieser Verdacht als belegt und die Annahme erwirkte die zwischenstaatlichen Klimaverträge. Kritische Töne bemängeln, dass das Abhängigkeitsverhältnis nicht „zweifelsfrei erwiesen“¹²¹ worden sei.

¹¹⁸ Schüth 2008, S. 17

¹¹⁹ Defilla 2007, S. 43 f.

¹²⁰ ebd., S. 45

¹²¹ NZZ Online 2006, URL

Eine Einschätzung der Wirksamkeit des Kyoto-Abkommens

Der Ausstoß von Treibhausgasen geschieht geballt dort, wo industrielle Produktionsmethoden angewandt werden und damit ein vergleichsweise höherer Bedarf an Energie herrscht. Unter Betrachtung der historischen Perspektive „haben Nordamerika und Europa seit 1850 etwa 70% aller CO²-Emissionen durch Energieproduktion erzeugt, während Entwicklungsländer weniger als ein Viertel dazu beigetragen haben.“¹²²

Der Trend kehrt sich aktuell um.

Der größte Teil des zukünftigen Emissionswachstums wird von den heutigen Entwicklungsländern kommen, aufgrund ihrer schneller wachsenden Bevölkerung sowie wegen des Wachstums ihres Bruttoinlandsprodukts und ihres zunehmenden Anteils an energieintensiven Industrien.¹²³

„2025 wird China die USA als größter Emittent des Treibhausgases Kohlendioxid überholt haben [...]“. ¹²⁴ Bisher diente ein ansteigender Energieverbrauch als Indikator für ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt. Ein Zusammenhang, der sich auf dem Entwicklungsniveau der wohlhabenden Nationen derzeit auflöst. Da trägt zusehends der Dienstleistungssektor als gewichtige Säule die Volkswirtschaften. Der Verschiebung folgt eine umweltschonendere Nachhaltigkeit und endet zeitgleich in keiner allgemeinen Verarmung. Oder: „Je Tonne Ölverbrauch produzierte Deutschlands Wirtschaft 1973 Waren im Wert von 9138 Euro, heute sind es 18 566, jeweils nach heutigem Wert [Jahr 2005, Anm.]“. ¹²⁵

Unter den Vorzeichen der ökonomischen Globalisierung sucht das Kapital fortlaufend die günstigsten Produktionsbedingungen, folglich wanderte die klassische Industrie von den herkömmlichen Industrienationen in andere Regionen ab. Die Wanderbewegung bedeutet im konkreten Zusammenhang mit dem Klimawandel, dass der Ausstoß von Treibhausgasen nicht

¹²² Stern 2006, URL

¹²³ ebd.

¹²⁴ Seifert/Werner 2005, S. 214

¹²⁵ ebd., S 22

vermieden sondern nur verschoben wird. Nur ein allgemein verbindlicher Rechtsakt der internationalen Gemeinschaft kann dementsprechend dagegen steuern.

Das Kyoto-Abkommen erfüllt diesen Anspruch nicht. 1997 abgeschlossen, Österreich ist einer der Unterzeichnerstaaten,

umfasst [es, Anm.] 30 % der weltweiten CO²-Emissionen - soweit es sich um diejenigen Staaten handelt, die tatsächlich Minderungspflichten übernommen haben. Diese Minderungspflichten liegen in der Größenordnung von 10 % verglichen mit dem Ausgangswert von 1990.¹²⁶

Auf eine Begrenzung der CO² - Emissionen ließen sich ausschließlich wirtschaftlich langsam wachsende Staaten verpflichten. „Das bedeutet, dass ohne das Kyoto-Abkommen ihre CO²-Emissionen zwischen 1990 und 2010 in der Größenordnung von 10 % gewachsen wären.“¹²⁷ Damit würde die Übereinkunft, sofern alle 37 Unterzeichnerstaaten den eingegangenen Verpflichtungen vollständig nachkommen, eine CO²-Eindämmung um insgesamt 20 % in den konkreten Ländern erfüllen.

Diese 20 % beziehen sich auf 30 % der weltweiten Emissionen. Sie machen damit 6 % der weltweiten Emissionen des Ausgangsjahres 1990 aus. Angesichts der Tatsache, dass die CO²-Emissionen weltweit (trotz Kyoto-Abkommen) zurzeit immer noch um 1,8 % pro Jahr zunehmen, bedeutet diese einmalige Einsparung von 6 % der weltweiten Emissionen nur eine Verzögerung des Wachstums der CO²-Emissionen um etwa drei Jahre. Mehr hat das Kyoto-Abkommen nicht erreicht. Sein direkter Effekt auf das Klima ist damit vernachlässigbar klein. [...]

Außerdem führt die Abwanderung insbesondere der energieintensiven Industriezweige in die Nicht-Kyoto-Staaten dazu, dass die Emissionen gar nicht reduziert werden.¹²⁸

Das eigentliche Ziel, die Treibhausgas-Emissionen global zu begrenzen, schafft das Regelwerk nicht. Insofern erscheint die Selbstdarstellung in den Signarstaaten selbstgefällig, da „man sich einer CO₂-Einsparung rühmt, die im Bereich des Kyoto-Abkommens zwar

¹²⁶ Weizsäcker 2008, S. 67 f.

¹²⁷ ebd., S. 68

¹²⁸ ebd.

stattgefunden hat, aber weitgehend wirkungslos bleibt, weil sie zu vermehrten CO₂-Emissionen in anderen Weltgegenden geführt hat.“¹²⁹ Sollen den möglichen Bedrohungen durch den einen menschenverursachten Klimawandel ernsthaft begegnet werden, verlangt es wirksamere Instrumente.

Die Gestaltung des Abkommen schont nicht das Klima, sondern beschleunigt die Abwanderung des Industriezweiges aus den Kyoto-Staaten in Weltgegenden ohne derartige Beschränkungen. Nicht die Umwelt wird geschont, sondern der internationale Wettbewerb verzerrt. Neben dem umweltpolitischen Implikationen sollen in diesem Zusammenhang auch die arbeitsrechtlichen kurz angedacht werden: Bei den Unterzeichnerstaaten handelt es sich vornehmlich um westliche Industrienationen. Sie verbindet die Gemeinsamkeit der arbeits- und sozialrechtlichen Zugeständnisse während der „Goldenen Jahre“¹³⁰ in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Gerade im Industriesektor wurden damals historische Errungenschaften erkämpft, garantierte Sicherheiten und Schutzmechanismen für ArbeiterInnen, die den aufstrebenden Schwellenländern noch unbekannt sind.

Für Österreich resultiert eine Verpflichtung aus dem internationalen Vertrag. Der Nationalrat hat das Abkommen ratifiziert, damit genießt es rechtsverbindlichen Charakter – egal wie die Sinnhaftigkeit und Wirkung eingeschätzt wird. Der Ausstoß von CO₂ soll bis 2010 in allen Signarstaaten gesamt um 10 % gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 sinken. Für Österreich lag 2007 „der Wert um 11,4 % über jenem des Referenzjahres 1990. Laut Kyoto-Ziel hätte der Ausstoß jedoch in der Verpflichtungsperiode 2008 bis 2013 um 13 % reduziert werden sollen.“¹³¹ (Die Vorgabe von 13 % für Österreich resultiert aus einem inneren Lastenausgleich innerhalb der EU, jeder leistet einen angemessenen Beitrag zur insgesamt 10%igen Reduktion.) In ganzen Maßeinheiten gedacht und die detailliert Zusammensetzung aufgeschlüsselt, ergibt sich folgendes Bild:

Im Jahr 2007 betrugen die Treibhausgasemissionen Österreichs 88,0 Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (CO₂-Äquivalente). [...] Die wichtigsten Verursacher waren 2007 die Sektoren Industrie und produzierendes Gewerbe (29,2 %), Verkehr (27,6 %), Energieaufbringung (15,9 %), Raumwärme und sonstiger Kleinverbrauch (12,6 %).¹³²

¹²⁹ Weizsäcker 2008, S. 69

¹³⁰ vgl. Hobsbawm 2003, S. 356 ff.

¹³¹ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2009, S. 11 f.

¹³² Umweltbundesamt (Hg.) 2009, S. 8

Bedrohliche Szenarien durch den uneingeschränkten Klimawandel

Als forcierter Richtwert für eine mögliche Obergrenze der Erderwärmung gegenüber dem Beginn des industriellen Zeitalters werden 2° Celsius angeführt. Auch die EU akzeptiert den Maßstab als Ausgangspunkt ihrer klimapolitischen Überlegungen.¹³³ Die angenommenen Konsequenzen aufgrund der Veränderung erscheinen laut Planszenarien dann durchaus beherrschbar, verglichen mit den Vorhersagen bei einer vollkommenen Schrankenlosigkeit. Ein uneingeschränktes Wachstum der Treibhausgase würde die Atmosphäre während der nächsten 100 Jahre mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % um bis zu 5° Celsius erwärmen.¹³⁴ Trifft dieses Szenario zu, hätte es weitreichende Wirkungen auf Umwelt und Menschheit, die nüchtern der Stern-Report zusammenfasst. Die aufsehenerregende Einschätzung diente 2006 dem britischen Schatzkanzler und Premierminister als Bewertungsgrundlage für die Ausrichtung ihrer Klimapolitik. Verantwortlich zeichnet der vormalige Leiter des volkswirtschaftlichen Dienstes der Weltbank Nicholas Stern. Er beziffert die Auswirkungen eines ungebremsen Klimawandels auf das Bruttoweltprodukt „auf 5% bis 20 %“. ¹³⁵ Die wirtschaftlichen Verheerungen codieren humanitäre Verwerfungen - Küstenüberschwemmungen, zunehmende und verstärkte Unwetter, Dürre, Ernteaussfälle, in der Folge politische Instabilität, Migrationsströme. „Um den Maßstab einer solchen Zunahme zu illustrieren: Die Erde ist jetzt um nur rund 5°C wärmer als in der letzten Eiszeit.“¹³⁶ Mit absoluter Sicherheit kann nicht davon ausgegangen werden, dass die technischen Umwälzungen seit Beginn der Industriellen Revolution für die Klimaveränderungen ausschlaggebend wirken, aber letzte Wahrheiten sind keine Größen der Wissenschaft. Die Werte und Festlegungen sind nicht eindeutig verlässlich, aber zwingende Logik für eine Gesellschaft gewinnen wissenschaftliche Szenarien, wenn sie zu politischen Vorgaben erhoben werden:

Werden als Obergrenze die erwähnten 2° Celsius anvisiert, darf der Anteil von CO² 550 ppm nicht übersprungen werden. Das meint, als ultimativer Höchstwert wären 550 Teile CO² im Konzentrat von einer Million Teile Erdatmosphäre erlaubt. Einzig ein weltumspannender

¹³³ vgl. Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament 2007, S. 3

¹³⁴ vgl. NZZ Online 2006, URL

¹³⁵ ebd.

¹³⁶ Stern 2006, URL

Kraftakt könnte bewerkstelligen, „dass globale Emissionen in den nächsten 10 - 20 Jahren ihren Höhepunkt erreichen und dann mit einer Rate von wenigstens 1 – 3 % pro Jahr abfallen.“¹³⁷ Die Einschnitte denken in absehbaren Zeithorizonten und wirken auf eine längere Perspektive hin gravierend.

Bis 2050 müssten globale Emissionen etwa 25 % unter den derzeitigen Niveaus liegen. Diese Reduzierungen müssen angesichts einer Weltwirtschaft im Jahre 2050 gemacht werden, die das Drei- bis Vierfache der heutigen beträgt, so dass Emissionen pro Einheit Bruttoinlandsprodukt bis 2050 lediglich ein Viertel der derzeitigen Niveaus betragen dürfen.¹³⁸

Die Trendumkehr kann glücken, wenn die Potenziale einer höheren Energieeffizienz in der Produktion ausgeschöpft werden, ein Augenmerk auf die Entwicklung von Innovationen gelegt wird und die Diversifikation an Energiequellen hin zu sauberen Energieträgern forciert wird. Das Unterfangen verlangt gezielte Investitionen. **„Das Review schätzt die jährlichen Kosten für eine Stabilisierung bei 500-550 ppm CO₂e mit etwa 1% des Bruttoinlandsprodukts bis 2050 – ein Niveau, das erheblich, aber tragbar ist“**¹³⁹ – ein geringer Wert im Vergleich zu den horrenden Sätzen, die im Falle einer weiteren Arglosigkeit laut Bericht drohen. Die schlichte Drosselung der globalen Produktion, auch so könnten Energie und damit Emissionen gespart werden, erscheint weder als realisierbare noch als wünschenswerte Alternative. Nicht zuletzt trübt das Versprechen der Minderung des gemeinschaftlichen Wohlstands in der Zukunft die Wahlchancen der politischen Entscheidungsträger, weil diese Aussicht verständlicherweise wenig Attraktivität für die BürgerInnen entfaltet und gerade den chinesischen Gesellschaftsvertrag, wachsender Wohlstand im Austausch für die Allmacht des Parteiapparates, untergraben würde. Kritiker der Stern-Studie meinen, dass ein substanzieller Umschwung weit höher als angeführt zu Buche schlägt. Sie kalkulieren, dass die berechnete Summe „höchstens mit der Umstellung einer Wirtschaft auf Kriegsproduktion verglichen werden kann“¹⁴⁰ und in Anbetracht der Tiefe der angeführten Reform nicht genügt.

¹³⁷ Stern 2006, URL

¹³⁸ ebd.

¹³⁹ ebd.

¹⁴⁰ NZZ Online 2006, URL

Erdgas – im Vergleich ein sauberer Energieträger

Energiepolitik gehorcht, wie bereits dargelegt, dem Wechselspiel aus ökonomischen Überlegungen, der Versorgungssicherheit und Umweltpolitik. Der Klimaschutz bestimmt gegenwärtig das Paradigma der Umweltpolitik. Wird der Klimawandel als reale, doch beeinflussbare Bedrohung identifiziert und beschlossen durch Intervention gegenzusteuern, gehorcht die Bewertung von potenziellen Energieträgern dementsprechenden Mustern. Der Einsatz und Nutzen von Rohöl, Erdgas, Kohle usw. wird auf Basis ihre Treibhausgasemissionen entschieden. Gesucht werden neutrale Möglichkeiten. Erneuerbare Energien verursachen die geringsten CO²-Emissionen. Die quantifizierbare Erkenntnis schafft auch die hauptsächliche Begründung und Legitimation für die staatliche Förderung der Branche.¹⁴¹ Energie ausschließlich durch erneuerbare Träger bereitzustellen, erscheint technisch nicht realisierbar und teuer. Es verlangt die sachgemäße Bewertung anderer Energieträger. Im erweiterten Vergleich zeigt sich, dass Erdgas eine relativ saubere Quelle darstellt. Wird eine Kilowattstunde Energie durch Erdgas erzeugt, fallen 0,2 kg CO²-Emissionen an. Ein geringer Wert des unerwünschten Nebenprodukts bezieht man die Angaben auf Erdöl (0,28 kg), Steinkohle (0,33 kg) oder Braunkohle (0,4 kg).¹⁴² Unter der Perspektive wirkt der vermehrte Einsatz von Erdgas vorteilhaft, geboten und vernünftig

Die Folgewirkungen eines bedingungslosen Ja's zu Erneuerbaren Energien

Die Nutzung von Erdgas erscheint als vernünftige Alternative für einen ausgewogenen Mix an Energieträgern. Der Rückgriff auf konventionelle Rohstoffe bleibt notwendig, auch wenn der Zuspruch für Erneuerbare Energien gerne auf diese Tatsache vergessen möchte. Die Gewinnung aus Erneuerbaren Energieträgern wird als umweltpolitischer Heilsbringer kommuniziert, aber ein massiver Umbau der Energieversorgung trägt Konsequenzen in sich, die selten thematisiert werden. Folgen die Leitlinien der Diskussion über alternativen

¹⁴¹ vgl. für die Bundesrepublik Deutschland: § 1 - Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien vom 25.

Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074), für die Republik Österreich: § 4 - Bundesgesetz, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und auf dem Gebiet der Kraft-Wärme-Kopplung erlassen werden (Ökostromgesetz – ÖSG) (BGBl. I Nr. 104/2009).

¹⁴² vgl. Ueberhorst 1994, S. 67

Energien nur deren schonungsvoller Wirkung auf die Umwelt, lassen sich die ökonomischen Begleiterscheinungen entweder vergessen oder tabuisieren. So treibt die gesellschaftliche Prioritätensetzung erwähnenswerte Blüten. Nach der Ratifizierung des Gesetzes¹⁴³, das der Einspeisung alternativer Energien in das Stromnetz der Bundesrepublik Deutschland Vorrang gewährt vor herkömmlichen Energieträgern, gilt im Falle einer größtmöglichen Umstellung: „Der Strompreis würde in den kommenden 25 Jahren rapide steigen, im schlimmsten Fall, wenn Deutschland komplett autark und dezentral versorgt würde, in der Erzeugung auf bis zu 23,5 Cent pro Kilowattstunde. Zum Vergleich: Zurzeit liegt der Preis dafür bei 6,5 Cent.“¹⁴⁴ Exemplarisch für die Entwicklung scheinen die Hintergründe bei der bundesdeutschen Förderung von Sonnenenergie:

Für jede Kilowattstunde Sonnenstrom bekommen die Betreiber eine feste Vergütung, die deutlich über dem handelsüblichen Strompreis liegt, im Schnitt sind es etwa 31 Cent, garantiert über 20 Jahre hinweg. [...] Inzwischen summiert sich die Förderung für die vergangenen zehn Jahre laut RWI [Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Anm.] hochgerechnet auf 60 bis 80 Milliarden Euro. Ihr Nutzen freilich ist bescheiden. Trotz des Aufwands deckt die Sonne gerade einmal 1,1 Prozent des deutschen Strombedarfs.¹⁴⁵

Für die Windkraft gelten ähnliche Tendenzen: „Sogar die an Land installierten Windkraftanlagen, welche als technologisch weitgehend ausgereift gelten, kommen nicht ohne Einspeisevergütungen aus. Diese übersteigen die spezifischen Kosten je kWh konventionell hergestellten Stroms um bis zu 300 %.“¹⁴⁶

Eine gesellschaftliche Bewertung der Sinnhaftigkeit von alternativen Energien verlangt die Kenntnis dieser Zahlen und das kollektive Bewusstsein darf sich nicht damit begnügen, nur über die Vorteile aufgeklärt zu werden.

Der gleiche Anspruch muss auch dann gelten, wenn die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch die Umstellung auf Erneuerbare Energie beworben werden. Ein Argument, das wiederholt angeführt wird, wenn belegt werden soll, warum es ein nützliches Unterfangen

¹⁴³ Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074)

¹⁴⁴ Bode (u. a.) 2010, S. 91 f.

¹⁴⁵ ebd., S. 92

¹⁴⁶ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) 2009, S. 8

darstelle, in alternative Energien zu investieren, lautet: Man bezuschusst doch eine zukunftssträchtige Wachstumsbranche. Allein die EU meint, nur wenn sie ihre selbstgesetzten Ziele einhalten möchte, bis 2020 „410.000 new jobs“¹⁴⁷ zu schaffen. Nach Angaben des österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft arbeiten bereits aktuell „**185.145 Personen** in Österreich in der Umweltwirtschaft“¹⁴⁸, und bis 2020 sollen zusätzliche „**75.000 Jobs** geschaffen werden.“¹⁴⁹ Die Erfolgsmeldungen verschweigen vorsätzlich die ganzen Folgen der Umstellung für den Arbeitsmarkt. Legen Energieunternehmen, angespornt durch Vorgaben und Gesetz, vermehrtes Gewicht auf die Bereitstellung von Energie aus Erneuerbaren Quellen, vergrößern sie ihre Aktivitäten dementsprechend, bauen sie den Sektor bei den herkömmlichen Gewinnungsmethoden sukzessive zurück. Salopp gedacht: Der Arbeitsplatz im Kohleabbau unter Tage wird ersetzt durch den spezialisierten Techniker, der beispielsweise die Forschung bei der Nutzung von Sonnenenergie mit satter Unterstützung durch staatliche Fördertöpfe vorantreiben soll. Eine sozialpolitisch bedenkenswerte Maßnahme. Neben den unmittelbaren Folgen wirken auch übertragene, wie eine Studie für Deutschland zu bedenken gibt:

Weitere Arbeitsplatzverluste entstehen durch die Verringerung der ökonomischen Aktivität, die auf die EEG-induzierte [Erneuerbare Energie Gesetz-induzierte, Anm.] Erhöhung der Strompreise zurückgeht. Hierbei müssen zwei bedeutende Aspekte berücksichtigt werden. Erstens: Auch wenn sich die Belastung eines einzelnen der rund 40 Millionen deutschen Haushalte vergleichsweise gering ausnimmt, addiert sich der Kaufkraftverlust der privaten Verbraucher infolge höherer Strompreise auf viele Milliarden Euro pro Jahr [...]. Zweitens: Mit Ausnahme der davon weitgehend verschonten energieintensiven Unternehmen fallen auch die Investitionen der industriellen Stromverbraucher durch die höheren Strompreise insgesamt um Milliarden geringer aus als ohne ein EEG.¹⁵⁰

Die Bilanz des Für und Wider von alternativer Energie scheint wenig eindeutig. Nur einer umfassend informierten Öffentlichkeit, die über den Preis ihres Wunsches nach sauberen

¹⁴⁷ Trudelle 2010, URL

¹⁴⁸ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2010, S. 2

¹⁴⁹ ebd., S. 6

¹⁵⁰ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) 2009, S 21

Ressourcen Bescheid weiß, sich auf die finanziellen und sozialen Folgen des Wandels nach eingehender Abwägung aus freien Stücken verpflichtet, wäre es erlaubt, eine selbständige Entscheidung über die Zukunft ihrer Stromversorgung zu treffen. Alles andere erscheint als Manipulation.

Erdgas – eine zukünftige Möglichkeit zur Gewährleistung der individuellen Mobilität

Neben der Stromversorgung erwartet auch der Verkehrssektor tiefe Veränderungen: Dass die Verbrennung von Erdöl, auch in der veredelten Form von Benzin, schädlicher wirkt als die Verbrennung von Erdgas zeigt nämlich Folgen für die Mobilität. 27,6 % aller nationalen CO² Emissionen in Österreich verursacht der Verkehr.¹⁵¹ Der hohe Anteil verwundert nicht, bedenkt man, dass bei knapp über acht Millionen EinwohnerInnen „5,5 Millionen Autos auf den Straßen unterwegs“¹⁵² sind. Vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2005 bereits 750 Millionen Autos über das Straßennetz weltweit rollen¹⁵³, scheint der österreichische Wert weiterhin proportional hoch, fällt aber als Teil der Gesamtmenge kaum ins Gewicht.

Inzwischen verzeichnet der Automobilsektor in den Industrienationen keine Zuwachsraten, hingegen steigt die Nachfrage in den aufstrebenden Schwellenländern rasant. Allein in China sollen sich die Absatzzahlen zwischen 2005 und 2030 verdreifachen, und „damit im Jahre 2030 ungefähr einen Bestand von 270 Millionen erreichen. Der Verkauf neuer Automobile wird in China denjenigen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2015 überholen.“¹⁵⁴ . Zu den Anschaffungskosten kommt der Unterhalt: Ungefähr 1100 Euro wendet eine deutsche Familie jährlich für den Benzinverbrauch auf. „Mit etwa 42 Prozent macht das Tanken den Löwenanteil an den Energiekosten für einen durchschnittlichen Haushalt in Deutschland aus.“¹⁵⁵

Jedes Automobil, egal wo es über den Erdball rollt, „verwandelt während seiner durchschnittlich zwölf Jahre Betriebsdauer etwa zwölftausend Liter Kraftstoff in dreißig

¹⁵¹ vgl. Umweltbundesamt (Hg.) 2009, S. 8

¹⁵² Seifert/Werner 2005, S. 221

¹⁵³ vgl. ebd., S. 222

¹⁵⁴ Weizsäcker 2008, S. 54

¹⁵⁵ Kästner/Kießling 2009, S. 87

Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂).¹⁵⁶ Wenn CO₂ Emissionen mit Grenzwerten belegt werden, braucht es Alternativen zur aktuellen Entwicklung. Hier zeigen sich die vielfältigen Schwierigkeiten, auf die eine konkrete Klimapolitik stößt.

Beispiel Nordamerika: Hier basiert die Weiträumigkeit der urbanen Siedlungsstruktur auf der Leistbarkeit der Motorisierung des Individuums.

1908 rollten die ersten Exemplare des legendären Modells T zu einem Preis von 825 Dollar aus der Produktionshalle, der erste Kraftwagen, der auch für normale Verbraucher erschwinglich war. Massenproduktion bedeutete billigeres Einkaufen und effektiveres Arbeiten, und innerhalb von acht Jahren hatte Ford den Preis für sein Modell T auf 360 Dollar gesenkt.¹⁵⁷

Die Forderungen der Unabhängigkeitserklärung konkretisieren sich im gegebenen Fall durch den Konsum, „liberty and the pursuit of happiness“¹⁵⁸ materialisieren sich. Der eigentliche Verdienst des Prozesses erschließt sich erst aus dem historischen Rückblick. Neben der Verteilung eines breiten Besitztums entfaltet der Konsum eine pazifizierende Wirkung auf die Gesellschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, ein Befund der angemessen wirkt, sobald die Erfahrungen der USA mit der Freisetzung kollektiver Brutalität im Europa durch Kolonialismus, den I. und II. Weltkrieg verglichen werden. Schließlich wurde auch die Nachkriegsordnung in Westeuropa durch die großzügigen Zuwendungen aus dem European Recovery Program auf die „fundamentale Erkenntnis gebaut, daß [sic] es einer zivilen Gesellschaft an Stabilität und Entwicklungsmöglichkeiten fehlen würde, wenn ihr die Grundlage materiellen Wohlstands fehlt.“¹⁵⁹

Gerade die Verbreitung des Automobils versinnbildlichte in den USA emblematisch die Möglichkeit der Freiheit und Ungebundenheit, es geriet zum Synonym des allgemeinen Anspruchs auf individuellen Wohlstand.

Aus der aktuellen Perspektive erfährt der Sachverhalt eine veränderte Beurteilung. Die großen amerikanischen Erdölfirmen und die aufsteigenden Automobilproduzenten Ford, General Motors und Chrysler schlossen einen informellen Verbund und bauten während ihrer ersten Wachstumsphase den öffentlichen Verkehr planmäßig zurück.

¹⁵⁶ Weizsäcker 2008, S. 54

¹⁵⁷ Blom 2009, S. 292

¹⁵⁸ The unanimous Declaration of the thirteen united States of America 2010, URL

¹⁵⁹ Berghahn 2002, S. 15

In 1922, there were only 1,370 miles of urban motor bus routes in service compared to 28,906 miles of street railway track; but, by 1940, there were 78,900 miles of motor bus routes, while operational streetcar track had fallen to 15.163 miles. Passengers carried by streetcar fell from 13,569,000 in 1923 to 7,290,000 in 1941, whereas passengers carried by urban motor bus increased from 661,000 to 7,245,000 over the same period.¹⁶⁰

Worin liegt die Ursache? „Die Autokonzerne hatten die Straßenbahngesellschaften aufgekauft, stillgelegt und stattdessen Bus-Systeme installiert. Diese waren unbequem, teuer, ineffizient.“¹⁶¹ Das steigerte den Kaufanreiz für das eigene Auto, was wiederum die Voraussetzung für die Entstehung der Suburbs war. „Mittlerweile können wir in sämtlichen europäischen Staaten ein ähnliches Phänomen dieser weitläufigen Peripherien beobachten, von Spanien über Deutschland bis in die neuen EU-Staaten, wo sich eine finanzkräftige Mittelklasse mit Häuschen in der Vorstadt etabliert hat.“¹⁶²

Nun besteht Handlungsbedarf, ein Rückbau scheint auf lange Frist unmöglich. Und egal ob Los Angeles, Sao Paulo, Warschau oder Peking: der Ausbau eines attraktiven öffentlichen Verkehrsnetzes, das Millionen von Menschen während der täglichen Stoßzeiten zu neuralgischen Plätzen transportiert, braucht lange Planung, wird kostenintensiv und zeitaufwendig. Vorläufige Abhilfe, um wenigsten den CO² Ausstoß zu verringern, könnten Innovationen in der Automobilbranche schaffen. Die Verbrennungsmotoren sollen künftig durch Erdgas betrieben oder der Antrieb gar mittels Akku bewerkstelligt werden, den man in der heimatische Garage an der Steckdose auflädt. Die Attraktivität von Erdgas wächst.

¹⁶⁰ Rutledge 2006, S. 16

¹⁶¹ Seifert/Werner 2005, S 221

¹⁶² Kneissl 2006, S. 160

Die Festlegung auf die herausragende Bedeutung der Nabucco-Pipeline für die EU-Energiepolitik

Zurück zum Nabucco-Projekt, welches Europa mit dem gefragten Gut versorgen soll. Bereits im Jahre 2003 beschließt die Europäische Union im Rahmen ihres Programms „transeuropäische Netzwerke im Energiebereich“¹⁶³, die Infrastruktur zur „Diversifizierung der Erdgasquellen und –transportwege“¹⁶⁴ zu schaffen. „Für den Aufbau und die Unterhaltung der Energieinfrastruktur sollten in der Regel marktwirtschaftliche Grundsätze gelten.“¹⁶⁵ Diesen Ansprüchen genügt die Nabucco-Pipeline und durch einen weiteren Beschluss 2006 werden die Vorstellungen über potenzielle Lieferstaaten von Erdgas konkretisiert, wenn als „Maßnahmenprioritäten“¹⁶⁶,

die Interoperabilität der Erdgasnetze innerhalb der Gemeinschaft sowie mit den Netzen der Beitritts- und Bewerberländer und anderer Länder Europas, des Mittelmeer- und Schwarzmeerraums, der Region des Kaspischen Meeres sowie des Nahen und Mittleren Ostens und der Golfregion und die Diversifizierung der Erdgasquellen und –versorgungswege,¹⁶⁷

definiert werden. Aufgrund dieser Festlegungen findet sich die Nabucco-Pipeline als eines von 28 Projekten unter Punkt „7. Aufbau der für das Funktionieren des Binnenmarkts oder die Erhöhung der Versorgungssicherheit erforderlichen Gasverbünde, einschließlich des Anschlusses getrennter Erdgasnetze“¹⁶⁸ aufgelistet und gilt damit als „Vorhaben von gemeinsamem Interesse“¹⁶⁹. Die Nabucco-Pipeline plant Erdgas aus Quellen im Kaspischen Raum oder aus dem Mittleren Osten zu transportieren. Für die Nabucco-Pipeline selbst wird eine zweite Entscheidung direkte Auswirkungen haben.

¹⁶³ Amtsblatt der Europäischen Union 2003, L 176/11

¹⁶⁴ ebd., L 176/13

¹⁶⁵ ebd., L 176/11

¹⁶⁶ Amtsblatt der Europäischen Union 2006, L 262/3

¹⁶⁷ ebd., L 262/4

¹⁶⁸ ebd., L 262/20

¹⁶⁹ ebd., L 262/15

Kommt es bei der Durchführung eines zu einem Vorhaben von europäischem Interesse erklärten Vorhabens zu erheblichen Verzögerungen oder Schwierigkeiten – auch im Zusammenhang mit Drittstaaten -, kann die Kommission im Einvernehmen mit den betroffenen Mitgliedstaaten und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einen Europäischen Koordinator ernennen.¹⁷⁰

In der Mitteilung der Europäischen Kommission vom Jahresbeginn 2007 an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament fordert diese ausdrücklich, die

Ernennung von vier europäischen Koordinatoren, deren Aufgabe es sein soll, die vier wichtigsten vorrangigen Projekte zu begleiten: Stromverbindung zwischen Deutschland, Polen und Litauen; Anbindung der Offshore-Windkraft in Nordeuropa; Verbindungsleitungen zwischen den Stromnetzen Frankreichs und Spaniens; Nabucco- Pipeline, über die Gas aus der kaspischen Region nach Mitteleuropa transportiert wird.¹⁷¹

Der Europäische Rat „begrüßt [...] die Absicht der Kommission“¹⁷² und hofft durch die Bestellung „die wichtigsten vorrangigen Vorhaben von europäischem Interesse zu beschleunigen [...]“. ¹⁷³ Damit sind Präferenzen festgelegt.

Die Einschätzungen des Nabucco-Koordinators der EU Jozias van Aartsen

Am 12. September 2006 wird der vormalige niederländische Außenminister Jozias van Aartsen zum „Nabucco-Koordinator“ der Europäischen Union bestellt. Sein Mandat gilt planmäßig vier Jahre, doch legt der Politiker der rechtsliberalen niederländischen „Volkspartei für Freiheit und Demokratie“ seine Funktion bereits 2009 nieder und kandidiert

¹⁷⁰ Amtsblatt der Europäischen Union 2006, L 262/5

¹⁷¹ Europäische Kommission 2007a, S. 11

¹⁷² Rat der Europäischen Union 2007, S. 18

¹⁷³ ebd., S. 18

erfolgreich für das Bürgermeisteramt in Den Haag.

Sein Auftrag wird in der Bestellungsurkunde festgelegt, wenn Jozias van Aartsen zum „European coordinator for the project of European interest n° NG 3 and in particular the natural gas connection Turkey-Austria, through Hungary, Romania, Bulgaria (NABUCCO project)“¹⁷⁴ ernannt wird. Das Profil betont die besondere Stellung der Nabucco-Pipeline für die Aufgabe - eine Gewichtung, die der Funktionsträger nicht bereit scheint vorbehaltlos zu akzeptieren. „Although commonly referred to as the Nabucco Co-ordinator², I have deliberately avoided using that name for my role, referring to the technically correct 'NG3' (hereafter called the Southern Corridor) terminology.“¹⁷⁵ Und fügt dann noch an, dass die Bezeichnung „Nabucco-Koordinator“ nicht weiter störend oder irreführend wirke, weil sie schlicht als Synonym für ein breiteres Tätigkeitsfeld verstanden werde: „In any case, 'Nabucco' is often used as a surrogate or synonym for NG3 or Southern Corridor; in addition, many commentators use 'Nabucco' without any reference to the actual pipeline project, or without any reference to that project's feasibility and development timetable.“¹⁷⁶

NG3 ist das Akronym für „Natural gas route 3“, und meint die Konzentration der Erdgasversorgung auf die geografischen Koordinaten Mittlerer Osten, Kaspischer Raum und Europa. In dem Bereich finden sich drei Pipeline-Projekte im Entwicklungsstadium, die neue Routen für die Europäische Union erschließen sollen: „*Turkey - Greece, Greece - Italy and Turkey - Austria gas pipelines.*“¹⁷⁷

Der Abschlussbericht des Koordinators begnügt sich mit allgemeinen Feststellungen und ergeht sich in altbekannten Aufforderungen – wie: wichtiger „*than speaking with one voice is acting with one will*“¹⁷⁸ für die Europäische Union, falls die Sicherung des Zugangs zu alternativen Erdgas-Quellen erzielt werden soll. Es mangelt an konkreten Erläuterungen über den Fortgang der Nabucco-Planungen, und es fehlen Schilderungen über die bisherigen Erfolge oder absehbare Schwierigkeiten.

Die Fahrigkeit kann dem Report nicht verübelt werden, ist doch alleine im Zeitraum der Tätigkeit des Funktionsträgers zuerst eine Entscheidung über den Bau der Pipeline vom Konsortium fix garantiert worden, um sie später zu verschieben.¹⁷⁹

¹⁷⁴ van Aartsen 2009, S. 11

¹⁷⁵ ebd., S. 2

¹⁷⁶ ebd.

¹⁷⁷ ebd.

¹⁷⁸ ebd., S. 5

¹⁷⁹ vgl. das Kapitel dieser Arbeit: Worum handelt es sich bei der Nabucco-Pipeline? oder Barnett 2008, URL

Beachtenswert bleibt der Umstand, dass der Beauftragte und die beauftragende Organisation eindeutige Auffassungsunterschiede über die Stoßrichtung der Mission hegen. Die Schlussbemerkung des Abschlussberichts verdeutlicht die Verwirrung. Jozias van Aartsens Funktion war die Parteinahme für die Nabucco-Pipeline, er selbst sah sich der Neutralität verpflichtet und empfiehlt bei seinem Rücktritt, nicht die Aktivitäten beim Pipeline-Bau zu forcieren, sondern die Optionen durch die Verflüssigungstechnik zu nutzen:

I would suggest that the Southern Corridor, apart from the current priority, Turkey, include LNG development in Egypt and Qatar, linking to Krk in Croatia and to Constanza in Romania (perhaps Bulgaria too), a greater emphasis on linking Cyprus, Crete and Greece into a supply route, and the development of Greece as a regional hub, taking southern gas from North Africa, the Caspian region and providing energy security products to its North and into Central Europe.¹⁸⁰

Zusammenfassung: Die Konturen der Unterstützung der EU für die Nabucco-Pipeline

Grundsätzlich erkennt die Europäische Union in den Plänen für die Nabucco-Pipeline ein „Vorhaben von europäischem Interesse“¹⁸¹. Die Klassifikation belegt die Wichtigkeit und der Status ermöglicht die Inanspruchnahme unterschiedlicher Instrumentarien. Die Unterstützung der Europäischen Union für die Nabucco-Pipeline zeigt drei Facetten:

Der Effekt des Koordinators für die Realisierung der Nabucco-Pipeline lässt sich nicht beurteilen. Er selbst spart Einschätzungen über seine diesbezügliche Wirksamkeit im Abschlussbericht vollkommen aus.

Die Bezuschussung durch die Zuweisung von Mitteln aus dem Konjunkturfond der Europäischen Union kann leicht gemessen werden, sie belaufen sich auf 200 Millionen Euro. „It was the first time the commission had offered money for the construction phase of a gas pipeline.“¹⁸² Die Zahlungen anzuweisen, ohne zu wissen, ob das Projekt jemals konkretisiert wird, erscheint trotz formaler Transparenz undurchschaubar. Ist die grundsätzliche

¹⁸⁰ van Aartsen 2009, S. 9 f.

¹⁸¹ Amtsblatt der Europäischen Union 2006, L 262/5

¹⁸² Kanter 2010, URL

Feststellung getroffen, lässt sich ein zweiter Befund diagnostizieren: Die Höhe der Summe wirkt kümmerlich, wird sie mit der Dotation des Gesamtbudgets für Energieprojekte in Relation gesetzt. 200 Millionen Euro „out of a budget for energy projects of 3.97 billion euros“¹⁸³ ergibt gerade einmal 5 % und steht den Bekräftigungen über die erhebliche Relevanz des Projekts für die Gemeinschaft entgegen. Zur Vollständigkeit: Kurz nachdem die Rohpläne für die Pipeline erstmals präsentiert wurden, hat die EU „sechs Millionen Euro für Machbarkeitsstudien zugesprochen“¹⁸⁴.

Rückendeckung erwirkten die wiederholten Erklärungen in offiziellen Dokumenten oder durch Wortmeldungen der EntscheidungsträgerInnen, die den Willen der Europäischen Union verdeutlichen, die Initiative für die Nabucco-Pipeline zu stärken. Auch wenn die direkten Auswirkungen schwer einzuschätzen sind, muss eine abschließende Betrachtung, das Bemühen um Fortschritte durch diplomatischen Aktivismus erwähnen: Im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft 2006 bat der damalige Wirtschaftsminister Martin Bartenstein zum Nabucco-Gipfel in die Wiener Hofburg, die Teilnehmer bekannten sich in einer Abschlusserklärung schriftlich zu der Idee.¹⁸⁵ Auch wenn die Nabucco-Pipeline nicht als unmittelbare Veranlassung für die Zusammenkünfte dient, heben vier nachfolgende Gipfeltreffen doch die Chancen des Unternehmens.

Die Vertreter der Europäischen Union und die Anrainerstaaten des Kaspischen Meers samt Nachbarländern erklärten 2004 bei einer Konferenz in Baku, übereinstimmende Interessen im Energiesektor zu verfolgen. Die Teilnehmer anerkennen „the importance of an enhanced regional co-operation in the energy sector for achieving sustainable economic and social development as well as contributing to peace, stability and prosperity in the region.“¹⁸⁶

Auf einem anschließenden Treffen in der kasachischen Hauptstadt Astana wird 2006 die Runde erweitert und zu den Anrainerstaaten des Kaspischen Meers gesellen sich die Anrainerstaaten des Schwarzen Meers. Die vergrößerte Runde bestätigt den Zweck ihres Zusammenwirkens: „***Enhancing energy security by addressing the issues of energy exports/imports, supply diversification, energy transit and energy demand***“¹⁸⁷ - so lautet die Kernformulierung des Abschlussberichts.

¹⁸³ Dempsey 2009, URL

¹⁸⁴ Nothegger 2008, URL

¹⁸⁵ vgl. Boerseexpress.com 2006, URL

¹⁸⁶ Conclusions of the Ministerial Conference on Energy Co-operation between the EU, the Caspian Littoral States and their neighbouring countries 2004, S. 1

¹⁸⁷ Ministerial Declaration on Enhanced energy co-operation between the EU, the Littoral States of the Black and Caspian Seas and their neighbouring countries 2006, S. 1

Russland begnügt sich ab diesem Zeitpunkt mit dem Beobachterstatus.

Im Kaspischen Raum liegen potenzielle Lieferstaaten, deren Kapazitäten es teils ermöglichen könnten, für die Nabucco-Pipeline genügend Gas bereitzustellen.

Im Mai 2009 wird auf diese Vorarbeiten aufgebaut. Unter der Ägide der tschechischen Ratspräsidentschaft unterzeichnen Vertreter der EU, Aserbaidschans, Georgiens, der Türkei und Ägyptens in Anwesenheit von Repräsentanten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan eine Erklärung, sich für die Bildung eines einheitlichen Energiekorridors im Süden einzusetzen. Es werden konkrete infrastrukturelle Schritte angedacht:

In the field of energy we [...] agree to give necessary political support and, where possible, technical and financial assistance to the construction of the Southern Corridor, including the Trans-Caspian energy transportation projects, in order to support the diversification of energy sources, markets and transport routes [...]. In the field of energy we [...] welcome that the countries concerned will endeavor to [...] establish direct connections between both sides of the Caspian Sea as one of the main important elements of the effective energy cooperation and favour the interconnection of the Southern Corridor with the EU through strategic infrastructure projects necessary for carrying natural gas by pipelines or ships. In the gas sector, interconnection will be established among others through the Nabucco project [...].¹⁸⁸

Ein letztes wegweisendes Treffen bildet das Sofia Energy Summit, "Natural Gas for Europe. Security and Partnership" mit einem breiten Teilnehmerfeld aus 28 Staaten. Ein vorläufiger Schlußsatz: „We stress upon the geopolitical importance of the Black Sea and Caspian regions for European energy security and for the diversification of sources and routes of gas supplies [...].“¹⁸⁹

Neben den multilateralen Ansätzen kann sich der strategische Blick auch auf ein einzelnes Land verengen:

Was die Energieversorgungssicherheit anbelangt, so unterstreicht der Europäische Rat, dass die vorhandenen Instrumente in vollem Umfang genutzt werden müssen,

¹⁸⁸ Prague Summit Southern Corridor 2009, S. 3 f.

¹⁸⁹ Declaration of the Sofia Energy Summit 2009, S. 3

um die bilaterale Zusammenarbeit der EU mit allen Energielieferanten zu verbessern und eine zuverlässige Energieversorgung der Union sicherzustellen.¹⁹⁰

Die Arbeit folgt nun wortgetreu der Aufforderungen, und analysiert die bilaterale Ebene.

¹⁹⁰ Rat der Europäischen Union 2007, S. 14

Länderporträts

Wer könnte der Nabucco-Pipeline das notwendigen Erdgas bereitstellen?

Die Nachfrage nach Erdgas wächst und die Nabucco-Pipeline soll mithilfe, die Versorgung sicherzustellen. Im folgenden Kapitel wird der Kaspische Raum und der Mittlere Osten nicht als Einheit gedacht, sondern gemäß den Überlegungen des Nabucco-Konsortiums werden einzelne Staaten, die als potenzielle Erdgas-Lieferanten in Frage kämen und in Betracht gezogen werden, gesondert untersucht. Im Fokus liegt der politische Austausch, gegebenenfalls die Besonderheiten des bilateralen Handels und eine politische Innenansichten. Es ist diese Region, die von der Röhre mit Mitteleuropa direkt verbunden werden soll.

Landkarte III: Südosteuropa – Schwarzes Meer – Kaspisches Meer¹⁹¹



Aserbaidshan

Das Nabucco-Konsortium bemüht sich gegenwärtig um Erdgaslieferungen aus dem Aserbaidshan. Es hofft, dass sich der Staat auf konkrete Zusagen verpflichten lässt. Die Avancen gelten dem Erdgasfeld Shah Deniz, dort versprechen Schätzung beträchtliche

¹⁹¹ Quelle: <http://positivity.files.wordpress.com/2009/06/europe-asia-map1.gif>

Reserven: „Shah Deniz alone is estimated to contain 1 tcm [1 Billiarde Kubikmeter, Anm.] of gas and has 450 bcm [450 Milliarden Kubikmeter, Anm.] of proven reserves. The field is being developed by a consortium led by BP Amoco [...].“¹⁹² Die notwendige Infrastruktur um den Anschluss an die Nabucco-Pipeline zu gewährleisten, wäre bereits vorhanden. Das Erdgas aus dieser Quelle könnte zuerst mittels der Baku-Tiflis-Erzurum Pipeline transportiert werden, „deren Kapazität im Endausbau bei 20 Milliarden Kubikmeter liegen soll“¹⁹³, so den Kaukasus überqueren, bevor es in Ostanatolien in die Nabucco-Pipeline eingespeist wird. Trotzdem würden die Gasreserven „auch nach der geplanten Expansion des Shah Deniz-Feldes (Shah Deniz 2) nicht ausreichen, um Nabucco rentabel zu machen“¹⁹⁴, weil der Aserbaidschan bereits andere Lieferverpflichtung eingegangen ist. Auch wenn die potenziellen Lieferungen nicht die Kapazität hätten, den ganzen Betrieb zu garantieren, ließe sich durch Zusagen die erste Phase des Nabucco-Betriebs sicherstellen.

Die gesicherten Reserven und das vorhandene Transportnetzwerk begründen die Attraktivität Aserbaidschans für die Strategien des Nabucco-Konsortiums. Eine Schlussfolgerung, zu der auch die EU kommt. Sie bekennt in ihrem Nachbarschaftsprogramm mit Aserbaidschan: „Als Öl- und Gasproduktions- und -transitland spielt Aserbaidschan [...] eine zentrale Rolle, unter anderem durch die Eröffnung alternativer Transportrouten für Energieressourcen vom Kaspischen Meer und Zentralasien nach Europa.“¹⁹⁵ Um die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und dem Kaukasusstaat zu vertiefen, werden dem Aserbaidschan im „Zeitraum 2007-2013 [...] hauptsächlich im Rahmen des neuen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) [...]“¹⁹⁶ finanzielle Mittel in Aussicht gestellt.

Nicht nur die EU intensivierte ihre diplomatischen Bemühungen, auch die Republik Österreich zeigt sich um die zwischenstaatliche Beziehung besorgt. Obwohl von 2010 bis 2014 aufgrund von Sparmaßnahmen zwei österreichische Botschaften und fünf Generalkonsulate schließen, und „der Budgetrahmen [des Ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, Anm.] von 440 Millionen Euro 2010 [...] im nächsten Jahr auf 427 Millionen gekürzt“¹⁹⁷ wird, hat Mitte des Jahres 2010 eine neue Vertretung in der

¹⁹² Norling 2007, S. 22

¹⁹³ Götz 2009, S. 17

¹⁹⁴ Malek 2009, S. 12

¹⁹⁵ Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Aserbaidschan 2007, S. 5

¹⁹⁶ ebd., S. 3

¹⁹⁷ Derstandard.at 2010b, URL

aserbaidshanischen Hauptstadt Baku eröffnet. „Die Mission ist klar definiert. Botschafterin Sylvia Meier-Kajbic und ihre vier Mitarbeiter sollen Türen für österreichische Unternehmen öffnen.“¹⁹⁸ Für räumliche Nähe wurde Sorge getragen, vielleicht damit die Institution ihrer Zweckentfremdung garantiert nachkommt: „Drei Stockwerke unter der neuen österreichischen Botschaft hat die OMV ihr Büro.“¹⁹⁹

Die von WikiLeaks veröffentlichten Depeschen des diplomatischen Dienstes der USA liefern demgemäß die treffende Einschätzung der US-Botschaft in Wien:

Außenminister Michael Spindelegger [...] habe sich „weitgehend darauf konzentriert, das Vordringen der österreichischen Wirtschaft“ im Schwarzmeerraum und im Kaukasus zu befördern [sic]. Sein Eintreten für die Nabucco-Gaspipeline immerhin sei von „eindeutigem Nutzen für die USA“.²⁰⁰

Außenminister Michael Spindelegger entgegnet auf die Einschätzung: „Ich verstehe diese Passage als Kompliment.“²⁰¹ Wenn die Außenpolitik als verlängerter Arm zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen dient, lässt sich das beharrliche Schweigen über die rechtsstaatlichen Defizite in Aserbaidshan erklären und verstehen, wieso sich die österreichische Diplomatie stillschweigend an ein tyrannisches Regime anbiedert, das demokratische Grundsätze prinzipiell desavouiert.

An der Spitze des aserbaidshanischen Staates steht Ilham Alijew,

er hat das Amt von seinem Vater geerbt und sich in einer manipulierten Wahl bestätigen lassen. Er lässt Gegner ins Gefängnis werfen, nutzt das Parlament als Applausmaschine, und die kümmerliche Opposition existiert vor allem, um ausländischen Investoren nicht unter zu großen Rechtfertigungsdruck zu bringen. Ohne deren Geld würde das Land kollabieren. Mehr als 90 Prozent aller Exporte Aserbaidshans werden durch das Öl erwirtschaftet, und nur ein

¹⁹⁸ Ultsch 2010, URL

¹⁹⁹ ebd.

²⁰⁰ Friedmann/Mayr 2010, S. 105

²⁰¹ zit. nach: Nowak 2010, URL

Bruchteil der Aserbaidzchaner profitiert vom Rohstoffreichtum des Landes, es sind die Günstlinge des Präsidenten.²⁰²

Freedom House fasst die Situation in Aserbaidzchan folglich zusammen, bemängelt gängige Korruption als Usancen im Energiesektor:

Corruption is a major obstacle, with government officials rarely held accountable for corrupt practices [...]. Corruption is also deeply entrenched in society, and by a number of measures it is increasing as the vast proceeds from the country's burgeoning energy industry flow into the government's coffers, creating new and more expansive opportunities for graft. Azerbaijan was ranked 150 out of 179 countries surveyed in Transparency International's 2007 Corruption Perceptions Index.²⁰³

Auch wenn Ilham Alijew seine Herrschaft zyklisch durch Wahlen legitimieren lässt, die Abstimmungen verkommen zur Farce. „Die OSZE nannte die Parlamentswahlen im Jahr 2000 ‚einen Crashkurs in allen möglichen manipulativen Techniken‘, und die Präsidentschaftswahl 2003 war nicht viel besser.“²⁰⁴

Das letzte ranghohe Zusammentreffen bilateraler Vertreter der Staaten Österreich und Aserbaidzchan fand Juni 2010 statt als der Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und der Außenminister Michael Spindelegger dem aserbaidzchanischen Präsidenten ihre Aufwartung machen durften. Laut Angaben der österreichisch-aserbaidzchanischen Handelskammer richtete der österreichische Außenminister Ilham Alijew

freundliche Grüße aus und stellte einen Brief vom Bundespräsidenten Heinz Fischer zu. Spindelegger verkündete, er sei beeindruckt von den zahlreichen Annehmlichkeiten in der Hauptstadt Aserbaidzchans. Er teilte mit, dass die Gespräche mit den aserbaidzchanischen Kollegen äußerst effektiv gewesen seien im Hinblick auf die Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen.²⁰⁵

²⁰² Busse 2006, S. 59

²⁰³ Freedomhouse 2008, URL

²⁰⁴ Busse 2006, S. 60

²⁰⁵ Austrian Azerbaijani Chamber of Commerce 2010, URL

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner rühmt die Reise in einer ministeriellen Mitteilung als Erfolg, da „die staatliche Energiegesellschaft SOCAR mit den Nabucco-Konsortialpartnern Verhandlungen über Gaslieferungen nach Europa aufnehmen werde.“²⁰⁶ Die vielfältigen Bemühungen erwirkten ein Übereinkommen zwischen der Europäischen Union und der aserbaidischen Staatsführung im Januar 2011. Präsident Ilham Alijew und der EU-Kommissionspräsident Juan Manuel Barroso unterzeichneten eine Erklärung, in der die Absicht des Aserbaidischens festgehalten wird,

genug Gas zur Verfügung zu stellen, um Europa den Aufbau eines südlichen Pipeline-Systems zu ermöglichen, das Russland umgeht. [...] Konkrete Verträge müssen allerdings noch die beteiligten Energieunternehmen aushandeln, was bis März [2011, Anm.] geschehen soll.²⁰⁷

Im Gegenzug verspricht die Europäische Kommission die Visabestimmung für aserbaidische StaatsbürgerInnen zu lockern.²⁰⁸ Günther Öttinger, der Energiekommissar begleitete den Kommissionspräsidenten auf der Reise nach Baku, stellt daraufhin fest: „Aserbaidisch ist das wichtigste Land, von der Gasmenge und den Entwicklungskosten der Leitung her.“²⁰⁹

Turkmenistan

Die Anziehungskraft Turkmenistans für das Nabucco-Konsortium kennt einen Namen: das South Yolotan-Osman Erdgasfeld. „In 2008 the oil advisory firm Gaffney Cline & Associates (GCA) conducted a study on the South Yolotan-Osman field and determined that that field alone was the fifth largest in the world, with an estimated 4 trillion to 14 trillion cubic meters of gas.“²¹⁰ Nimmt man nur bisher nachgewiesene Vorkommen, die einen unteren Rand der Schätzung bilden, lagern in Turkmenistan insgesamt beachtliche Erdgasbestände: „Mit rund

²⁰⁶ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2010, URL

²⁰⁷ Busse 2011, URL

²⁰⁸ vgl. www.euractiv.de 2011, URL

²⁰⁹ zit. nach: Grimm 2009, URL

²¹⁰ de Leon 2009, URL

acht Billionen Kubikmetern an nachgewiesenen Reserven hat Turkmenistan die viertgrößten Vorkommen weltweit.²¹¹

China und Russland umwarben Turkmenistan eifrig, und beide Staaten sicherten die Ansprüche auf beträchtliche Liefermengen bereits ab: „Die zentralasiatische Republik Turkmenistan wird 1,2 Billionen Kubikmeter Gas im Laufe von 30 Jahren an China liefern.“²¹² Die Lieferungen begannen im Jahr 2009, nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung einer Central Asia-China-Erdgaspipeline, über die beide Länder direkt miteinander verbunden sind. Darüber hinaus schlossen die russische Gazprom und der turkmenische Staat 2008 eine Vereinbarung über die Lieferung von 50 Milliarden Kubikmetern Erdgas jährlich nach Russland.²¹³ Dieser Vertrag ergänzt die Partnerschaft im Energiesektor, die bereits davor durch ein Infrastrukturprojekt besiegelt wurde:

Im Mai 2007 unterzeichneten Russland, Kasachstan und Turkmenistan eine Absichtserklärung zum Bau einer neuen Gasleitung für turkmenisches Gas. Diese soll entlang des Kaspischen Meeres verlaufen und turkmenisches Gas in das russische Leitungsnetz einspeisen.²¹⁴

Aufgrund einer Explosion an einer Erdgas-Pipeline 2009 mussten die zwischenstaatlichen Lieferungen vorübergehend eingestellt werden. Nach dem Vorfall wurde erwartet, dass 2010 ein Niveau von 30 Milliarden Kubikmeter transportierten Gases erreicht wird.²¹⁵

Die Geschäftsabschlüsse Chinas und Russlands belegen die wachsende Bedeutung der zentralasiatischen Region für den globalen Rohstoffhandel. Die Lage zwischen den aufstrebenden Mächten, deren Wirtschaftswachstum einen unersättlichen Rohstoffhunger nach sich zieht, erlaubt es den zentralasiatischen Republiken Partnerschaften sorgfältige und einseitig auszuwählen. Auch die EU bemüht sich um vertiefte Beziehungen.

Der Europäische Rat einigte sich unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 auf eine forcierte Strategie für die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan. Und gibt als Beweggrund für den Schritt offenkundig an, dass „die zentralasiatischen Staaten mit ihren beträchtlichen

²¹¹ Rhar 2009, URL

²¹² Ria Novosti 2009a, URL

²¹³ vgl. Nicola 2008, URL

²¹⁴ Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste 2007, S. 3

²¹⁵ vgl. Ria Novosti 2009b, URL

Energieressourcen und der von der ihnen angestrebten Diversifizierung bei den Handelspartnern und Versorgungswegen zur Deckung des Bedarfs der EU an Energiesicherheit und Energieversorgung beitragen können.“²¹⁶

Um größere Aufmerksamkeit besorgt, als die Inhalte der EU-Ratsbeschlüsse üblicherweise erfahren, publizierte der Bundesaußenminister a.D. und damalige Präsident des EU-Außenministerrats Frank-Walter Steinmeier in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Artikel über Grundlagen des Programms unter der griffigen Überschrift: „Die Seidenstraße neu beleben“.²¹⁷

Für Turkmenistan erweist sich der historische Vergleich nur bedingt zutreffend, denn die Hauptstrecke der Handelsroute kreuzte das heutige Staatsgebiet nur im äußersten Süden²¹⁸, aber über die Intention herrscht kein Zweifel. „Mit mindestens vier Prozent der Weltenergieserven hat die Region für die Energiesicherheit der Europäischen Union und auch Deutschlands strategische Bedeutung [...]“.²¹⁹ Und der EU-Ratsbeschluss fordert demgemäß die Kontaktpflege mit Zentralasien sowohl auf Ebene der EU als auch den zwischenstaatlichen Austausch zu intensivieren.

Dem Credo Folge leistend, hält der außenpolitische Bericht des österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten ein Ereignis fest. Als offizieller Besuch in Turkmenistan gilt die „Teilnahme der Nabucco-Beauftragten des BMWFJ Maria Reich-Rohrwig und des Generaldirektors der OMV Wolfgang Ruttenstorfer an der Konferenz ‚Ein zuverlässiger und stabiler Transit von Energieträgern und dessen Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung und internationalen Zusammenarbeit‘“.²²⁰ Irritation verursacht neben der Feststellung, dass dem Generaldirektor der OMV der Rang eines offiziellen Vertreters der Republik zugestanden wird, ein zweiter Faktor. Verlangt schon die prototypische Lobbyarbeit Aufmerksamkeit durch eine kritische Öffentlichkeit, zeigt sich in diesem Fall die Stoßrichtung sogar seitenverkehrt. Nicht ein Unternehmen bemüht sich um besondere Konditionen und Behandlung durch die Politik, sondern die Politik verwendet sich für die Interessen eines Unternehmens. Diese Tendenz mag als Produkt des fragwürdigen Programms stehen, wonach die Geschäftsanbahnung im Außenhandel nunmehr in der Verantwortung der Diplomatie liegt. Begündete Bedenken sind ausgeblendet.

²¹⁶ Europäischer Rat 2007, S. 3

²¹⁷ Steinmeier 2007, S. 10

²¹⁸ vgl. Höllmann 2004, S. 89 f.

²¹⁹ Steinmeier 2007, S. 10

²²⁰ Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (Hg.) 2010, S. 401.

Die Situation in Turkmenistan fasst Freedomhouse zusammen:

Turkmenistan is not an electoral democracy. The late president Saparmurat Niyazov wielded near-absolute power until his death. None of the country's elections—including the February 2007 vote that gave Niyazov's successor, Gurbanguly Berdymukhammedov, a five-year term in office—have been free or fair. [...] Corruption is widespread, with public officials often forced to bribe their way into their positions. State profits from gas exports remain opaque.

Turkmenistan was ranked 168 out of 180 countries surveyed in Transparency International's 2009 Corruption Perceptions Index. Freedom of speech and the press is severely restricted by the government, which controls all broadcast and print media. Internet access has expanded somewhat since Niyazov's death, although the sole service provider, run by the government, reportedly blocks undesirable websites. [...] The government restricts freedom of religion, and independent groups face persecution. [...] The judicial system is subservient to the president, who appoints and removes judges without legislative review.²²¹

Als Vorgänger des aktuellen Präsidenten Gurbanguly Berdymukhammedov wirkte Saparmurat Niyazov, der eine straffe Diktatur aufbaute und einem obskuren Personenkult huldigen ließ. Seine Bezeichnung Turkmenbashi, Vater aller Turkmenen, galt als verhängnisvolles Omen, lassen sich die Eckpunkte seiner Politik mit der Unterdrückung der UntertanInnen, durch grassierende Armut, Unterschlagung und emblematischem Zynismus zusammenfassen. 2006 waren

in den Städten 50 Prozent und auf dem Land bis zu 70 Prozent der Bevölkerung in die Arbeitslosigkeit geführt. Renten und Mutterschaftsgelder sind in jüngster Vergangenheit gekürzt und die meisten Krankenhäuser auf dem Land geschlossen worden. Stationäre Behandlung soll es bald nur noch in der Hauptstadt Aschgabad ("Stadt der Liebe") geben und Medikamente nur noch gegen Bares.²²²

Die Volkswirtschaft leidet an einer strukturellen Abhängigkeit: „Rund 70 Prozent des Nationaleinkommens hängen an Öl- und Gasexporten. Für 85 Prozent der turkmenischen

²²¹ Freedomhouse 2010, URL

²²² Mayr 2006, S. 111

Exporterlöse im ersten Halbjahr 2005 bürgten fossile Energieträger.²²³

In der Hauptstadt, wo die Grundversorgung der medizinischen Pflege zusammengebrochen war, kreiste eine vergoldete 12 Meter Statue des Diktators mit dem Lauf der Sonne. Die Rotation sollte verhindern, dass jemals Schatten auf das Haupt fällt.²²⁴ Neben der bildlichen Präsenz zeigt sich der Diktator auch um die Gedanken und einschlägige Erziehung seiner Landsleute besorgt.

In seiner Diktatorenfibel Ruhnama, dem Buch der Seele, vermischte Turkmenbaschi moralische Lebensratschläge mit wüstenphilosophischen Aphorismen und der historischen Sensation, dass die Turkmenen das Rad erfunden hätten. Das zweibändige Werk gehört zur Pflichtlektüre in Schulen, an Universitäten und zur Führerscheinprüfung.²²⁵

Die Auflage der deutschen Übersetzung des ersten Teils der Ruhnama veranlasste Daimler Chrysler als Gunsterweisung an den Diktator, da dieser eine große Zahl an Nutzfahrzeugen beim damaligen Konzern orderte.²²⁶ Neben dem Buchdruck diente auch handfeste Bestechung der Absicherung der Vertragsunterzeichnung.

Im April 2010 befand das US-Justizministerium Daimler nach der Auflösung des Konzerns DaimlerChrysler nun den baden-württembergischen Autohersteller allein schuldig, im Handel mit Turkmenistan gegen US-Antikorruptionsgesetze verstoßen zu haben. Das Unternehmen hatte eine Strafzahlung von 200 Millionen Dollar zu entrichten. Unter die nachgewiesenen Aktivitäten fällt als illustratives Beispiel die Bestechung eines offiziellen Regierungsvertreters, der eine 300.000 Dollar Limousine als Geschenk erhielt.²²⁷

Die Zeppelin GmbH, ein in Friedrichshafen beheimateter Baukonzern mit Niederlassung in Aschgabad, zeichnet für die Übersetzung des zweiten Bandes verantwortlich.²²⁸ Auf der Firmenhomepage finden sich neben einem Abriss der Firmengeschichte weg vom Luftfahrtpionier Ferdinand Graf von Zeppelin, auch konkrete Angaben zum aktuellen MitarbeiterInnenstand (6 000 Personen) und zum jährlichem Umsatzvolumen (1,8 Milliarden

²²³ Mayr 2006, S. 111

²²⁴ vgl. Gurut 2008, URL

²²⁵ Voswinkel 2006, URL

²²⁶ vgl. Brüggmann 2006, URL

²²⁷ vgl. CEE Bankwatch Network 2010, S. 10

²²⁸ vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2010, URL

Euro), aber keine Hinweise zur verlegerischen Tätigkeit.²²⁹ Die gegenseitige Verbundenheit zwischen dem Präsidenten Saparmurat Niyazov und Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland reicht bis hin zur Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten. Hohe Teilbeträge aus dem zwischenstaatlichen Gasgeschäft mit der Ukraine ließ der Präsident auf einem Konto der Deutschen Bank parken. „In einem Devisenfonds, den der Staatspräsident als sein ‚persönliches Taschengeld‘ betrachte“²³⁰, so lautet die Aussage des vormaligen turkmenischen Zentralbankchefs Chudaiberdy Orasow. Nach begründeten Schätzungen beläuft sich die Buchungssumme des Hauptkontos - laufend auf die Turkmenische Zentralbank, "Acc. No. 949 924 500 DEUTSCHE BANK AG, Frankfurt-am-Main, Germany Taunusanlage 12-21... Swift: DEUTDEFF"²³¹ – mindestens auf 3 Milliarden Dollar²³². „Dass [...] Staatspräsident Saparmurat Nijasow, die Exporterlöse seines rohstoffreichen Landes im Ausland parken und in seinem Haushalt nicht ausweisen lässt, wird von Regimegegnern im Exil seit langem kritisiert.“²³³ Nach dem Tod Niyazovs versprach sein Nachfolger Gurbanguly Berdymukhamedov politische Reformbemühungen und Transparenz. Im Oktober 2008 verkündete das Staatsoberhaupt

the establishment of a Stabilisation Fund, a new transparent mechanism for accumulation gas and oil revenues. It was supposed to replace the extra-budgetary funds, especially the Foreign Exchange Reserve Fund, and serve channelling revenues into longterm investments such as infrastructure. Nonetheless there are no signs that the new scheme differs from the previous one.²³⁴

Sowohl die EU als auch die internationale Finanzinstitutionen bestätigen, wenn auch nicht offiziell, „that they have not seen any documents defining the way the new fund is managed.“²³⁵ Auch die Beteuerungen um Veränderung des politischen Rahmens blieben uneingelöst.

Die falschen Versprechen konnten jedoch die RWE, das DAX-Unternehmen ist ein Konsorte

²²⁹ vgl. <http://www.zeppelin.com/> 2010, URL

²³⁰ zit. nach: Mayr 2006, S. 111

²³¹ ebd., S. 110

²³² vgl. CEE Bankwatch Network 2010, S. 8

²³³ Mayr 2006, S. 110

²³⁴ CEE Bankwatch Network 2010, S. 8 f.

²³⁵ ebd., S. 9

des Nabucco-Projekts, nicht abschrecken, neue Projekte mit der turkmenischen Staatsführung zu lancieren, die Aktivitäten im Gassektor anzukurbeln und die Erwartungen der Nabucco-Partner anzuspornen: Im Mai 2009 unterzeichnete RWE

a memorandum for long-term cooperation in the energy sector with the Turkmen government and subsequently opened an office in Ashgabat. This was followed by its acquiring of exploration rights for one of the offshore blocks in Turkmenistan's sector of the Caspian Sea and further intensive gas negotiations with high level officials in Ashgabat.²³⁶

Neben den ethischen Bedenken treten beim eventuellen Transport des turkmenischen Gases durch die Nabucco-Pipeline nach Zentraleuropa auch technische Schwierigkeiten und rechtliche Probleme auf. Bisher fehlt die notwendige Infrastruktur um den Rohstoff von der östlichen Küste des Kaspischen Meers zur westlichen zu transportieren. Diese Frage muss gelöst, bevor konkrete Maßnahmen getroffen werden. Die Chancen von zwei unterschiedlichen Varianten werden momentan von einer „eigens von RWE und OMV gegründete [-n, Anm.] Gesellschaft“²³⁷ ausgelotet: Entweder soll das Gas mittels Tanker über das Gewässer geschifft oder durch eine eigene Pipeline auf dem Meeresgrund hindurch gepumpt werden.²³⁸ Müssten im ersten Fall die Hafenanlagen speziell und teuer adaptiert werden, sieht sich das zweite Konzept mit rechtlichen Hindernissen konfrontiert. Der völkerrechtliche Status des Kaspischen Meers steht zur Disposition und den Plänen könnten

Unklarheiten hinsichtlich der Aufteilung des Kaspischen Meers unter den fünf Anrainerstaaten entgegenstehen. Während in sowjetischen-iranischen Übereinkommen das Kaspische Meer als Binnengewässer zur gemeinsamen Nutzung der beiden Staaten definiert wurde, ist dessen völkerrechtlicher Status und damit auch die Frage nach den Nutzungsrechten der Bodenschätze nicht geregelt und umstritten. Dabei trat Kasachstan ursprünglich für die Anwendung der internationalen Seerechtskonvention ein, wonach das Kaspische Meer in Territorialgewässer, Schelf und internationale Gewässer aufzuteilen wäre. Mittlerweile konnten sich jedoch zumindest Aserbaidschan, Kasachstan und

²³⁶ CEE Bankwatch Network 2010, S. 4

²³⁷ Mihm 2009a, URL

²³⁸ vgl. The Economist 2010, URL

Russland in bilateralen Vereinbarungen darauf verständigen den kaspischen Meeresboden nach der Größe einer gedachten Mittellinie in Sektoren aufzuteilen. Der Iran, dem bei dieser Lösung der geringste Anteil zuerkannt würde, spricht sich allerdings für eine gleichmäßige Aufteilung des Meeresbodens unter den Anrainern zu je 20 % aus. Die turkmenische Regierung vertritt wechselnde Standpunkte.²³⁹

Unwahrscheinlich, dass die Streitfrage in naher Zukunft gütlich gelöst und damit entschieden wird, welches Hoheitsgebiet die Pipeline quert.

Trotz der Widrigkeiten werden die Bemühungen um turkmenisches Gas aufrecht erhalten. Die Ursache liegt in einer ökonomischen Erwägung und dem Willen, einen aus europäischer Perspektive unerwünschten Kreislauf zu durchbrechen, begründet:

So kaufte Russland am Anfang dieses Jahrzehnts [2000er Jahre, Anm.] turkmenisches Gas zum Preis von 57 Dollar pro Tausend Kubikmeter. Dieses Gas wurde innerhalb Russlands verbraucht, während Moskau russisches Gas für 250 Dollar pro Tausend Kubikmeter an EU-Länder abgab.²⁴⁰

Irak

Die Erdgasbestände im Irak laufen laut Schätzungen „auf 110 Billionen Kubikfuß“²⁴¹ - ein Kubikfuß entspricht 0,028317 Kubikmetern. Diese Menge weckte das Interesse des Nabucco-Konsortiums, wobei während der Gespräche zwischen dem EU-Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso und dem irakischen Ministerpräsidenten Nuri al Maliki speziell das Ekas-Erdgasfeld im Süden des Iraks im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit lag und die Zulieferung via der Arab-Gas-Pipeline angedacht war.²⁴²

Der Irak setzt sich aus 18 Verwaltungsregionen zusammen. Die drei im Norden gelegen Regionen Dhuk, Irbil, As-Sulaymaniyah formen die autonome Region Kurdistan. Während der ersten Irakinvasion kam es 1991 zu Aufständen der kurdischen Bevölkerung gegen den

²³⁹ Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste 2007, S. 2

²⁴⁰ Malek 2009, S. 11

²⁴¹ Kneissl 2006, S. 26

²⁴² vgl. Deutsche Presse Agentur 2008, URL

diktatorischen Herrscher Saddam Hussein in Bagdad, die vom Regime mit äußerster Brutalität niedergeschlagen wurden. „Daraufhin errichteten die Alliierten USA, Frankreich und Großbritannien im April eine mit einem Flugverbot für irakische Maschinen verbundene Schutzzone für die kurdische Bevölkerung nördlich des 36. Breitengrads [...],“²⁴³ und neben der kulturellen Eigenständigkeit entwickelte sich nach dem Krieg 1990/1991 auch eine politische. „Unter dem Dach der UN ist ein Quasi-Staat mit zwei einst feindlichen Hälften entstanden, der nördliche Teil in Erbil unter Führung der KDP (der Demokratischen Partei Kurdistans) und der südliche in Sulaymaniyah unter der PUK (der Patriotischen Union Kurdistans).“²⁴⁴

Für den Fall, dass der neue Irak scheitert, hätten die Kurden als einzige Gruppe alles, was sie brauchen. Sprache, Bank, Parlament, Peschmerga [einst kurdische Unabhängigkeitskämpfer, deren Einheiten nun in die irakische Armee eingegliedert sind, Anm.]. Nur das Wichtigste fehlt ihnen [...]: Freunde in der Nachbarschaft. Die Brüder – ob Iraker, Iraner oder Türken – werden den unabhängigen Kurdenstaat zu verhindern wissen.²⁴⁵

Die Hoffnung auf den Fortbestand eines demokratischen Irak konzentriert sich darauf, dass die integrative Kraft republikanischer Institutionen stärker wirkt als die zentrifugalen Potenziale und so die staatliche Einheit behauptet wird. Die Zuversicht wirkt legitim, betrachtet man beispielsweise die Biografie des irakischen Präsidenten. Der Amtsinhaber Dschalal Talabani, wirkte bevor er zum höchsten Repräsentanten der Republik gewählt wurde als Gründer der Patriotischen Union Kurdistans.

Gerade der Handel mit Rohstoffen gereicht oft als Anlass für Reibereien zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der Verwaltung der autonomen Region. Uneinigkeiten, die durch das Wirken der OMV oder der RWE verschärft werden. Bereits 2009 kündigte die Regierung in Bagdad Widerstand gegen „einen acht Mrd. Dollar schweren Vertrag zwischen der kurdischen Regionalregierung und einem Konsortium aus Österreichs OMV, der ungarischen MOL sowie Crescent Petroleum und Dana Gas aus den Vereinigten Arabischen Emiraten an.“²⁴⁶ Die Staatsführung reibt sich an dem Vorgang, dass

²⁴³ Ullrich/Rudloff (Hg.) 2004, S. 152

²⁴⁴ Thumann 2004, S. 101

²⁴⁵ ebd., S. 103

²⁴⁶ Brüggemann 2009, URL

die kurdische Regionalregierung unter Ausschluss des Ministeriums für Rohstoffe in Bagdad seit 2003 mit 26 ausländischen Firmen Verträge geschlossen [hat, Anm.], die 60 Prozent der Fördereinnahmen den ausländischen Konzernen zusichern, die anderen 40 Prozent der kurdischen autonomen Region. Zuletzt wurden [sic] im August [2010, Anm.] ein Vertrag mit RWE über den Verkauf von Gas geschlossen, wonach ab 2014/2015 jährlich 20 Millionen Kubikmeter in die geplante Nabucco-Pipeline gepumpt werden soll. Im Gegenzug soll RWE in der Kurdenregion die Gasversorgung ausbauen sowie Fachpersonal ausbilden. [...] Die Öl- und Gasverträge bezeichnete das Ministerium für Rohstoffe in Bagdad als illegal. [...] Besonders scharf wurde aus Bagdad der RWE-Vertrag verurteilt. Gasexporte hätten so lange zu unterbleiben, bis die nationale Versorgung des Irak, besonders die Stromversorgung, erreicht sei. Die Stromversorgung ist immer noch nicht nach sieben Jahren US-Besetzung wieder aufgebaut worden. Zuletzt gab es in Basra nach einem Totalausfall des Stromnetzes Auseinandersetzungen der protestierenden Bevölkerung mit den Sicherheitskräften.²⁴⁷

Insofern scheinen die Fortschritte der früheren Verhandlungen zwischen der EU und dem Irak, die das Ekas- Erdgasfeld im Süden betreffen und damit eigentlich keinen Anlass für einen weiteren Konflikte zwischen Staatsführung und Regionalmacht bilden können, auch zweifelhaft.

Iran

Eine besondere Skrupellosigkeit kennzeichnet die Vorgangsweise der OMV im Iran. „Der Iran verfügt über die zweitgrößten Gasreserven, die weltweit nachgewiesen sind.“²⁴⁸ Der Befund weckt Begehrlichkeiten.

Im April 2007 wurde bekannt gegeben, dass sich die OMV mit der nationalen iranischen Ölgesellschaft NIOC auf eine Absichtserklärung hinsichtlich eines

²⁴⁷ Bürgel 2010, URL

²⁴⁸ Schraven 2009, URL

Gasprojekts verständigt hat. Es geht dabei um eine weitere Erschließung des South Pars Gasfeldes, um eine Verflüssigungsanlage für Liquefield Natural Gas und um Bezugsverträge für Flüssiggas.²⁴⁹

Schätzungen zufolge sollen in dem South Pars Gasfeld „47% of Iran’s proven natural gas reserves“²⁵⁰ zu finden sein. Trotz der reichen Lagerstätten schafft es die iranische Erdgasindustrie nicht, die heimische Nachfrage aus eigenen Quellen zu decken. „In 2005, and with a domestic consumption reaching as high as 8.6 bcf/d [billion cubic feet per day, Anm], Iran was a net-importer of roughly 200 million cubic feet of gas per day, and domestic demand is expected to grow with 7% annually in the next decade.“²⁵¹

Es mangelt an Know-How und technischen Anlagen. Die iranische Staatsführung und die nationale Ölgesellschaft NIOC bemühen sich intensiv um Direktinvestitionen und Wissenstransfer, um den Bedarf am heimischen Markt abdecken zu können und den Export zu fördern, der eine gewinnbringende Devisenquelle sichern würde.

Planmäßig sollte die Nabucco-Pipeline Mitteleuropa mit iranischem Erdgas beliefern. Schon bei der Vorstellung des Projekts war als gewünschter Erdgaslieferant der Iran angeführt²⁵², die Absicht gilt weiterhin. Otto Musilek, Geschäftsführer der OMV Gas GmbH, bekräftigt öffentlich den Zweck der Nabucco-Pipeline, Erdgas aus dem Mittleren Osten und dem Kaspischen Raum für den europäischen Bedarf zu erschließen, und meint im Wortlaut: „Die größten Gasreserven in diesem Gebiet liegen im Iran. Der sollte ein Hauptlieferant [der Nabucco-Pipeline, Anm.] werden.“²⁵³ Und 2010 „stellte Nabucco- Sprecher Christian Dolezal im Gespräch mit der ‚Wiener Zeitung‘ mit Blick auf den Gottesstaat klar, dass alle Gasquellen, die die Möglichkeit haben, Verträge mit Gashändlern abzuschließen gleich behandelt würden“²⁵⁴, womit dem Iran, verglichen mit anderen Lieferstaaten, eine Gleichbehandlung durch das Nabucco-Konsortium angeboten wird.

Die Bezeichnung „Gottesstaat“²⁵⁵ bezieht sich auf den theokratisch-autokratischen Charakter des iranischen Regimes. Die Staatsführung lässt Homosexuelle öffentlich hinrichten, zensiert rigoros unliebsame Websites im Internet, versteht sich darauf, jeden öffentlichen Widerstand

²⁴⁹ Grigat (u. a.) 2008, S. 214

²⁵⁰ Norling 2007, S. 31

²⁵¹ ebd.

²⁵² vgl. Norling 2007, S. 28

²⁵³ zit. nach: Deutsche Welle 2006, URL

²⁵⁴ Wiener Zeitung 2010a, URL

²⁵⁵ ebd.

mit äußerster Gewaltanwendung zu unterdrücken, kerkert Demonstranten ein, lässt durch Schergen foltern und betreibt eine Außenpolitik, die ein erklärtes Ziel kennt: „Der Iran spricht Israel das Existenzrecht ab. Präsident Machmud Achmiadinedschad sagte im Herbst 2005, man müsse >>Israel vom Angesicht der Erde wischen<<.“²⁵⁶

Nach der Islamischen Revolution 1979 unter Federführung des Ajatollah Chomeini, die den Schah Reza Pahlewi vom Thron stürzte, schrieb sich ein Prinzip fest: „Israel ist der Hauptangriffspunkt einer insgesamt aggressiven Außenpolitik, die Teheran unmittelbar nach der Revolution in Gang brachte. Der Hass auf Israel ist gewissermaßen in die Gene dieser Revolution eingeschrieben.“²⁵⁷

Die Drohung, Israel zu vernichten, greift nach den notwendigen Mitteln, um sich endgültig zu realisieren.

Es ist zwar – wie Achmadinedschad selbst sagt – nicht neu, dass die Islamische Republik Israel das Existenzrecht abspricht, aber im Gegensatz zu früher könnte der Iran diese Drohung auch in die Tat umsetzen, wenn er, wie vermutet wird, in einigen Jahren über die [Atom-, Anm.] Bombe verfügt.²⁵⁸

Im Gefolge der Verlautbarung der konkreten Vernichtungsphantasien schließt die OMV, ein stattliches Aktienpaket am Unternehmen hält die Republik Österreich, einen Vorvertrag mit der staatlichen Ölgesellschaft des Irans, während die Ideologie der Herrschaftsclique in Teheran zeitgleich die Option einer atomaren Shoa taxiert.

Auch wenn „nach Auskunft der OMV [...] die Verhandlungen über das Milliardengeschäft derzeit auf Eis“²⁵⁹ liegen, sind sie für das international geächtete Regime in Teheran ein „Propagandaerfolg“ [...], wie die US-Botschafterin in Wien schäumte.“²⁶⁰ Die Aktivitäten der OMV oder österreichischer Unternehmen und die fehlenden Berührungsängste der Wiener Außenpolitik gegenüber Repräsentanten der iranischen Staatsführung werden durch die amerikanische Diplomatie kritisch beäugt, und die Befürchtung wird gehegt, „Österreich wolle die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen umgehen.“²⁶¹

²⁵⁶ von Randow/Ladurner 2006, S. 80

²⁵⁷ ebd., S. 81

²⁵⁸ ebd., S. 144

²⁵⁹ Grigat 2010, S. 143

²⁶⁰ Friedmann/Mayr 2010, S. 105 f.

²⁶¹ Lahodinsky 2010, S. 24

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stellt den Austausch mit dem Iran unter Sanktionen, weil der von seinen atomaren Ambitionen nicht ablässt.

Der Iran genießt als Signarstaat des Atomwaffensperrvertrags das Recht, die Technik der Urananreicherung für zivilen Nutzen zu verwenden. Die Internationale Atomenergiebehörde, eine Unterorganisation der UNO mit Domizil in Wien, kontrolliert die Einhaltung der Zweckgebundenheit staatlicher Urananreicherungsprogramme. Die Effektivität der Kontrollmodalität hängt von der Mitarbeit und dem Goodwill der Kontrollierten ab. Die eingeschränkte Durchsetzungskraft der Mechanismen weiß das iranische Regime auszunutzen und verweigert sich der Kooperation, täuscht oder belügt die Kontrolleure der Behörde und es erhärtet sich der Verdacht, dass unter dem zivilen Deckmantel Vorarbeiten für die Herstellung der Atombombe geschehen.²⁶²

Der letzte diesbezügliche Sicherheitsratsbeschluss, datiert auf den Juni 2010, ist das Resultat einer wachsenden Frustration der internationalen Gemeinschaft über das Verhalten Teherans. Es „werden die Namen und Adressen von 40 Firmen und Forschungseinrichtungen genannt, deren Auslandskonten eingefroren und deren Investitionstätigkeit im Ausland unterbunden [...]“. ²⁶³ Ob die Wirksamkeit dem Anspruch gerecht wird, bleibt fraglich:

15 der genannten Unternehmen gehören zu den iranischen Revolutionsgarden, die nach Überzeugung westlicher Dienste das iranische Nuklearprogramm zu guten Teilen kontrollieren und vorantreiben. Amerikanische Zeitungen berichten dieser Tage, dass die Revolutionsgarden durch die Gründung zahlreicher Tarnfirmen schon jetzt die Einschränkung der bisherigen Sanktionen umgangen haben.²⁶⁴

Der Iran entwindet sich den Folgen der Strafmaßnahmen und kommentiert sie rau: „Für uns ist das wie eine lästige Schmeißfliege.“ Und er [der Präsident Mahmud Ahmadinedschad, Anm] fuhr fort: „Für uns ist das wie eine Serviette, mit der man sich den Speichel abwischt und sie dann in den Müll wirft. Wir haben Ausdauer und werden dem widerstehen.“ ²⁶⁵ Schärfere Regularien als die UNO verhängte die EU. Das Embargo versucht die

²⁶² vgl. von Randow/Ladurner 2006, S. 65 ff.

²⁶³ faz.net 2010b, URL

²⁶⁴ ebd.

²⁶⁵ faz.net 2010c, URL

Gewährleistung der wirksamen Umsetzung des Verbots des Verkaufs, der Lieferung, der Weitergabe oder der Ausfuhr nach Iran bestimmter Schlüsselausrüstungen oder –technologien, die in den Schlüsselbranchen der Öl- und Gasindustrie verwendet werden könnten [...]²⁶⁶

zu erwirken.

Für das Nabucco Konsortium erscheint eine spezielle und passgenaue Änderung zwischen ursprünglichem Vorschlag und verabschiedeter Verordnung gravierend.

Die Teheraner Firma Naftiran ist zu zehn Prozent an der Erkundung eines wichtigen Gasfeldes in Aserbaidschan beteiligt, aus dem Nabucco befüllt werden soll. Damit die Quelle sprudeln kann, bleibt die Ausbeutung des Feldes „Schah Denis“ [siehe oben, Anm.] von den Strafmaßnahmen der EU verschont,²⁶⁷

und die EU sabotiert bereitwillig den eigentlichen Impuls der Verordnung.

Der Wirtschaft und Politik der Zweiten Republik Österreichs, einem Nachfolgestaat des Dritten Reichs, fehlt es im Umgang mit dem Iran gleichermaßen an begründeten Vorbehalten. Zwei andere Beispiele mit Brisanz: „Österreichs Finanzminister Karl-Heinz Grasser höchstpersönlich wird [von der Wiener US-Botschaft, Anm.] einvernommen zur Frage, warum die Bank Austria Creditanstalt (BA/CA) im Iran von 2001 an etwa ein Dutzend Transaktionen, ‚überwiegend mit Bezug zur Nuklear-Industrie‘, abgewickelt habe [...].“²⁶⁸ Im Ganzen: „Etwa 650 österreichische Unternehmen sind im Iran aktiv, und österreichische Firmen sind auf fast allen Industrie- und Handelsmessen in Teheran gut vertreten.“²⁶⁹ „Die Wirtschaftsvertreter können sich bei ihren Bemühungen auf staatliche Unterstützung verlassen. Die österreichischen Exporte in den Iran sind durch Staatsgarantien der Regierung abgesichert.“²⁷⁰ Denn auch auf politischer Ebene erfahren die Beziehungen innige Pflege seit der Islamischen Revolution:

²⁶⁶ Verordnung (EU) Nr. 961/2010

²⁶⁷ focus.de 2010, URL

²⁶⁸ Friedmann/Mayr 2010, S. 106

²⁶⁹ Grigat 2010, S. 144

²⁷⁰ Grigat (u. a) 2008, S. 226

1984 besuchte der österreichische Sozialdemokrat Erwin Lanc als erster westlicher Außenminister den Iran. 1991 war es der österreichische Bundespräsident mit Wehrmachts-Vergangenheit Kurt Waldheim, der als erstes westliches Staatsoberhaupt Teheran seine Aufwartung machte. [...]

Im April 2005 [...] traf eine Abordnung österreichischer Parlamentarier zu der auch der ehemalige Verteidigungsminister und heutige Präsident der Österreichisch-Iranischen Gesellschaft Werner Fasslabend von der ÖVP gehörten, den stellvertretenden Verteidigungsminister Ahmad Vahidi. Vahidi ist heute Verteidigungsminister in Ahmadinejads zweitem Kabinett und wird international wegen seiner Involvierung in den Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires 1994 gesucht, bei dem über 80 Menschen ermordet wurden. Bei der Bestätigung der neuen Minister im Majles, dem iranischen Pseudoparlament erhielt Vahidi die größte Zustimmung der Abgeordneten und wurde mit „Tod Israel“-Rufen begrüßt.²⁷¹

Die OMV und ihre Partnerwahl

Die angeführten Staaten scheinen, gesetzt den Fall die Nabucco-Pipeline wird realisiert, als die wahrscheinlichsten Lieferanten, auch wenn in der Diskussion manchmal zwei andere Optionen angeführt werden²⁷²: Syrien, die Staatsführung unterstützt offen die Hizbullah, die Hamas und den Iran²⁷³, und Ägypten, mit Hosni Mubarak an der Spitze eines Systems, das „als autokratisches [...] kategorisiert werden kann“²⁷⁴.

Das Muster der strategischen Positionierung, dem die OMV bei der Wahl von Kooperationen folgt, gehorcht einer Stoßrichtung. So schafft es „die OMV immer schon im internationalen Geschäft ihre Stellung durch eine direkte Positionierung gegen die starke US-Konkurrenz zu sichern [...]“²⁷⁵

Die Firmengeschichte kennt Zusammenarbeit mit staatlichen Regierungen, bei der sich der Wille zum Geschäftsabschluss über alle moralischen Bedenken hinwegsetzt.

²⁷¹ Grigat 2010, S. 139 f.

²⁷² vgl. NZZ Online 2009, URL

²⁷³ vgl. faz.net 2010a, URL

²⁷⁴ Dorsheimer 2008, S. 19

²⁷⁵ Grigat (u. a.) 2008, S. 220

„Die ÖMV war die erste Gesellschaft Westeuropas, die mit der UdSSR einen Vertrag über den Ankauf von sowjetischem Erdgas abschloß [sic]. Vereinbart wurde eine Liefermenge von 1,5 Mrd m³ jährlich auf die Dauer von 23 Jahren.“²⁷⁶ Zur Übereinkunft kam es „1968, im Jahr der Niederschlagung des Prager Frühlings [...]“.²⁷⁷ „Aus eigener Kraft waren die Tschechen und Slowaken gerade dabei, sich aus dem Gefängnis des Kommunismus zu befreien, als sie mit brutaler Gewalt zurückgezwungen wurden.“²⁷⁸ Am 1. Juni 1968 wurde der Liefervertrag mit der damaligen Sowjetunion geschlossen²⁷⁹, bevor sich am 27. August 1968 die tschechoslowakische Regierung unter Alexander Dubcek gezwungen sah, ein Kapitulationspapier zu unterschreiben und ihre Reformbemühungen zu widerrufen. Ab 1983 führte die ÖMV Verhandlungen um

Teile der libyschen Tochterfirma der OCCIDENTAL PETROLEUM (OXYLIBYA) zu erwerben. [...] Die ÖMV hat für ihre libyschen Aktivitäten die 100% Tochtergesellschaft OMV of LIBYA Ltd. mit Sitz auf der Isle of Man errichtet, die ihrerseits ein Zweigbüro in Tripoli eingerichtet hat.²⁸⁰

In den 1990er Jahren fand sich Libyen isoliert und durch die westliche Staatengemeinschaft geächtet, weil die Staatsführung verantwortlich für den Bombenanschlag auf die Diskothek La Belle in Berlin 1986 und als Drahtzieher des Anschlags auf den Pan-American-Flug 103 über der schottischen Stadt Lockerbie 1988 zeichnete. Die ÖMV zeigt sich davon unberührt und formte „ein Konsortium [mit, Anm], bestehend aus REPSOL (Betriebsführer), TOTAL und ÖMV, mit der libyschen NATIONAL IOL CORPORATION (NOC) [...] zur Entwicklung des Ölfeldes Murzuk.“²⁸¹

Ein anderes Beispiel bildet das Engagement der OMV im Sudan, welches im Jahr 1997 begann und ursprünglich im akkordierten Verbund mit internationalen Partnern geschah.

Als sich dort die Bürgerkriegssituation zuspitzte, stiegen die anderen Konzerne aus, bis 2003 die OMV der einzige aktive westliche Ölkonzern im Sudan war.

²⁷⁶ Feitchinger/Spörker 1996, S. 106

²⁷⁷ Kneissl 2006, S. 106

²⁷⁸ Zimmermann 2009, S. 201

²⁷⁹ vgl. Derstandard.at 2008, URL

²⁸⁰ Feitchinger/Spörker 1996, S. 236

²⁸¹ ebd., S. 242

Aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in dem Land geriet der Konzern in das Visier von NGOs. Die OMV verteidigte sich mit dem Hinweis, Frieden und Menschenrechte seien nur durch eine florierende Wirtschaft zu gewährleisten.²⁸²

Nach ökonomischer Abwägung zog sich die OMV schließlich aus dem Geschäft mit dem Sudan zurück und veräußerte den Besitz an asiatische Konzerne weiter.²⁸³

Über den ganzen Zeitraum hinweg wirkte bereits der amtierende Präsident des Sudans Hassan Ahmad al-Bashir, für den die Anklage am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag im Juli 2008 einen Haftantrag stellt und ihm „insgesamt zehn Anklagepunkte wegen Mordes, Folterungen, Vergewaltigungen, Vernichtung, zwangsweiser Umsiedlung, Angriffen auf die Zivilbevölkerung und Plünderungen von Dörfern und Städten zur Last“²⁸⁴ legt. Dem Antrag kamen die Richter des Internationalen Strafgerichtshof nach und haben schließlich im März 2009 „zum ersten Mal gegen einen Staatschef im Amt Haftbefehl erlassen.“²⁸⁵

²⁸² Grigat (u. a) 2008, S. 221

²⁸³ vgl. ebd.

²⁸⁴ Vautravers 2008, URL

²⁸⁵ Winkler 2009. URL

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt

Der Kaspische Raum und der Mittlere Osten werden verstärkt unter dem Gesichtspunkt als mögliche Gaslieferanten Europas bewertet, seit der Öffentlichkeit der Europäischen Gemeinschaft jäh ihre Abhängigkeit vom russischen Erdgas durch die Konsequenzen der russisch-ukrainischen Gaskrise zu Jahresbeginn 2006 bewusst wurden. Der Ruf Russlands als bedingungslos verlässlicher Energielieferant litt, als sich die Fragilität der Versorgungssicherheit durch eine „Desillusion“²⁸⁶ entblößte.

Die Erfahrung veranlasste sowohl die EU²⁸⁷ als auch die österreichische Bundesregierung²⁸⁸ zu einer Neubewertung der Situation. Dieses Kapitel versucht aufgrund der Bedeutung des Vorkommnisses eine Einschätzung der Ursachen, die zur Unterbrechung der Lieferungen führten und untersucht die unterschiedlichen Deutungen über die Motive der handelnden Subjekte.

Ursachenforschung

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt war formal nicht der erste seiner Art. „There had been a large number of other incidents before that, but they were essentially ignored in Western media because of their limited impact on Western Europe“²⁸⁹, aber der erste, der ins kollektive Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit vordrang.

Die Ausgangslage soll noch einmal bündig in Erinnerung gerufen werden:

In der Versorgung Westeuropas mit Erdgas spielt Russland die dominierende Rolle. Rund drei Viertel des von Gazprom exportierten Erdgases gehen in die EU, die ihrerseits fast 30 % des Verbrauchs mit russischem Erdgas deckt. Rund 80%

²⁸⁶ Kneissl 2006, S. 90

²⁸⁷ vgl. Europäische Kommission 2006, S. 10

²⁸⁸ vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend/Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hg.) 2010, S. 92

²⁸⁹ Chrisitie 2007, S. 30

des von Russland ausgeführten Erdgases werden über die Ukraine transportiert [...].²⁹⁰

Russland drosselte schließlich die Lieferungen über und in die Ukraine zu Jahresbeginn 2006. Eine Erklärung für diesen Vorgang meint, er wäre das Ergebnis von Preisstreitigkeiten zwischen den Staaten.

Ende 2005 lief der Vertrag über Gaslieferungen der Gazprom [staatlicher Erdgaskonzern Russlands, siehe unten, Anm.] an die Ukraine aus, die Verhandlungen über einen Vertrag verliefen ergebnislos. Gazprom forderte – ganz auch im Sinne der WTO-Forderung, die wettbewerbsverzerrende Preissubventionen aufzugeben – eine Erhöhung des Preises von 50 Dollar je 1.000 Kubikmeter auf das Niveau westeuropäischer Abnehmer von 230 Dollar je 1.000 Kubikmeter.²⁹¹

Die Gaspreisentwicklung für das Jahr 2007 zeigt, dass die russische Preisverrechnung deutliche Unterschiede kennt. Im Durchschnitt zahlte die Europäische Union 260 Dollar für 1.000 Kubikmeter Erdgas aus Russland, die Ukraine überweist den Fixtarif von 130 Dollar für die gleiche Menge und auf dem russischen Heimatmarkt wurden im Jahresmittel 49 Dollar verrechnet.²⁹² Russland bindet über Vergünstigung die ehemaligen sowjetischen Republiken politisch eng an Moskau: „FSU [former Soviet Union, Anm.] states pay around USD 40-50 per thousand cubic metres of natural gas [...]“.²⁹³

Nicht unbedingt die Preisfrage stand im Vordergrund der Auseinandersetzung, besagen andere Analysen, sondern ein politischer Disput zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, dessen Annäherung an die Europäische Union und die NATO nach der Orangen Revolution der Kreml durch einen empfindlichen Anstieg der Energiekosten abstrafen wollte.

Eine letzte Interpretation meint, dass keine freie Entscheidung Russlands hinter dem Schritt steht, sondern sich die russische Staatsführung aus einer Notlage handelte, weil der Winter

²⁹⁰ Müller 2010, S. 9

²⁹¹ Kneissl 2006, S. 100

²⁹² vgl. Follath/Schepp 2007, S. 127, Grafik: Europas Arterien.

²⁹³ Hedenskog/Larsson 2007, S. 73

2006 in Russland ein überdurchschnittlich kalter mit Durchschnittswerten von unter minus 30 Grad gewesen sei und die Eventualität drohte, dass der heimische Markt nicht mehr aus eigenen Quellen bedient werden hätte können. Für die Richtigkeit dieser Version spricht auch der Vorfall, dass nicht nur der Transport in die Ukraine beschnitten, sondern auch die Erdgaslieferungen nach Serbien, Kroatien, Bosnien Herzegowina vollkommen eingestellt wurden und Italien, Polen, Ungarn, Rumänien vorübergehende Ausfälle zu bewältigen hatten. Die Statements der russischen Gazprom erklären, nicht auf Seiten Russlands wäre die Schuld für die Zwischenfälle auszumachen, sondern die Ukraine würde die Pipelines entleeren.²⁹⁴

Die umstrittene Geschäftsabwicklung

Die Geschäftsabwicklung zwischen dem Anbieter, der russischen Gazprom, die der Ukraine auch turkmenisches Gas liefert, und den ukrainischen Abnehmern besorgt eine externe Gesellschaft. „Gazprom setzte als Importeur für die ukrainische Kundschaft die Zwischenhandelsfirma RosUkrEnergio ein, ein undurchsichtiges Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, das je zur Hälfte der Gazprom-Bank und windigen ukrainischen Geschäftsleuten gehört.“²⁹⁵ Das Unternehmen mit Sitz im Kanton Zug, wo eine durchschnittlich „Steuerbelastung von 13,8 Prozent“²⁹⁶ zu Buche schlägt, steht in der Kritik, weil die Abrechnungspraxis gleichermaßen aufwendig wie dubios erscheint. Der Verkauf könnte direkt erfolgen, es bräuchte keinen Zwischenhändler. Man entschied sich jedoch für eine intransparente Handhabung. Der Verdacht auf Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Gelder durch führende Politiker in der Ukraine und Moskau lässt sich nicht zweifelsfrei beweisen.²⁹⁷ Das Unternehmen RosUkrEnergio führt seine Funktion seit Juni 2004 aus. „Treuhänder für zunächst ungenannte Eigentümer des ukrainischen Anteils war die österreichische Raiffeisen-Tochter RIAG.“²⁹⁸

²⁹⁴ vgl. Fredholm 2006, S. 5 ff.

²⁹⁵ Klußmann 2006, S. 155

²⁹⁶ Schürpf 2005, URL

²⁹⁷ vgl. Follath/Schepp 2007, S. 127

²⁹⁸ Friedmann/Mayr 2010, S. 106

Absehbare Schwierigkeiten für die Gazprom

Das Unternehmen Gazprom verfügt über ein weitverzweigtes Firmengeflecht von „175 Tochterfirmen“²⁹⁹. Der Konzern, an dem der russische Staat eine Anteilsmehrheit hält, dominiert den nationalen Gasmarkt und kontrolliert das Exportgeschäft. Am 1. März 2007 waren 396 800 MitarbeiterInnen für die Gesellschaft tätig und erwirtschafteten einen Umsatz von 44 Milliarden Dollar im Bilanzjahr 2006, was einem Gewinn nach Steuern von 7,5 Milliarden Dollar entspricht.³⁰⁰ „Gazprom ist mit rund 14 Milliarden Euro im Jahre 2005 der größte Steuerzahler des Landes. Doch die Tricks der Konzerne mit Schattenfirmen [...] bringen den russischen Staat nach Schätzungen des Moskauer Rechnungshofs jährlich um drei bis vier Milliarden US-Dollar.“³⁰¹

Doch Größe schützt vor Problemen nicht. „Die Aktien *Gazproms*, eines Unternehmens, das vor der Finanzkrise im Herbst 2008 einen geschätzten Wert von 300 Mrd. \$ hatte, sind bis Anfang 2009 um 76 Prozent gefallen.“³⁰² Es fehlt an Liquidität um überfällige Investitionen zu tätigen. Die Infrastruktur, die Gazprom unterhält, ist veraltet und die Instandsetzung wird aufgrund der Größe kapitalintensiv, denn allein das „innerrussische Pipeline-Netz von Gazprom misst 463 400 Kilometer. Es ist das größte der Erde, und Tausende Kilometer außerhalb der Landesgrenze kommen dazu.“³⁰³ „Drei Viertel der Pipelines sollen verschlissen sein.“³⁰⁴

Over 70 per cent of Russia's high-pressure gas pipelines were commissioned before 1985, the average age of the Gazprom trunk pipelines being 22 years, and an estimated 14 per cent of the pipelines are beyond their anticipated lifespans, causing substantial losses in transportation as well as increased power consumption.³⁰⁵

²⁹⁹ Klußmann 2006, S. 152

³⁰⁰ vgl. Follath/Schepp 2007, S. 123, Grafik: Der russische Riese.

³⁰¹ Klußmann 2006, S. 155

³⁰² Perovic 2009, S. 32

³⁰³ Follath/Schepp 2007, S. 123

³⁰⁴ Pörzgen 2007, S. 87

³⁰⁵ Fredholm 2006, S. 4

Nicht nur das Leitungssystem verlangt eine substanzielle Erneuerung, auch die Anlagen für die Erdgasgewinnung fordern Investitionen. In Russland werden pro Jahr „nach Schätzungen von Fachleuten mehr als 50 Milliarden Kubikmeter Gas durch unsachgemäßes Abfackeln vergeudet oder gehen anders verloren [...]“.³⁰⁶

In naher Zukunft steigt laut Prognosen der Verbrauch am heimischen Markt³⁰⁷ und um den wachsenden Verpflichtungen gerecht zu werden, braucht es neben der Instandsetzung auch die Erweiterung vorhandener Kapazitäten und die Erschließung neuer Erdgasfelder.

All new gas fields are located in the far north and east of Russia, in conditions of extremely harsh environments and far from both transportation infrastructure and markets, domestic as well as foreign. [...] To develop these fields will take an entirely new infrastructure, and the harsh climate will ensure that such infrastructure will be both costly and technically difficult to build.³⁰⁸

In Summe: „Für die Modernisierung seines Energiesektors braucht Russland bis 2020 über 900 Milliarden Dollar.“³⁰⁹

Gazprom und die Ansprüche

Die Modernisierung beansprucht Liquidität, doch drohen Gazprom Probleme mit der Refinanzierung. Der börsennotierte Wert des Konzerns brach in Folge der globalen Finanzkrise ein, davor wurde bereits verabsäumt sinnvolle Investitionen zu tätigen und der innenpolitische Auftrag, dem Gazprom Folge zu leisten hat, führt zu einer Klemme bei der Solvenz.

Bislang wurden die Energiepreise im Inland künstlich niedrig gehalten, um der eigenen Industrie einen Wettbewerbsvorteil auf dem Weltmarkt zu verschaffen und die privaten Haushalte aus sozialpolitischen Erwägungen heraus zu entlasten.

³⁰⁶ Pörzgen 2007, S. 87

³⁰⁷ vgl. Fredholm 2006, S. 9

³⁰⁸ Fredholm 2006, S. 7

³⁰⁹ Umbach/Skiba 2007, S. 10

Der Förderale Dienst für Tarife legt bislang die Inlandspreise für Gas und Strom fest, die heute [im Jahr 2008, Anm.] nur etwa ein Fünftel des Exportpreises ausmachen.³¹⁰

Innerhalb Russlands dient Erdgas als Mittel staatlicher Sozialpolitik, darin liegt die Erklärung für die Preisdifferenzen und die Ursache für die Unfähigkeit des Konzerns den anstehenden Kapitalbedarf zu decken.

The price of domestic gas is for political and practical reasons still determined by what people can afford to pay, not what the gas would cost on the international market. Indeed, the energy strategy indicates that energy resources will be earmarked for socially important consumers and strategic objects, euphemisms for cash-strapped domestic consumers and, among others, the military. This is a key problem for Gazprom, since Russia consumes the major share of the gas it produces. Domestic prices are far too low to cover more than present production costs and do not allow investments in exploration, gas-field development, and domestic infrastructure.³¹¹

Eine Beschreibung der Situation am russischen Gasmarkt lässt auf Begleiterscheinungen schließen:

Die Erdgaslieferungen Russlands nach Europa wurden selbst während der Wirren um die Auflösung der Sowjetunion nicht unterbrochen und als sichere Devisenquelle wertgeschätzt. Die Erfahrungen mit dem russisch-ukrainischen Erdgaskonflikt zeigen der Europäischen Union, dass die russische Politik einen Paradigmenwechsel vollzog. Die Erdgaspolitik in Russland gehorcht der Maßgabe sozialpolitischer Erwägungen, und im Zweifelsfall genießt die Versorgung des heimischen Bedarfs den Vorzug vor den Verpflichtungen auf den Exportmärkten. Die Praxis führt zur Feststellung, dass das Regime im Kreml die Stabilität im Inneren höher veranschlagt als den Erlös von Fremdwährungen.

Der Wille der Europäischen Union, sich aus der Abhängigkeiten Russlands zu lösen, wurzelt in dieser Kenntnis über die Situation am russischen Erdgasmarkt und gründet im Wissen, dass

³¹⁰ Pörzgen 2007, S. 88 f.

³¹¹ Fredholm 2006, S 4

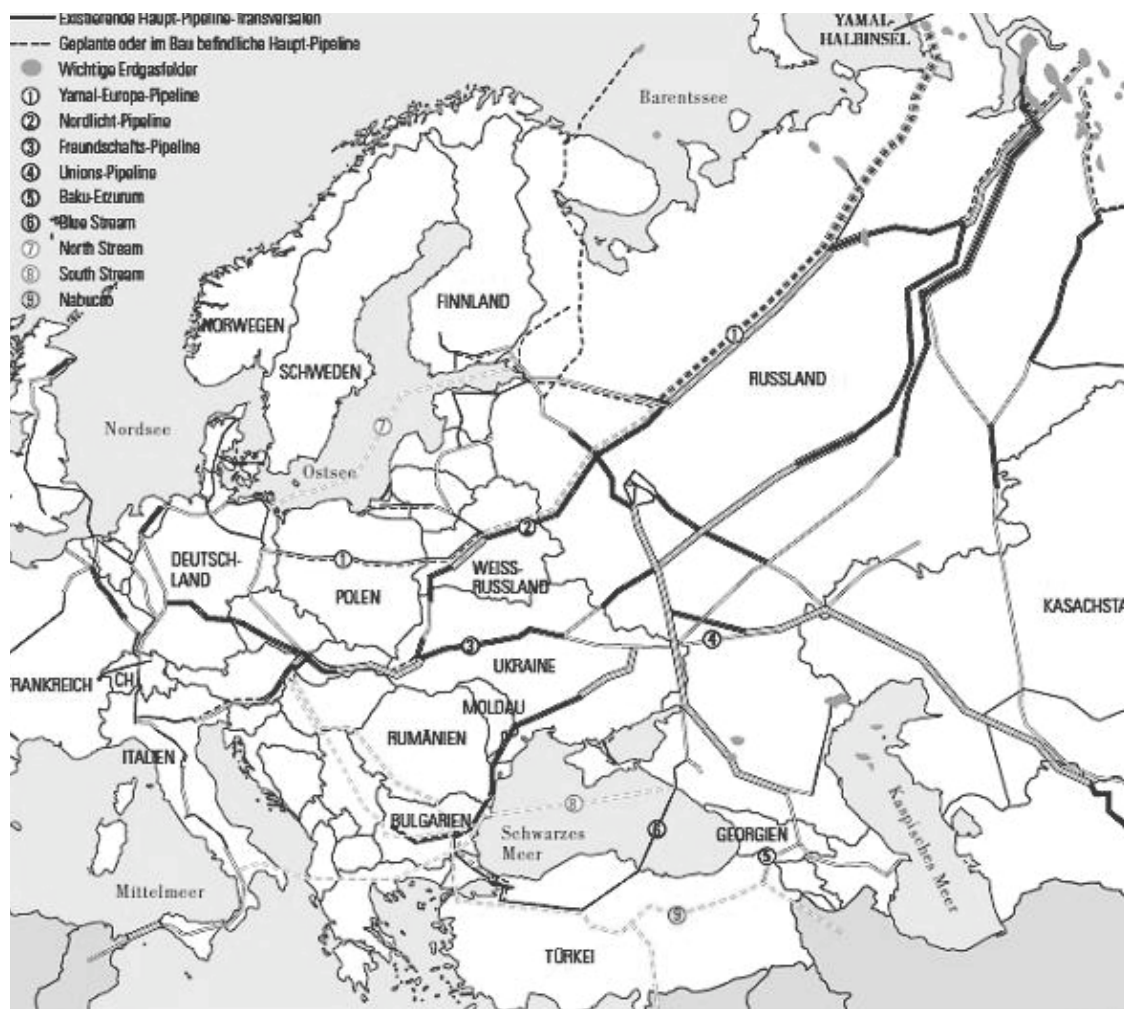
die vorhandenen Kapazitäten nicht genügen, um den wachsenden Bedarf Europas aus dieser Quelle zu decken.

Aus russischem Blickwinkel bleibt Europa ein bevorzugter Abnehmer, garantiert es doch die höchsten Einnahmen. Das Planvorhaben um die Nabucco-Pipeline wird deshalb durch Moskau kritisch beäugt und eine offensive Obstruktionspolitik entgegengestellt.

Das geplante Erdgas-Pipeline-Netzwerk in Europa

Der europäische Markt genießt für die Ausrichtung der Firmenpolitik von Gazprom dennoch einen hohen Stellenwert. Die Stärke der marktbeherrschenden Position in Europa sieht Russland durch die Nabucco-Pipeline unterwandert. Zwei neugestartete Projekte unter Federführung von Gazprom befinden sich trotz erheblicher Schwierigkeiten, mit denen sich der Konzern konfrontiert sieht, in Vorbereitung. In der Gesamtheit richten sie sich gegen das Nabucco-Projekt und könnten dessen Nutzen fraglich erscheinen lassen.

Landkarte IV – Geplantes Pipeline-Netzwerk in Europa³¹²



³¹² Fellmann 2010, URL

North Stream – die Röhre durch die Ostsee

Die 1200 Kilometer lange North Stream Pipeline soll nahe Sankt Petersburg bei der

Stadt Wyborg in der Portowaja-Bucht [...] in die Ostsee eintauchen und bis nach Greifswald an die deutsche Küste führen. Dort wird die Pipeline auf das deutsche Leitungsnetz stoßen, von wo Erdgas bis nach Großbritannien weitertransportiert werden soll. Abzweigungen nach Kaliningrad, Finnland und Schweden sind ebenfalls geplant.³¹³

„Gazprom hält 51 Prozent an der Ostsee-Pipeline. Die deutschen Energiekonzerne E.On und BASF sind zusammen mit 49 Prozent beteiligt.“³¹⁴ Die Kosten des Projekts werden mit acht Milliarden Euro veranschlagt, jährlich sollen 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas in die Röhre gespeist werden. Das Erdgas wird durch die Ausbeutung der „westsibirischen Gasfelder von Juschno Russkoje“³¹⁵ bereitgestellt. Diese Reserven werden „auf mindestens 700 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Die Ausbeutung der Lagerstätte wurde im Dezember 2004 von Sewerneftegasprom, einer Gazprom-Tochter, übernommen.“³¹⁶

Die Pläne sorgten für diplomatische Verstimmung, da der Trassenverlauf die baltischen Staaten schneidet und Polen umgeht.³¹⁷ Die EU-Mitgliedsländer sehen in der Entscheidung, einen Verstoß gegen die eingeschworene Solidarität der europäischen Partnerschaft.

Schweden und Finnland melden Bedenken bezüglich des Umweltschutzes in der Ostsee an.³¹⁸ „Die [Einwände, Anm.] sind bedeutsam, weil die Leitung deren Hoheitsgebiet durchquert.“³¹⁹

Die Betreiber ließen sich von der Skepsis nicht irritieren und nahmen keine Rücksicht auf begründete Sorgen. Trotz fehlender Genehmigungen, die Überprüfung auf die Umweltverträglichkeit in Schweden und Finnland war noch nicht abgeschlossen, vergab das North Stream Konsortium bereits 2007 „den Auftrag für die ersten 100 000 Rohre [...]. Auch die drei Verlegeschiffe, die demnächst auf hoher See in einer mobilen Fabrik die einzelnen

³¹³ Pörzgen 2007, S. 75

³¹⁴ Kneissl 2006, S. 106

³¹⁵ Müller-Kraenner 2007, S. 157

³¹⁶ Kneissl 2006, S. 106

³¹⁷ vgl. Larsson 2007, S. 56 f.

³¹⁸ vgl. Müller-Kraenner 2007, S. 157

³¹⁹ Mihm 2009a, URL

Rohre verschweißen und nach und nach die Leitungen auf den Grund gleiten lassen, bestellten die Partner schon 2007.³²⁰ Härte sorgte für vollendete Tatsachen. 2012 soll die Pipeline ihren Betrieb aufnehmen.

South Stream – die Röhre durchs Schwarze Meer

Die South Stream Pipeline soll unter dem Schwarzen Meer hindurch die russische mit der bulgarischen Küste verbinden. „Overland the pipeline would then have two possible branches: one to Greece and onward to Southern Italy, and a second one through Romania, Hungary, Slovenia and Northern Italy.“³²¹ Der zweite Strang soll nun gemäß der Unterzeichnung einer neuen Vereinbarung nach Österreich führen und wie die Nabucco-Pipeline in Baumgarten enden.³²²

Die Kosten für die 2.000 Kilometer lange Röhre, die 2015 fertig gestellt werden soll und 63 Milliarden Kubikmeter jährlich transportieren könnte, lassen sich nicht festlegen und laufen laut Berechnungen auf 19 bis 24 Milliarden Euro.³²³

„The memorandum of understanding to build South Stream was signed in Rome in June 2007 by officials from Italy's Eni and Russia's Gazprom.“³²⁴ Die beiden Konzerne beschlossen, ein Joint Venture mit gleichen Anteilen zu gründen, die Niederlassungsadresse liegt in der Schweiz, um den Bau durchzuführen.

Falls die South Stream Pipeline tatsächlich realisiert wird, „würde der EU-Plan, über Nabucco Gas aus Zentralasien durch die Türkei an Russland vorbei nach Europa zu bringen, überflüssig.“³²⁵ Die Nabucco-Pipeline verliert ihre Berechtigung, wenn die South Stream Pipeline ans Netz geht, so lautet die Einschätzung mancher ExpertInnen. Unter diesem Aspekt gilt als Triebfeder für das Projekt ein politischer, nicht wirtschaftlicher Grundgedanke – russischer Widerstand gegen Nabucco. „Auch von einigen russischen Spezialisten wird das kostspielige South-Stream-Projekt auf seine Rentabilität hin kritisch hinterfragt und als ein auch politisches Projekt gesehen, dessen Kosten und Effektivität zweitrangig zu sein

³²⁰ Flauger 2010, URL

³²¹ Christie 2007, S. 37

³²² vgl. Derstandard 2010a, URL

³²³ vgl. Bush 2009, URL

³²⁴ Nicola 2008, URL

³²⁵ Pörzgen 2007, S. 58 f.

scheinen.“³²⁶

Andere Stimmen mahnen, dass die Sicherstellung der europäischen Erdgasversorgung die Umsetzung von allen drei Pipeline-Projekten braucht. Rechnet doch die Europäische Kommission damit, „dass die Gaseinfuhr von 2005 bis 2025 um 195 Milliarden auf 509 Milliarden Kubikmeter wachsen“³²⁷ werde. Der Standpunkt macht eindrücklich klar, dass die Nabucco-Pipeline keine größere Unabhängigkeit gegenüber Russland sichert, sondern die Route nur den Zugang zu alternativen Quellen erschließt. Die werden allein dafür benötigt, um den wachsenden Bedarf nach Erdgas zu sättigen. Es eröffnet sich kein erweiterter Handlungsspielraum, sondern die perspektivischen Daten belegen, dass Europa ohne infrastrukturelle Maßnahmen in der Erdgasversorgung zukünftig Engpässe drohen.

³²⁶ Ackeret 2009, URL

³²⁷ Mihm 2009a, URL

Die Gewaltenteilung – Abriss ihrer Entstehung, ihr Wesen und der Nachvollzug durch die österreichische Bundesverfassung

Die vielfältigen Hindernisse, die dem Bau der Nabucco-Pipeline begegnen, weckten die Rückendeckung durch die österreichische Bundespolitik. Um die spezifische Unterstützung zu bewerten, scheint es vorweg angebracht, die Verfassung des politischen Systems in Österreich zu analysieren. Zentraler Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die Verwirklichung und Handhabung der Gewaltenteilung durch die österreichische Bundesverfassung. Worin fußt diese Idee, worin findet sie ihren Ursprung und wie verwirklicht sie sich? Eine kurze historische Retrospektive und eine Bewertung der gegenwärtigen Umstände:

Macht - Herrschaft

„Art. 1. Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“³²⁸ Gleich zu Beginn legt die österreichische Bundesverfassung ein Kriterium ihrer Bestimmung fest. Der Verfassungsartikel verwirklicht und entspricht der gängigen Definition von Demokratie: „Demokratie heißt nach klassischem Verständnis Ausübung von Herrschaft durch und für das Volk.“³²⁹

Herrschaft meint „definitionsgemäß die Chance [...], für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden. Nicht also jede Art von Chance, ‚Macht‘ und ‚Einfluß‘ auf andere Menschen auszuüben.“³³⁰ Herrschaft zeigt die Bereitschaft, nicht jedes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Vorstellung zu akzeptieren, da es ihr doch genügt nur „bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden“³³¹. Ihr reicht begrenzte Wirksamkeit, sie anerkennt ein Limit. Darin besteht ein tiefgreifender Bedeutungsunterschied zur „Macht“, die - wenn notwendig - einem unumwundenen Kraftreflex gehorcht. „*Macht* bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den

³²⁸ Mayer (Hg.) 2007, S. 1

³²⁹ Höreth 1999, S. 53

³³⁰ Weber 2006 S. 214

³³¹ ebd.

eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance ruht.“³³²

Die Organisation von Demokratien beruht auf der Anwendung der Prinzipien der „Herrschaft“. Das geschieht vor dem Wissen, dass in letzter Instanz ein Staat auf das Gewaltmonopol und einen letztgültigen Machtanspruch zurückgreifen kann. Herrschaft in Demokratien ist geprägt durch einen „rationalen Charakter: auf dem Glauben an die Legalität gesatzter Ordnung und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen“³³³, verkürzt auch „legale Herrschaft“³³⁴ genannt.

Die Trennung von „Herrschaft“ und „Macht“, dass sich ein soziales Phänomen aus dem anderen herauschälte, eröffnet neue Perspektiven.

Der Weg zum modernen Verfassungsstaat – die Ideen John Lockes

Die Vergegenwärtigung eines allgemeinen Bedürfnisses nach Rechtssicherheit und grundsätzlichen Freiheiten, scheint der Entstehung des modernen demokratischen Staates vorausgesetzt und wird als strukturelle Option erst realisierbar, nachdem die Unterscheidung zwischen „Herrschaft“ und „Macht“ getroffen wurde.

Garantien, die den absoluten Machtanspruch des Staates über das Individuum in Grenzen verweisen, verlangen nach Absicherung durch Kodifizierung, damit die Unersättlichkeit der „Macht“ unterbunden wird. Vor der Durchsetzung von Prinzipien steht die Forderung und so formuliert der britische Philosoph John Locke bereits 1685/86³³⁵:

Das gemeine Wesen scheint mir eine Gesellschaft von Menschen zu sein, deren Verfassung lediglich die Befriedigung, Wahrung und Beförderung ihrer bürgerlichen Interessen bezweckt.

Bürgerliche Interessen nenne ich Leben, Freiheit, Gesundheit, Schmerzlosigkeit des Körpers und den Besitz äußerer Dinge wie Geld, Ländereien, Häuser, Einrichtungsgegenstände und dergleichen.³³⁶

³³² Weber 2006 S. 62

³³³ ebd., S. 218

³³⁴ ebd.

³³⁵ vgl. Ebbinghaus 1957, S. 8

³³⁶ Locke 1957, S. 13

Der Schutz dieser Ansprüche verlangt nach Egalität unter einem konkreten Gesichtspunkt: „Es ist die Pflicht der staatlichen Obrigkeit, durch die unparteiische Ausführung von Gesetzen, die für alle gleich sind, allgemein dem ganzen Volke und jedem ihrer Untertanen im besonderen den gerechten Besitz dieser Dinge, die zu seinem Leben gehören, zu sichern.“³³⁷ Nur wenn die Möglichkeit des unbegründeten und parteiischen Eingriffs gegen das Eigentum unterbunden und die schutzbedürftige Unversehrbarkeit der physischen Existenz anerkannt wird, lässt sich bürgerliche Freiheit verwirklichen. Die Chance existiert, sobald ein übergeordneter Machtanspruch in geregelte Grenzen verwiesen wird.

Die Begrenzung kennt zwei Dimension: Die unmittelbare Wirkung der übergeordneten Machtinstanz wird per se begrenzt. Wenn ein Regelwerk, den Schutz des Lebens als Wert anerkennt, darf es dasselbe nicht vorsätzlich beeinträchtigen oder rauben. Die unmittelbare Verfügungsgewalt eingeschränkt, lässt sich der Freiraum nur absichern, wenn der Machtanspruch auch vertikal in Einzelteile zerlegt wird. Auf Ebene der politischen Struktur führt John Locke die Überlegung aus:

Bei der Schwäche der menschlichen Natur, die stets bereit ist, nach der Macht zu greifen, würde es jedoch eine zu große Versuchung sein, wenn dieselbe Personen, die die Macht haben, Gesetze zu geben auch noch die Macht in die Hände bekäme, diese Gesetze zu vollstrecken.³³⁸

Der Grund, warum solches verhindert werden muss, liegt weniger in der Unterbindung einer anthropologischen Konstante der menschlichen Natur, die Herrschaft nach Machtvollkommenheit streben lässt, sondern die Abgrenzung eröffnet die Möglichkeit, Willkür strukturell zu unterbinden. Auf Basis dieser organisatorischen Sicherheit hat sich Politik zu einem gewissen Grade entpersonalisiert, da sie nun vollkommen in Strukturen denkt und nicht vom Gutwillen und der Bösartigkeit des Alleinherrschers abhängig scheint. Der Gesetzgebung wird ihre Zweckmäßigkeit zugewiesen, und der Ausführung von Gesetzen ein davon abgetrennter Rahmen vorgegeben. Die beiden Gewalten agieren in wechselseitiger Abhängigkeit und durch gegenseitige Kontrolle, bemessen einander Befugnisse und überprüfen deren Einhaltung. Darin liegt auch die Notwendigkeit begründet, die Abkapselung der beiden Bereiche personell und organisatorisch zu vollziehen. Denn wenn sich die beiden Bereiche miteinander vermengen, lassen jene Gesetze formulieren, die sie auch vollstrecken:

³³⁷ Locke 1957, S. 13

³³⁸ Locke 1977, S. 290

Dadurch könnten sie sich selbst von dem Gehorsam gegen die Gesetze, die sie geben, ausschließen und das Gesetz in seiner Gestaltung wie auch in seiner Vollstreckung ihrem eigenen persönlichen Vorteil anpassen. Schließlich würde es dazu kommen, daß sie von den übrigen Gliedern der Gemeinschaft gesonderte Interessen verfolgen würden, die dem Zweck der Gesellschaft und Regierung zuwiderlaufen.³³⁹

John Locke veröffentlicht seine Überlegungen vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung zwischen Krone und Bürgertum in England. Der Kampf gegen die Stuarts zwang zur Parteinahme und gilt in der historischen Retrospektive als Geburtsstunde des Liberalismus. Der steht als ein

englisch-holländisches Produkt und wies bestimmte, klare Charakteristika auf. Er setzte sich für religiöse Toleranz ein, er war protestantisch, wenn auch eher freidenkerisch als fanatisch, und hielt Religionskriege für töricht. Er schätzte Handel und Industrie und sympathisierte mehr mit dem aufstrebenden Mittelstand als mit Monarchie und Adel; vor den Eigentumsrechten zeigt er gewaltige Hochachtung, zumal wenn das Eigentum von seinem Besitzer erarbeitet war.³⁴⁰

Alle diese Ausrichtungen verkörpert John Locke – bis hin zur geografischen Komponente. John Locke wirkte anfänglich in England, später im holländischen Exil. Seine Überlegungen stehen als Sinnbild liberaler Überzeugungen samt - aus heutigem Verständnis - elitären Implikationen. Der Kampf nach Zuerkennung elementarer Freiheitsrechte war verknüpft mit einem konkreten Anlassfall, erscheint zweckgebunden und hatte als Nutznießer eine abgrenzbare Personengruppe im Sinn.

Nicht die Besitzlosen meinte Locke, sondern die aufstrebende Klasse der vorwiegend protestantischen und insbesondere puritanischen Unternehmer und Kaufleute, deren für Handel und Gewerbe notwendige Sekurität von der verständnislosen Politik der Stuarts ständig gefährdet wurde. [...] Locke's Staat ist

³³⁹ Locke 1977, S. 290

³⁴⁰ Russell 2008, S. 605 f.

[...] der Staat der Eigentümer, seine politische Theorie die des besitzenden Bürgertums.³⁴¹

Doch nicht die Problematik der ursprünglichen Ausrichtungen seiner Forderungen steht im Fokus dieser Arbeit, auch wenn sie hier kurz erwähnt wurden, sondern die Ideen und Ansichten über die Gewaltenteilung. Als erster Philosoph führt John Locke die Konzeption aus. Das Grundgerüst war errichtet, das Fundament wird in Folge erweitert.

Der Weg zum modernen Verfassungsstaat – die Ideen Montesquieus

Die zweigliedrige Trennung in eine gesetzgebende und vollziehende Gewalt, wie von John Locke skizziert, vollendet sich in den Ausführungen Charles-Louis de Secondat Montesquieu. Er verdankt seinen Nachruhm dem wirkmächtigen Werk „Vom Geist der Gesetze“; im Besonderen das 11. Buch „Über die Gesetze, welche die politische Freiheit formen, und ihren Bezug zur Verfassung“ des Kompendiums erfreut sich anhaltender Bedeutung in der Staatsphilosophie. Worin besteht die Weiterentwicklung verglichen mit dem Konzept von John Locke?

Montesquieu konkretisiert die Ansichten Lockes. Er denkt die Trennung von Exekutive und Legislative präziser und ergänzt den Begriff um eine dritte Gewalt. Anders als John Locke definiert Montesquieu die Jurisdiktion als eigenständigen Bereich. „Als Rechtsanwendung ordnet Locke die Richtertätigkeit [noch vollkommen, Anm.] der Exekutive zu.“³⁴² Sieht John Locke „die Funktion der Rechtssprechung auf die Streitentscheidung in bürgerlichen Angelegenheiten beschränkt“³⁴³, erweitert die Theorie Montesquieus ihren Geltungsbereich. Sie gilt als eigenständige Säule im nunmehr dreigliedrigen Gefüge. Die vertiefte Unterscheidung zeigt in „jedem Staat drei Arten von Vollmacht: die legislative Befugnis, die exekutive Befugnis in Sachen, die vom Völkerrecht abhängen, und die exekutive Befugnis in Sachen, die vom Zivilrecht abhängen. [...] Diese letzte soll richterliche Befugnis heißen [...]“³⁴⁴

Beide, Locke und Montesquieu, sind Kämpfer für die bürgerliche Freiheit, das zeigt die

³⁴¹ Euchner 1977, S. 43

³⁴² Mayer-Tasch 2003, 210 f.

³⁴³ ebd., 211

³⁴⁴ Montesquieu 2006, S. 216

Erklärung, die Montesquieu als Wirkung seiner Forderung ausmacht: „Damit die Macht nicht missbraucht werden kann, ist es nötig, durch die Anordnung der Dinge zu bewirken, daß die Macht die Macht bremse.“³⁴⁵ Beschreibt John Locke die Gestalt der Gewaltentrennung nur in groben Zügen, zeichnet sie Montesquieu detailreich und destilliert die vielschichtigen Abhängigkeiten. Er akzentuiert die Befugnisse und Selbstständigkeiten, illustriert die notwendigen Wechselwirkungen und setzt die Grenzen der Einflusskreise genau. Er skizziert ein heikles Gleichgewicht, das sich nur sinngemäß entfalten kann, wenn jede Gewalt auf Selbstständigkeit beharrt, die Autonomie des andern akzeptiert, sich aber der vielschichtigen Verbundenheit bewusst zeigt. Das wünschenswerte Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative – unter Verweis auf die Irrungen historischer Referenzen – rekapituliert er wie folgt:

Wenn die exekutive Befugnis nicht das Recht besäße, die Unternehmungen der legislativen Körperschaft aufzuhalten, wäre diese letztere despotisch. Sie vermöchte alle anderen Befugnisse zunichte zu machen.

Indessen darf die legislative Befugnis nicht umgekehrt die Möglichkeit bekommen, die exekutive Befugnis aufzuhalten. Die Durchführung hat nämlich schon ihrer Natur nach ihre Grenzen, und ihre Begrenzung ist daher unnötig. Außerdem befaßt sich die Exekutive immer nur mit Angelegenheiten des Augenblicks. Die Macht der Tribunen in Rom war insofern ein Fehler, als sie nicht allein die Gesetzgebung aufhielt, sondern sogar die Durchführung. Das verursachte große Mißstände.

Wenn indes in einem freien Staat die legislative Befugnis nicht das Recht zum Eingriff in die exekutive Befugnis haben darf, hat sie doch das Recht zur Prüfung der Art und Weise, in der die von ihr verabschiedeten Gesetze durchgeführt worden sind, oder sollte die Möglichkeit dazu haben. Darin besteht der Vorzug dieser Regierung vor der kretischen und lakedämonischen. Dort gaben die Kosmen und die Ephoren über ihre Verwaltung keine Rechenschaft. Wie diese Prüfung auch beschaffen sei, die legislative Körperschaft darf jedenfalls nicht die Macht haben, über die Person des mit der Exekutive Betrauten zu Gericht zu sitzen [...].³⁴⁶

³⁴⁵ Montesquieu 2006, S. 215

³⁴⁶ ebd., S. 224

Die Vorbedingung zur Entwicklung bürgerlicher Freiheit bleibt die Beschränkung einer übergeordneten Machtentfaltung. Eine Überzeugung die Locke wie Montesquieu grundsätzlich antreibt. Doch Montesquieu schildert nicht nur das Wesen der Gewaltenteilung genauer, sondern seine theoretischen Ambitionen gelten auch offenkundig der Demokratisierung: „Sobald in der Republik das Volk als Körperschaft die souveräne Macht besitzt, haben wir eine Demokratie vor uns. Sobald die souveräne Macht in den Händen eines Teils des Volkes liegt, heißt sie Aristokratie.“³⁴⁷ Der Definition folgt der Appell: „In einem freien Staat soll jeder Mensch, dem man eine freie Seele zugesteht, durch sich selbst regiert werden: daher müsste das Volk als Gesamtkörper die legislative Befugnis innehaben.“³⁴⁸

Was alles eine Demokratie ausmacht

Getrieben von einem Widerspruch gegen eine nimmersatte Einflussmöglichkeit der Staatsgewalt, die sich ausschließlich dem Willen der eigenen Willkür verpflichtet fühlt, entwickeln Locke und Montesquieu ihr Wirken. Beide kritisieren die vorgefundenen Machtverhältnisse und sprechen sich für eine Redefinition der Abhängigkeiten aus. Dass Montesquieu explizit die Züge einer Demokratie andenkt, wurde bereits erwähnt. Bei John Locke wird sein diesbezüglicher Nachhall durch seinen vermeintlichen Elitismus verdeckt – auch wenn diese gegenwärtige Einschätzung eilig vergisst, dass seine Erwägungen in direkter Opposition zum wieder erstarkten Königshaus während seines Zeitalters standen. Sein Beitrag zu dieser Sachfrage lässt sich erst begreifen, versteht man Demokratien als „bewußte, planvolle Gestaltung der Gesellschaft, bestimmt durch einen Rahmen von – ebenfalls demokratisch zu gestaltenden Spielregeln.“³⁴⁹ Über den Ansatz der Gewaltenteilung vollzieht sich die Herrschaft des Rechts, eine bestimmende Konditionierung demokratischer Gesellschaften: „For as in absolute goverments the King is law, so in free countries the law ought to be king; and there ought to be no other.“³⁵⁰ Mit den Worten Montesquieus: „Ein Staat kann so aufgebaut werden, daß niemand gezwungen ist, etwas zu tun, wozu er nach dem Gesetz nicht verpflichtet ist, und niemand gezwungen ist, etwas zu unterlassen, was das

³⁴⁷ Montesquieu 2006, S. 106

³⁴⁸ ebd., S. 220

³⁴⁹ Dvorak 1997, S. 206

³⁵⁰ Paine 1995, S. 34, zit. nach: Dvorak 1997

Gesetz ihm gestattet.“³⁵¹

Die bürgerliche Freiheit ist nicht bedingungslos, blind oder gibt beliebig nach, sondern entwickelt sich unter Achtung gewisser Voraussetzungen. Sie kennt keine Schrankenlosigkeit sondern verlangt den Rechtsgehorsam. Die Gewissheit von Freiheit formt sich über negative Bezüge. Freiheit, wie sie der Citoyen versteht, wird erwirkt durch die Herrschaft des Rechts das Fehlen an ungebührlichen Einflussmöglichkeiten, Bevormundung, Bedrohung und Repression.

*Wo es kein Gesetz gibt, da gibt es auch keine Freiheit. Freiheit nämlich heißt frei sein von dem Zwang und der Gewalttätigkeit anderer, was da nicht möglich ist, wo es keine Gesetze gibt. Freiheit heißt aber nicht, wie uns gesagt wird, eine Freiheit für jeden, zu tun, was ihm gefällt – (denn wer könnte schon frei sein, wenn ihn die Laune jedes anderen tyrannisieren dürfte?) – sondern eine Freiheit, innerhalb der erlaubten Grenzen jener Gesetze, denen er untersteht, über seine Person, seine Handlungsweise, seinen Besitz und sein gesamtes Eigentum zu verfügen und damit zu tun, was ihm gefällt, ohne dabei dem eigenmächtigen Willen eines anderen unterworfen zu sein, sondern frei dem eigenen zu folgen.*³⁵²

Die obige Feststellung von Locke teilt Montesquieu gleichermaßen. Beide verfolgen den selben Begriff von bürgerlicher Freiheit, ihre Einschätzungen sind gleichartig und bedeuten nicht die Absenz eines konkreten Regelwerk, sondern Respekt vor einem solchen.

Es stimmt, daß in den Demokratien das Volk scheinbar machen kann, was es will. Jedoch bedeutet politische Freiheit nicht, daß man machen kann, was man will. In einem Staat, daß heißt einer mit Gesetzen ausgestatteten Gesellschaft, kann Freiheit lediglich bedeuten, daß man tun vermag, was man wollen soll, und man nicht zu tun gezwungen wird, was man nicht wollen soll. Man muß sich vor Augen halten was Unabhängigkeit ist und was Freiheit ist. Freiheit ist das Recht, all das zu machen, was die Gesetze gestatten.³⁵³

Die Besonderheit des demokratischen Staatswesens liegt darin, dass die Achtung des Rechts

³⁵¹ Montesquieu 2006, S. 215

³⁵² Locke 1977, S. 234

³⁵³ Montesquieu 2006, S. 214

keine Preisgabe individueller Ansichten bedeutet und Unterordnung gegenüber den Überzeugungen fremder Instanzen meint. Unter demokratischen Voraussetzungen behauptet die Gesellschaft das Recht, Recht zu setzen. Dem Individuum obliegt durch verschiedene Verfahren die Mitgestaltung am Gesetzgebungsprozess. In modernen Verfassungsstaaten verkörpert sich die Mitgestaltung in den legislativen Kammern durch Repräsentanz. Verpflichtet sich also der/die Einzelne auf die Einhaltung eines Rechtskodex in Demokratien, verpflichtet er/sie sich auf die selbstbewusste Übereinkunft einer Gemeinschaft aus mündigen BürgerInnen.

Demgemäß stellt knapp drei Jahrhundert nach Locke Theodor Adorno sinngemäß fest, dass „eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß arbeiten soll, [...] mündige Menschen [verlangt, Anm.]. Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen.“³⁵⁴ Nur Mündigkeit erwirkt zuerst die Einsicht und dann den Mut zur Einflussnahme in die demokratische Ordnung der Dinge. Und so wird Gehorsam gegenüber dem Gesetz nicht zur Untertänigkeit sondern freie Verpflichtung auf das Ergebnis eines Willensbildungsprozesses, der persönliche Ansichten, Bedürfnisse und Meinung inhaliert.

Die Geburtsstunde der modernen Verfassung

Die Entstehungsgeschichte der modernen Verfassung findet den Ursprung in der Abspaltung der nordamerikanischen Kolonien vom britischen Empire. Das Streben nach Unabhängigkeit gipfelt darin, dass am 17. September 1787 in Philadelphia der Verfassungskonvent den dreizehn Staaten der amerikanischen Konföderation einen Verfassungsentwurf vorlegt. Der Text begnügt sich damit, den Aufbau der staatlichen Institutionen nachzuzeichnen und liefert eine Beschreibung, wie sich welche Institution zusammensetzt, was als ihre Aufgaben gilt, und gibt den Weg vor, wie sie dies zu erfüllen bezweckt. Sie kann als „Selbstbeschreibungen der Staatsorganisationen“³⁵⁵ qualifiziert werden, ein Merkmal, das alle modernen Verfassungen eint. Als oberster Repräsentant der Exekutive gilt in den USA der Präsident, die Legislative obliegt den beiden Kammern, die den Kongress bilden, die letztinstanzliche Rechtsprechung dem Supreme Court. Die drei Gewalten scheinen durch die Angabe der Funktion, das Verfahren zur Einsetzung der Amtsträger und die Dauer der einzelnen Amtsperioden getrennt.

³⁵⁴ Adorno 2008, S. 107

³⁵⁵ Wimmer 2000, S. 695

Der staatliche Aufbau hemmt den unbegrenzten Machtanspruch einzelner Institutionen und reguliert die Systematik der Herrschaft. Die Garantie der bürgerlichen Freiheit scheint dem Staatsaufbau implizit, explizit erklärt sie die „Bill of rights“. 1791 an die ursprünglichen Paragraphen angefügt, schützt die „Bill of rights“ unveräußerliche Rechte des/der Einzelnen. Wenn u.a. die Gedankenfreiheit, die Pressefreiheit, Religionsfreiheit einklagbar verbrieft werden, sind im Umkehrschluss der potenziellen Machtentfaltung der Staatsgewalt strikte Grenzen gesetzt.

Die US-Verfassung schließt die geglückte Revolution. Die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika wurzelt im antikolonialen Akt, in der Loslösung vom Mutterland, und setzt sich, bevor die Festlegung auf einen Verfassungstext erfolgt, im Schlagabtausch unterschiedlicher Auffassungen unter den Revolutionären fort. Revolutionen erscheinen immer als Kristallisationsmomente, als ein Kräfteressen auf mehreren Ebenen. Montesquieu erklärt die Ursache für das Phänomen, warum die Bestrebungen der Revolutionäre bei aller Verbindlichkeit des Ziels nicht einheitlich wirken:

Oft blühen die Staaten mehr während des unmerklichen Übergehens einer Verfassung in eine andere als je unter der einen oder der anderen Verfassung. Gerade in diesem Augenblick spannen sich alle Triebfedern der Regierung, alle Bürger haben hochfliegende Ziele, man greift einander an, man umschmeichelt einander. Edler Wetteifer herrscht zwischen den Verteidigern der zerfallenden und den Schrittmachern der obsiegenden Ordnung.³⁵⁶

Darin liegt der Grund, warum trotz aller Vorbildwirkung die jeweiligen Brüche, die auf die amerikanische Revolution folgten, ihre eigene Dynamik auslösten. Jeder dementsprechende Transformationsprozess gehorcht einer eigenen Gesetzmäßigkeit und nutzt andere Quelle der philosophischen Inspiration:

So legte man in Frankreich viel weniger Wert auf *checks and balances* zwischen den Staatsorganen und viel mehr auf die Artikulation eines ungeteilten nationalen Willens im Sinne Jean-Jacques Rousseaus. Hier waren die Nordamerikaner

³⁵⁶ Montesquieu 2006, S. 237

bessere Schüler Montesquieus als dessen französische Landsleute, die erst in den späten 1870er Jahren dauerhaft zu einer liberalen Demokratie fanden.³⁵⁷

Zeigt sich die französische Verfassungsgeschichte beeindruckt vom Wandel der Zeiten und ändert sich mit den wechselnden Anforderungen und historischen Ereignissen, weist die amerikanische Verfassung eine eindruckliche Kontinuität aus. Warum die Rechtsgeschichte Frankreichs Brüche aufweist, die amerikanische Verfassung sich hingegen über den Zeitraum weiter Jahrhunderte bewährt hat, erklärt die Ursachenforschung übereinstimmend mit der anfänglichen Verwendung unterschiedlicher Grundsätze: „Die amerikanische Übernahme von Montesquieus umsichtiger Idee, Rechte durch ein institutionelles Gleichgewicht zu sichern, erwies sich [...] als konstruktiver denn Rousseaus diktatorisches Beharren auf der Erfüllung einer angeblichen *volonté générale*.“³⁵⁸

Bei aller Unterschiedlichkeit, beide Verfassung stehen als Initial für die nachfolgenden Entwicklungen.

Die Geschichte der österreichischen Verfassung – eine bündige Rekapitulation

Seit der Revolution von 1776 diente die amerikanische Demokratie als Modell für die unruhigen Geister in Europa, die ihren eigenen Staat demokratisieren wollten. Zwar betrachteten die Gebildeten die mangelnde Kultiviertheit in der Neuen Welt oftmals mit Skepsis. Doch das gemeine Volk hatte keine derartigen Vorbehalte und blickte bewundernd auf das demokratische Experiment, das es schon bald nachzuahmen hoffte.³⁵⁹

Die Forderung nach Mitbestimmung und Demokratisierung lassen in der Habsburgermonarchie auf sich warten. Ein erster Versuch des Bürgertums wird 1848 militärisch abgeschmettert. Das Herrscherhaus obsiegt in der Auseinandersetzung um die Absicherung bürgerlicher Freiheiten. Dem angeschlagenen Selbstverständnis des schwachen Bürgertums reichen nach dem herben Rückschlag kleine Zugeständnisse. „1860 erhielt das

³⁵⁷ Osterhammel 2009, S. 776

³⁵⁸ Brundage/Jarusch 2008, S. 326

³⁵⁹ ebd., S. 305

habsburgische Kaiserreich zum ersten Mal eine Art Verfassung. Sie war sehr zugunsten der deutschsprachigen Völker gewichtet, für die Ungarn überhaupt nicht zufriedenstellend.³⁶⁰

Die Unausgegorenheit des Entwurfs genügt wenigen Ansprüchen.

Veränderungen folgen 1868. Niederlagen auf den Schlachtfeldern schwächen das Herrscherhaus. Anstatt die Vorrangstellung in Mitteleuropa zu zementieren, muss sich ein gedemütigter Hofstaat Konzessionen beugen, die in der offenen Konfrontation mit dem Bürgertum zwei Jahrzehnte davor abgeschmettert wurden.

Nach der Niederlage von 1848 mehrten die deutsch-österreichischen Bürger langsam ihre Stärke im Bereich der Wirtschaft und des Geisteslebens, aber sie schuldeten ihren Aufstieg zu politischer Macht 1860 und 1867 weniger ihren eigenen Stärken als der Niederlage, welche die Italiener und die Preußen dem absolutistischen Regime zufügten.³⁶¹

Plötzlich erzwingt der Ausgang militärischer Auseinandersetzungen einen Ausgleich, dem sich die politische Obrigkeit kurze Jahrzehnte vorher noch kämpferisch widersetzte. Die Zugeständnisse erreichen aber lang nicht das Ausmaß an Freiheit und Rechtsschutz, wie sie in anderen Ländern Europas seit Jahrhunderten üblich war. Das österreichische Herrscherhaus umgibt weiterhin eine rechtliche Unantastbarkeit, der Grund liegt vor allem in der Ohnmacht der Legislative.

Nun maß man sich ja vor Augen halten, daß P o l i t i k, wie sie im Westen Europas (in England, in den Niederlanden, in Frankreich) schon seit ein oder zwei oder drei Jahrhunderten betrieben worden war, in der Habsburger-Monarchie zu Ende des 19. Jahrhunderts ein fremdes, exotisches Phänomen darstellte. Es gab weder eine Konstitution, die auch den Herrscher den Gesetzen (und vor allem den politischen „Spielregeln“) unterworfen hätte, noch ein Parlament, das die Regierung – oder gar den Monarchen – kontrollieren oder überhaupt lenken konnte.³⁶²

³⁶⁰ Lukács 1990, S. 151

³⁶¹ Schorske 1982, S. 280

³⁶² Dvorak 1997, S. 106

Der Verlauf der österreichischen Verfassungsgeschichte zeigt, dass nicht nur erfolgreiche Revolutionen als Anstöße zur Reform wirken sondern auch militärische Niederlagen zur Veränderung zwingen, weil der Zustand der ins Desaster führte, nunmehr als unhaltbar gilt. Der Bankrott der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg zeichnet die Karte Europas neu. Auch die Habsburgermonarchie zerfällt entlang manch nationaler Grenzen. Aus einem Teil entsteht Deutschösterreich. Der junge Staat gibt sich am 1. Oktober 1920 eine neue Verfassung. Die Monarchie dankt ab. Die Konstituierende Nationalversammlung legt als Staatsform die parlamentarische Demokratie fest.

Die Staatsform wird vom bürgerlich-konservativen Lager zunehmende in Misskredit gebracht. Die Gesinnungsgenossen werfen dem Parlament Ineffizienz vor und fordern, getrieben durch ihre Sehnsucht nach harter Autorität, eine größere Machtfülle des Bundespräsidenten. 1929 werden die verfassungsrechtlichen Bestimmungen den Wünschen gemäß geändert.

Die Aversion des christlichsozialen Lagers auf die Demokratie nimmt trotzdem nicht ab, bis schließlich die bürgerliche Regierung 1933 den Nationalrat aushebelt. Ein Fauxpas durch die Geschäftsordnung bot den willkommenen Vorwand. Der Prozess vollendet sich im Erlass einer neuen Verfassung am 1. Mai 1934, die ein Bündel an Überzeugungen des Austrofaschismus illustrativ offenlegt.

Welches ideologische Selbstverständnis lag der Konstruktion der Verfassung zugrunde? Autoritäre, elitäre, antimarxistische, antidemokratische und antiparlamentarische Vorstellungen [...] sind verbunden mit gesellschaftsharmonisierenden Optionen – mit Zielrichtung Ausschaltung des Klassenkampfes und organisierter Zusammenfassung von UnternehmerInnen und ArbeitsnehmerInnen.³⁶³

Der Nationalsozialismus - das Zeitalter des Kapitalverbrechens - beerbte den im kollektiven Gedächtnis Österreichs „vergessene[n] Faschismus“³⁶⁴ zwischen 1933 und 1938.

Der Nationalsozialismus gilt durch das planvolle Wirken des industriellen Massenmords als Epoche der vollkommenen Negation bürgerlicher Freiheit. Die Mittäterschaft und Organisation der Shoa kehrt die Verhältnisse, die den Schutz des Lebens als zentralen Wert anerkennen, radikal um. Dass sich die Demokratie neu gründet, verdankt Österreich nicht

³⁶³ Tálos/Manoschek 2005, S. 126

³⁶⁴ vgl. Rathkolb 2005, S. 401 ff.

reicher Insubordination, nicht einer allgemeinen Resistenz gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie, sondern der siegreichen Kampfbereitschaft des alliierten Bündnisses über die abgründige Bewegung. Zahlen belegen diese Einschätzung:

Etwa 2700 Österreicher wurden als aktive Widerstandskämpfer zum Tod verurteilt und hingerichtet, und ca. 32.000 Österreicher (Widerstandskämpfer und Opfer präventiver Verfolgung) starben in Konzentrationslagern und Gefängnissen, insbes. der Gestapo. Geschätzte 15.000 Österreicher kamen als alliierte Soldaten, als Partisanen oder im europ. Widerstand um. Rd. 100.000 Österreicher waren aus pol. Gründen inhaftiert.³⁶⁵

Dem gegenüber steht:

1,2 Millionen Österreicher hatten in der Wehrmacht gegen die Alliierten gekämpft. Österreich war sieben Jahre lang Teil des Großdeutschen Reiches und besaß mit fast 700.000 NSDAP Mitgliedern einen relativ gesehen höheren Anteil an Parteiangehörigen als das „Altreich“.³⁶⁶

„Die Zahlen grenzen nur die Ränder ab, aber sie gewichten doch deutlich in Richtung Zustimmung“³⁶⁷, konstatiert der Historiker trocken.

Allein die Befreiung durch die alliierten Truppen ermöglichte die rechtliche Wiedererrichtung der Republik. Anders als in der benachbarten Tschechoslowakei behielt der Zustand dauerhafte Gültigkeit. „Nach Kriegsende wurde Österreich dem westlichen Lager zugeschlagen und als ‚Hitlers erstes Opfer‘ anerkannt. Dieses doppelt unverdiente Glück eröffnete [...] die Chance, sich der Vergangenheit zu entledigen.“³⁶⁸ Die strategischen Überlegungen der Supermächte erlaubten Österreich, sich im Westblock zu verankern - im offensichtlichen aber nicht offiziellen Verbund mit den Westmächten und als eigenständige, liberale Demokratie. Seit damals dient als staatsrechtliche Grundlage das Bundesverfassungsgesetzes von 1920 idF von 1929.

³⁶⁵ Bamberger (u. a.) (Hg.) 1995, S. 622

³⁶⁶ Manoschek/Geldmacher 2006, S. 578

³⁶⁷ Hanisch 1994, S. 380

³⁶⁸ Judt 2009, S. 16

Das Prinzip der Gewaltenteilung in der österreichischen Bundesverfassung

Die Gewaltentrennung gilt gegenwärtig jeder Demokratie als wesentliches Element. Der Blick, in ein wahlloses Nachschlagewerk gerichtet, erklärt: „Die D[emokratie] ist in der Regel auch durch die mehr oder minder stark ausgeprägt Aufgliederung der Staatsgewalt in Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung (-Gewaltentrennung) gekennzeichnet.“³⁶⁹ Oder: „G[ewaltenteilung] ist heute Kern jeder rechtsstaatl. Demokratie.“³⁷⁰

Die österreichische Bundesverfassung weist fünf Bausteine auf. Die erscheinen nicht gesondert hervorgehoben, sondern sind dem Aufbau der Verfassung immanent. Ändert sich die Verhältnismäßigkeit zwischen den einzelnen Bausteinen oder innerhalb eines Bausteins, ändert sich die Gestalt der Bundesverfassung als Ganzes. Und die Verschiebung in der Substanz kann nur geschehen, wenn davor eine Volksabstimmung den Schritt legitimiert. Als die fünf Bausteine gelten³⁷¹:

Das demokratische Prinzip

Das republikanische Prinzip

Das bundesstaatliche Prinzip

Das rechtsstaatliche Prinzip

Das gewaltentrennende Prinzip

Jede Verfassungsbestimmung ließe sich grundsätzlich ändern, denn Verfassungen sind keine monolithischen Blöcke. Da eine Verfassung ihrer Definition nach Gesetz ist, kann ihr Inhalt als Gegenstand politischer Auseinandersetzung jederzeit den Bedürfnissen angepasst werden. Veränderungen werden aber durch besondere Anforderungen, verglichen mit gewöhnlichen Gesetzesvorlagen, belegt. Die Vorsicht erfüllt den Zweck,

dass die Verfassung durch die Erschwerung ihrer Abänderbarkeit bis zu einem

³⁶⁹ Weber (Hg.) 2004, S. 301

³⁷⁰ Nohlen/Schultz 2005a, S. 306

³⁷¹ vgl. Ucakar 2006, S. 131 ff.

gewissen Grade gegen die spätere Gesetzgebung immunisiert wird. [...] Nur in solcher Sicht kann die Verfassung leisten, was ihr paradoxerweise zugetraut wird: Formung und Ausübung der Macht zu regulieren, ohne doch als bloßer Appell die politischen Kräfte realiter zu beherrschen.³⁷²

Schon einzelne Korrekturen verlangen einen besonderen Stimmenschlüssel in den legislativen Kammern, damit ein Gesetz in den Verfassungsrang gehoben wird. Besonders sanktioniert werden in Österreich eben Veränderungen an den Bausteinen.

Für das Anliegen der Arbeit wirkt vor allem das gewaltentrennende Prinzip entscheidend, dessen Durchsetzung aufgrund der Ansprüche, welche die österreichische Bundesverfassung vorgibt, bewertet wird. Eine Definition unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnismäßigkeit lautet:

Das *gewaltentrennende Prinzip* hat seinen historischen Sinn im Schutz des Einzelnen vor Willkür und Übergriffen staatlicher Herrschaftsträger. Im österreichischen Verfassungsrecht geht es formal von der organisatorischen Trennung der Staatsfunktionen, Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung aus. Diese organisatorische Trennung ist im modernen Staat freilich vielfach durchbrochen: durch die parlamentarische Kontrolle der Verwaltung, durch die Verwaltungsstrafrechtspflege und andere inhaltliche Überschneidungen in den Aufgabenbereichen der nur idealtypisch und als Grundsatz getrennten Staatsfunktionen.³⁷³

Partiell scheinen für die Bewertung der aktuellen Situation auch das rechtsstaatliche Prinzip (jedes ausführende Organ darf nur auf Vorgabe einer konkreten Gesetzesgrundlage handeln)³⁷⁴ und das demokratische Prinzip (es besagt, dass „der politische Entscheidungsprozess, das Zustandekommen allgemein verbindlicher Normen, grundsätzlich auf das Volk zurückführbar sein muss“³⁷⁵) von Relevanz.

Die Gewaltentrennung samt beispielhafter Umsetzung durch die US-amerikanische

³⁷² Hofmann 2007, S. 26

³⁷³ Ucakar 2006, S. 133

³⁷⁴ vgl. ebd., S. 132 f.

³⁷⁵ ebd., S. 131

Verfassung wurde oben geschildert. Es scheint die Reinheit der Lehre, wie sie anfänglich von Locke angedacht, dann von Montesquieu ausformuliert wurde, als Konzept plausibel aber in der Realität undurchführbar.

The pure doctrine of the separation of powers implied that the functions of government could be uniquely divided up between the branches of government in such a way that no branch need ever exercise the function of another. In practice such a division of function has never been achieved, nor indeed is it desirable that it should be, for it would involve a disjuncture in the actions of government which would be intolerable.³⁷⁶

Wird die theoretische Vorgabe nachvollzogen, scheinen Abweichungen unabwendbar. Aber nicht alle Defizite lassen sich durch eine notgedrungene Überlappungen der Kompetenzen erklären. Zieht man die Situation in Österreich in Betracht, fällt vor allem die Ausgewogenheit des Verhältnisses zwischen Legislative und Exekutive aus der Norm. In der österreichischen Usance übt die Regierung über das Parlament Dominanz aus. Der Befund gründet auf der Einschätzung, dass der Prozentsatz an Regierungsvorlagen, die in den legislativen Kammern als Gesetz verabschiedet werden, überproportional hoch liegt. Die Statistik weist für die 22. Gesetzgebungsperiode (2002 - 2006) 72 % aus, der gleiche Wert gilt für die 20. Gesetzgebungsperiode (1996 – 1999). Den Spitzenwert seit 1971 nimmt die 13. Gesetzgebungsperiode (1971-1975) mit 83 % ein, den geringsten Anteil seit diesem Zeitpunkt weist die 19. Gesetzgebungsperiode (1994-1996) mit 62 % aus³⁷⁷, was mehr auf die innerkoalitionären Spannungen während dieser Legislaturperiode zurückzuführen sein dürfte als auf eine programmatische Absicht die parlamentarische Arbeit aufzuwerten. Die Verfassung einer parlamentarischen Demokratie sieht ein System vor, „in welchem die Regierung aus dem Parlament hervorgeht, in ihrer Amtsführung und Amtsdauer vom Vertrauen des Parlaments bzw. einer Parlamentsmehrheit abhängig ist [...]“³⁷⁸ Für Österreich gilt: „Übt der Nationalrat, wie die Verfassung dies vorsieht, die Gesetzgebung des Bundes in der politischen Praxis auch tatsächlich aus? [...] Formell ist dies sicher so.“³⁷⁹ Doch das Abhängigkeitsverhältnis hat sich in der praktischen Realität strukturell umgekehrt,

³⁷⁶ Vile 1967, S. 318

³⁷⁷ vgl. Scheffbeck 2006, S. 152, Tabelle 4

³⁷⁸ Nohlen/Schultze (Hg.) 2005b, S. 652

³⁷⁹ Gerlich 1982, S. 87

nicht das Parlament gibt einer Regierung die Gesetze vor, sondern die Regierung unterhält sich für ihre Vorhaben ein Parlament. Die Ausrichtung ihrer Amtsführung kann sich eine Regierung durch diese Art der Abwicklung selbst bestimmen. Ein Modell mit weitreichenden Folgen.

Schon Montesquieu fröstelte angstvoll, wenn er über die Despotie des türkischen Sultans ausführte: „Die gleiche Beamtenschaft hat als Ausführer der Gesetze alle die Befugnisse, die sie sich als Gesetzgeber selber verliehen hat. Sie vermag den Staat durch ihren Gemeinwillen (volontés générales) zu verheeren.“³⁸⁰ Erscheint in diesem Fall das Prärogativ der Exekutive über die Legislative absichtsvoll und gedeckt, entwickeln sich die österreichischen Verhältnisse entgegen den Vorgaben, denn eigentlich sollte das Parlament die Exekutive durch freie Beschlüsse binden. Die Hegemonie der ausführenden Gewalt über die beschlussfassende berechtigt die besorgte Frage: „Lautet nicht die Grundregel der Demokratie: Über das Parlament wirkt die Gesellschaft der Freien und Gleichen steuernd auf sich selbst ein? Gilt das plötzlich nicht mehr?“³⁸¹ Denn: „The separation of the executive from the legislature in particular was used as a means to avoid tyranny denying the executive the privilege of law making and ensuring that the legislative power serves the rule of law and not ambitious men.“³⁸²

Ein tendenzielles Übergewicht, wie es der politische Prozess in Österreich ausweist, stellt keine Tyrannei dar, das zu behaupten, käme einer Übertreibung gleich. Aber die Vorrangstellung der Exekutive über die Legislative kehrt ein Kausalverhältnis um, das strukturell anders gedacht wäre. Darin liegt die Gefahr und eine dringliche Veranlassung die Gegebenheit anders zu ordnen. „Das gewaltenteilende Prinzip [...] erscheint heute durch die Verfassungswirklichkeit bedroht, die Balance zwischen Regierung und Parlament wäre neu zu überdenken.“³⁸³ Die parlamentarische Auseinandersetzung darf dem legislativen Prozess nicht nur verfahrenstechnisch dienen, sondern muss rein inhaltlich die Deutungshoheit erobern und behaupten.

Das Übergewicht der Regierungsvorlagen wird im Regelfall mit den Anforderungen an das Regieren in modernen Zeiten begründet und „die legislatischen Abteilungen der Ministerien mit der Vorbereitung der Umsetzung des jeweils ressortspezifischen Teils des

³⁸⁰ Montesquieu 2006, S. 217

³⁸¹ Assheuer 2010, S. 51

³⁸² Curtin 2009, S. 50

³⁸³ Brauneder 2009, S. 281

Regierungsprogramms beauftragt [...].³⁸⁴ Politische Sachfragen werden im Ministerrat diskutiert, im exklusiven und hermetischen Rahmen erfolgt die Balance des Für und Wider. Der Freiraum des demokratischen Schlagabtausches wird beschnitten und das Parlament als Ort des Gedankenaustausches und der argumentativen Auseinandersetzung ausgehöhlt, wenn nur noch vorgegebene Entscheidung nachvollzogen werden dürfen. Das Lebhaftes, Kontroverse und Abwägende, die Abbildung der Auseinandersetzung gesellschaftlicher Auffassungsunterschiede, das Repräsentative, das dem Gesetzgebungsprozess in der Öffentlichkeit wesentlich ist, scheint ersetzt durch die Einstimmigkeit am Ministerrattisch. Die Durchsetzung politischer Inhalte wird schließlich als Einsicht in objektive Notwendigkeit präsentiert. Als ultimates Argument, das den letzten Widerspruch ersticken soll, wird die Entscheidung durch den Sachzwang begründet und schließlich angeführt, dass die Komplexität moderner Fragen und Probleme nur noch vom fachspezifischen Wissen der Ministerien verstanden wird.

Dennoch steckt in der Politik des Sachzwangs eine subtile Erpressung. Sie demütigt den demokratischen Geist und beleidigt den politischen Freiheitssinn, weil sie Inhalt und Ziel einer „Innovation“ oder eines Großprojekts schon vorgibt, weil sie dem Wähler die Wahl nimmt und ihn nötigt, der alternativen Entscheidung in freier Einsicht „zwanglos“ zuzustimmen.³⁸⁵

Der Vorgangsweise bedient man sich gerade auf dem Feld der Energiepolitik bevorzugt. Auf österreichischer Ebene lässt sich der Prozess exemplarisch bei der Nabucco-Pipeline aufzeigen.

³⁸⁴ Scheffbeck 2006, S. 152

³⁸⁵ Assheuer 2010, S. 51

Die Nabucco-Pipeline und die Art der Unterstützung durch die österreichische Bundespolitik

Die Chronologie der Ereignisse

Der erste Impuls, die Verwirklichung der Pipeline auf multilateraler Ebene offen zu unterstützen, geht auf eine Einladung des österreichischen Wirtschaftsministeriums zurück. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs empfing der damalige Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, zu dessen Aufgabenbereich auf Seiten der Exekutive auch die Energieagenda gehörte, am 26. Juni 2006 hohe Repräsentanten der Anrainerstaaten der Nabucco-Pipeline, Entscheidungsträger der EU und ausgewählter internationaler Organisationen in der Wiener Hofburg, mit der Intention, alle auf einen gemeinsamen Kurs einzuschwören. Neben dem Gastgeber gehören der Teilnehmerliste an:

Stoyanov Ovcharov (Energieminister von Bulgarien), György Gilyan (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium von Ungarn), Iuliu Winkler (Handelsminister von Rumänien), Mehmet Hilmi Güler (Energieminister der Türkei), Andris Piebalgs (EU-Energiekommissar), Wolfgang Roth (Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank), William Ramsay (Vizedirektor der Internationalen Energieagentur), Slavtcho Neykow (Direktor der Energiegemeinschaft Südosteuropa) und Erhard Busek (Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa)³⁸⁶

Noch am darauffolgenden Tag stieg der Aktienkurs der OMV um 1,08 % auf 27.620 Punkte.³⁸⁷

Ein weiteres Treffen auf offizieller Ebene, das ausschließlich der Nabucco-Pipeline galt, folgte erst Jahre später - am 27. Januar 2009 in Budapest. Das Abschlussdokument³⁸⁸ beinhaltet neben der Vergewisserung, dass alle Partner weiterhin hinter dem Projekt stünden,

³⁸⁶ Boerseexpress.com 2006, URL

³⁸⁷ vgl. ebd.

³⁸⁸ vgl. The Declaration of the Budapest Nabucco Summit 2009, URL

die Festlegung auf die weiteren Eckpunkte der politischen Koordination im internationalen Rahmen. Endpunkt soll eine Konferenz in Ankara bilden.

Ein nachfolgendes „Southern Corridor Summit“ in Prag am 8 Mai 2009 legte unter direkter Bezugnahme auf die Budapest Übereinkunft der Nabucco-Konferenz fest, dass die Bedeutung der Pipeline über die rein funktionale Wirkung als Transportmittel hinausreicht: „The development of transport infrastructure, including for energy, will lead to an intensification of people-to-people contact, which is the fundamental prerequisite to further social, economic and political cooperation in the whole region [...]“.³⁸⁹ Unterzeichner waren neben den Präsidenten der EU-Kommission und des EU-Rats, die Staatschefs von Aserbaidschan, Georgien, der Türkei und der Erdölminister Ägyptens.

Der Staatsvertrag zur Nabucco-Pipeline

Die abschließende Konferenz findet in Ankara statt. Dort einigen sich die Ministerpräsidenten der Transitstaaten am 13. Juli 2009 vertraglich darauf, die Bemühungen des Nabucco-Konsortiums politisch abzusichern oder anzubahnen. Im Wortlaut bedeutet dies:

Die Vertragsstaaten gewähren umfassende politische Unterstützung bei der Realisierung des Nabucco-Projekts und bei dem Transport von Erdgas in und durch ihr Staatsgebiet und verpflichten sich zur Förderung, Unterstützung und Begünstigung aller hierfür erforderlichen Maßnahmen. Die Vertragsstaaten sind bestrebt, eine umfassende Kooperation aller anderen zuständigen staatlichen Stellen in ihrem Staatsgebiet sicherzustellen, und treffen die erforderlichen Maßnahmen, um eine derartige Kooperation zu ermöglichen.³⁹⁰

Die Festlegung verdichtet sich in der Direktive: „Soweit mit nationalem, Gemeinschafts- und internationalem Recht vereinbar, sind die Vertragsstaaten bestrebt, alle gesetzgebenden Maßnahmen zu ergreifen, die im vertretbaren Rahmen zur Ausübung der Projektstätigkeit erforderlich sind.“³⁹¹

³⁸⁹ Prague Summit Southern Corridor 2009, URL

³⁹⁰ Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Ungarn, Rumänien und der Republik Türkei über das Nabucco-Projekt 2009 - Artikel 1.1

³⁹¹ vgl. ebd. – Artikel 3.2.

Kritisches Augenmerk verlangen die durch Artikel 11.4 zugestandenen Sonderrechte: „Die von den Nationalen Betreibergesellschaften an die Internationale Betreibergesellschaft ausgeschütteten Dividenden sind von der Ertragsteuer, der Einkommensteuer, von Privat- und Körperschaftsteuern oder von Steuern mit ähnlichen Folgen in Österreich ausgenommen.“³⁹² Änderungen am Vertrag oder an Gesetzestexten auf nationaler Ebene betreffend des Nabucco-Projekts sind nur nach Einbeziehung des und Beratung mit dem Nabucco-Konsortium erlaubt, diese Bedingung legt eine andere Klausel fest.³⁹³

Die Rolle des Parlaments im Prozess

Die Erwägungen um die Nabucco-Pipeline werden nicht als Punkt der außenpolitischen Agenda betrachte, sondern als energiepolitische Frage qualifiziert, das Ministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend führte die zwischenstaatlichen Verhandlungen, repräsentierte die Bundesrepublik Österreich auf allen Konferenzen. Auch ernannte das BMWFJ die Leiterin der Abteilung 12 Internationale Energiepolitik, angesiedelt in der Sekton IV Energie und Bergbau³⁹⁴, Maria Reich-Rohrwig in einer Doppelfunktion zur Nabucco-Baufträgen der Bundesregierung. Über ihr konkretes Wirken – abseits von einer offiziellen Mission nach Turkmenistan³⁹⁵ - waren keine Angaben zu ergründen. Beide Ämter hat sie mittlerweile zurückgelegt, als Nachfolgerin wurde Sylvia Schmidt mit den Aufgaben betraut. Dem Außenministerium kommt nur eine beschränkte Bedeutung durch das Wirken im diplomatischen Rahmen zu, der eine klassische Prärogative der Exekutive darstellt. Es erscheint bedenklich, dass das Parlament in Fragen der Sicherheit, Gewährleistung und Ausrichtung der zukünftigen Energieversorgung kaum von seinem Gestaltungsrecht Gebrauch macht und ihm offenbar eine Rolle als notwendige Instanz nur dann zugestanden wird, wenn der Gesetzgebungsprozess verfahrenstechnisch korrekt beschlossen werden muss. Die Frage um die Nabucco-Pipeline findet sich als Punkt auf der Agenda des Nationalrates erstmalig, als der Staatsvertrag per Regierungsvorlage dem Plenum zur Ratifikation vorgelegt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Plenum der legislativen Kammer in den Entscheidungsprozess nie eingebunden.

³⁹²Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Ungarn, Rumänien und der Republik Türkei über das Nabucco-Projekt, 2009 - Artikel 11.4.

³⁹³ vgl. ebd. - Artikel 13.2.

³⁹⁴ vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2011, URL

³⁹⁵ vgl. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (Hg.) 2010, S. 401.

Nur im Kreis des Wirtschaftsausschuss, der für die Energiefragen zuständig zeichnet, kam das Thema zur Sprache. Die Diskussion begnügte sich mit der Abklärung des Punkts, ob eine Staatsbeteiligung an der Nabucco-Pipeline vorgesehen ist – was nicht der Fall ist³⁹⁶.

Während der Nationalratssitzung am 10. Dezember 2009, die Sitzung dauerte von 9:04 Uhr morgens bis Mitternacht, war die Nabucco-Pipeline einmalig Gegenstand der Diskussion, als das zwischenstaatliche Abkommen über die Rahmenbedingungen des Baus zur Abstimmung stand. Es findet sich als 47. Punkt der Tagesordnung.

Die Eckpunkte der Diskussion im Plenum

Der Vertrag war bereits im Wortlaut ausgehandelt und die Regierungsvorlage rechnet aus Erfahrung mit den notwendigen Mehrheiten der Stimmen. Unter diesen Vorzeichen erscheint der Abtausch der Positionen im Plenum hohl in Substanz und Bedeutung. Trotzdem sollen in der Reihenfolge der Debattenbeiträge die Schlaglichter der Argumentation nachvollzogen und die Auffassungen, Auslassung oder Lücken reflektiert werden:

Der Abgeordnete für die FPÖ Alois Gradauer lehnt das „Nabucco“-Pipeline ab, „weil dieses Projekt letztlich auch eine Eintrittskarte der Türkei in die Europäische Union sein kann – und wir Freiheitlichen wollen nicht, dass die Türkei EU-Mitglied wird.“³⁹⁷ Die Auffassung scheint unsachgemäß, da im Abkommen keine Note über einen Automatismus bezüglich des Beitritts der Türkei zur EU steht. Am eigentlichen Thema, dem Sinn und der Zweckmäßigkeit der Nabucco-Pipeline, zielt der Redner vorbei und wiederholt schlicht die altbekannten Positionen des Parteiprogramms.

Konrad Steindl ergreift anschließend für die ÖVP das Wort. Er betont den grenzübergreifenden Charakter des Projekts, zeigt sich jedoch vorrangig um die regionalen Verwicklungen besorgt. „Insgesamt werden wir alle, wie ich meine, davon profitieren: auch diejenigen, die Grundstücke zur Verfügung stellen; entsprechend attraktive Entschädigungsmaßnahmen sind vorgesehen.“³⁹⁸

Auch der Gedankenradius des Debattenbeitrags vom BZÖ-Abgeordneten Ing. Robert Lugar bewegt sich vornehmlich innerhalb der österreichischen Grenzen. Nur in einem Punkt wagt er den Blick darüber hinaus und beweist gleich eindrucksvoll seine fehlende Detailkenntnis. „Da

³⁹⁶ vgl. Parlamentskorrespondenz Nr. 243

³⁹⁷ Parlamentsdirektion 2009 (Hg.), S. 273

³⁹⁸ ebd.

frage ich aber schon, woher diese Sicherheit kommen soll, wenn wir unsere Energie-Abhängigkeit [in Österreich, Anm.] von der Ukraine und von Russland gegen die Abhängigkeit von der Türkei tauschen.“³⁹⁹ Die Situation in Österreich – nicht die der EU - als Abhängigkeit von der Ukraine, Russland oder in Zukunft gar der Türkei zu qualifizieren, erscheint überzogen. Selbst wenn diese Einschätzung zutreffend wäre, macht es einen qualitativen Unterschied in der Rechtssicherheit, ob die Türkei als strategischer Partner der Energieversorgung dient oder Russland. Für Investitionen in die Energiebranche in Russland gelten die Rechtssicherheiten der europäischen Energiecharta nicht, für die Türkei schon. In dem Vertrag heißt es:

Jede Vertragspartei fördert und schafft im Einklang mit diesem Vertrag stabile, gerechte, günstige und transparente Bedingungen für Investoren anderer Vertragsparteien, in ihrem Gebiet Investitionen vorzunehmen. Diese Bedingungen umfassen die Verpflichtung, den Investitionen von Investoren anderer Vertragsparteien stets eine faire und gerechte Behandlung zu gewähren.⁴⁰⁰

„Russland hat diese Dokument zwar (1994, also unter Präsident Boris Jelzin) unterzeichnet, dann aber nicht ratifiziert. Ministerpräsident Wladimir Putin nannte es Ende April 2009 offen ‚sinnlos‘.“⁴⁰¹ Trotz der eindeutigen Faktenlage bleibt die falsche Einschätzung des Redners im Plenum unkommentiert.

Der Optimismus des anschließenden Redners Hubert Kuzdas von der SPÖ scheint überzogen und geht an allen Erfahrungen vorbei: „Ich würde mir also um die Auslastung dieser Pipeline keine Sorgen machen [...]“.⁴⁰²

Die Grüne Ruperta Lichtenecker liefert den einzige Redebeitrag, der darauf eingeht, dass das einzuspeisende Gas aus dem Iran kommen könnte. Aber in ihrer Bewertung wird der Iran nur als unsicherer Partner dargestellt, doch sollte der Grund für die umfassenden Bedenken gegen ein Übereinkommen mit dem iranischen Regime tiefer liegen.⁴⁰³

³⁹⁹ Parlamentsdirektion 2009 (Hg.), S 274

⁴⁰⁰ Schlussakte der Europäischen Energiechartakonferenz vom 9.3.1998.

⁴⁰¹ Malek 2009, S. 5

⁴⁰² Parlamentsdirektion 2009 (Hg.), S. 276

⁴⁰³ vgl. ebd., S. 277

Der ÖVP-Abgeordnete Peter Haubner bejubelt das Wirken des Bundeswirtschaftsministers Reinhold Mitterlehners.⁴⁰⁴

Der Beitrag von Rainer Widmann beschließt die Debatte. Der BZÖ- Abgeordnete bekundet Ungewissheit, „ob die Leitung entlang von politischen Krisenzonen auch tatsächlich gebaut werden kann“⁴⁰⁵ Die Transitländer eine politische Krisenzone? Instabilität in der Türkei, in Bulgarien, Rumänien oder Ungarn? Zu der Qualität dieses Befunds passt der Überraschungseffekt der Nachricht, die Rainer Widmann mitliefert, dass hinter der Finanzierung „Banken stehen.“⁴⁰⁶

Es folgt die Abstimmung per Handzeichen – „Das ist **mehrheitlich angenommen.**“⁴⁰⁷

Von allen Parteien fehlen Stellungnahmen zu zweifelhaften Vertragsinhalten. Kein Debattenbeitrag thematisiert die Regelung .durch Artikel 11.4: Wie oben dargelegt, erlaubt diese Sonderkondition den nationalen Betreibergesellschaften die Dividende steuerfrei an die Internationale Betreibergesellschaft auszuschütteten.⁴⁰⁸

Die Diskussion müsste sich objektiv vor allem an der Verbindlichkeit des Artikel 3.2. stoßen, schränkt dieser die Unabhängigkeit und Freiheit der Legislative ein und schreibt ihr für die Entscheidungsfindung eine konkrete Richtung vor. Zur Wiederholung: Die Bestimmung legt die Vertragspartner darauf fest, „alle gesetzgebenden [sic] Maßnahmen zu ergreifen, die im vertretbaren Rahmen zur Ausübung der Projektstätigkeit erforderlich sind.“⁴⁰⁹ Zeigt sich die Bundesregierung im Vorfeld nicht daran interessiert, die Legislative in die Gestaltung der Energieversorgung miteinzubinden, lässt die Legislative selbst kein Interesse an dieser Aufgabe im Zuge der Auseinandersetzung um die Nabucco-Pipeline aufkommen. Es scheint ihr auch die Vorgabe von Prinzipien, die ihre Handlungsräume eingrenzt und einer nachfolgenden Beschlussfassung eine eindeutige Richtung vorgibt, keinen Kommentar wert. Der Unmut über die Umgangsweise der Regierung gegenüber dem Parlament, über die Statur des österreichischen Parlamentarismus wird von Repräsentanten der Institution selbst formuliert.

⁴⁰⁴ vgl. Parlamentsdirektion 2009 (Hg.), S. 277

⁴⁰⁵ ebd., S. 278

⁴⁰⁶ ebd.

⁴⁰⁷ ebd., S. 287

⁴⁰⁸ vgl. Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Ungarn, Rumänien und der Republik Türkei über das Nabucco-Projekt 2009 - Artikel 11.4.

⁴⁰⁹ vgl. ebd. – Artikel 3.2.

Der Parlamentarismus wird in Österreich allmählich zur Farce“, urteilt Heinrich Neisser, einst Zweiter Nationalratspräsident im Dienst der ÖVP. Der Verfassungsjurist ist nicht der einzige Exparlamentarier, der wenig schmeichelhaft über die Zustände am früheren Arbeitsplatz spricht. In den Augen des Grünen Johannes Voggenhuber funktioniert das Hohe Haus „wie ein Parteiapparat mit täglicher Befehlsausgabe“, der Sozialdemokrat Josef Broukal sieht selbiges auf dem Weg zur „Quantité négligeable“: „Die Abgeordneten der Koalition verstehen sich als Helfer, die reibungslos auf die Welt bringen sollen, was die Regierung gebietet.“⁴¹⁰

Der frühere Nationalrat Johannes Voggenhuber spricht drastisch von einer „Verfassungsfassade“⁴¹¹, denn es sind „die einzelnen Ministerien, die praktisch alle wichtigen Gesetze ausarbeiten. In der Regel nickten die Fraktionen diese ohne entscheidende Änderungen ab, berichtet Broukal.“⁴¹²

In dem partikularen Einzelfall, im besonderen Geschehen um die Nabucco-Pipeline, entdeckt sich ein allgemein gültiges Prinzip für die Verwirklichung des politischen Prozesses (der Politics) in Österreich.

⁴¹⁰ John 2010, S. 6

⁴¹¹ zit. nach: ebd.

⁴¹² ebd.

Der Schlussakt

Die handelnden Akteure um die Nabucco Pipeline folgen verschiedenen Motivationen. Die internationale Betreibergesellschaft folgt marktwirtschaftlichen Interessen. Sie bedenkt die Rentabilität des Projekts, die nur gewährleistet wird, wenn sichere Lieferzusagen erzielt werden. Die stehen momentan aus. Die verweigerten Festlegungen der potenziellen Lieferstaaten erscheinen als der Hauptgrund, warum die Nabucco-Pipeline bisher nicht über das Stadium eines Planvorhabens hinausreicht. Die Chronologie der Ereignisse zeigt, dass nach dem russisch-ukrainischen Gaskonflikt zum Jahreswechsel 2006 und aufgrund der Schwierigkeit, die dem Konsortium beim Werben um Gaslieferungen aus anderen Quellen begegnete, sich politische Unterstützung formulierte.

Die EU rechnete mit einer wachsenden Erdgasnachfrage ihrer Mitgliedsstaaten und möchte eine sichere Versorgung gewährleisten. Der steigende Bedarf gründet in der Ausrichtung ihrer Umweltpolitik und in dem Wissen, dass die Ressource für die Energiegewinnung relativ sauber verbrennt. Die Nabucco-Pipeline würde der europäischen Gemeinschaft einen direkten Zugang zu den reichen Erdgasvorkommen im Kaspischen Raum und dem Mittleren Osten erschließen. Aus diesen Quellen könnte ein Teil der wachsenden Nachfrage am europäischen Markt sicher abgedeckt werden. Zu einer größeren Unabhängigkeit gegenüber Russland führt das nicht.

Von der österreichischen Bundespolitik gingen die ersten Impulse aus, die Nabucco-Pipeline auch als politische Angelegenheit zu begreifen. Die Initiative lag beim Wirtschaftsministerium, das in der Folge die österreichische Republik auf anschließenden Gipfeltreffen repräsentierte. Die Benennung einer Nabucco-Beauftragten, die Initiative für ein anfängliches Gipfeltreffen, die Nutzung diplomatischer Wege, die Unterzeichnung und Ratifizierung eines internationalen Abkommens über die Nabucco-Pipeline, dieses breite Instrumentarium aktivierte die österreichische Exekutive um Rückendeckung zu gewährleisten. Die Röhre endet in Baumgarten, würde den Standort der Gas-Hub stärken, die Rolle als Verteilerzentrum aufwerten. Daneben hält die Republik Anteil an der OMV, die unmittelbar an der internationalen Betreibergesellschaft beteiligt ist.

Das Parlament war in den Vorgang nicht eingebunden und nickt nur das Resultat des Prozesses, einen internationalen Vertrag zwischen den Transitstaaten, ab.

Die Bemühungen schließen rege Aktivitäten im Kaspischen Raum und Mittleren Osten ein. Es fehlt die Reserve gegenüber den autoritären Regimen der Region. Für die Orientierung der

österreichischen Außenpolitik scheint ein programmatisches Verhalten und täuschendes Selbstverständnis dahinter vorzuscheinen:

Politische Neutralität als Schlagwort für die Kunst, immer dabei, aber nie schuld gewesen zu sein? "Es zählt zu den Dogmen der österreichischen Nationalmythologie", bilanzieren die US-Diplomaten 2007, "dass die Fähigkeit, weltweite Verbindungen zu unterhalten, ein echter Beitrag zu Frieden und Stabilität ist."⁴¹³

„The calbes [...] show an American diplomatic establishment that is pretty good at analysis.“⁴¹⁴ Die Neutralität dient nicht der Orientierung an der Ausgewogenheit, sondern deckt als Mantel die ungenierten Anbahnungsversuche zur Abicherung des eigenen Vorteils. Mit Verdi klang die Arbeit an, mit Verdi klingt sie aus. Weg von Nabucco, hin zu Macbeth. Verdi vertonte „das große Unheilsdrama Shakespeares“⁴¹⁵ und Lady Macbeth gibt vermutlich dem Konsortium, der EU und der österreichischen Bundespolitik das Motto für deren Fortwirken vor. Bis eine definitive Entscheidung über den Baubeginn der Nabucco-Pipeline gefällt wird, heißt es:

*Compiersi debbe l'opra fatale.*⁴¹⁶
*Das verhängnisvolle Werk muss vollendet werden.*⁴¹⁷

⁴¹³ Friedmann/Mayr 2010, S. 107

⁴¹⁴ Zakaria 2010, S. 19

⁴¹⁵ Bloom 2001, S. 753

⁴¹⁶ Verdi 1995, S. 36

⁴¹⁷ vgl. <http://www.opera-guide.ch/> 2010, URL

Zusammenfassung

Die Diplomarbeit behandelt das Planszenario um die Nabucco-Pipeline und analysiert die unterschiedlichen Motive der handelnden Akteure. Durch die Röhre soll Erdgas, in der Hochphase und letzten Ausbaustufe 31 Milliarden Kubikmeter pro Jahr, aus dem Kaspischen Raum und dem Mittleren Osten nach Mitteleuropa gepumpt werden. Für den Bau und den zukünftigen Betrieb zeichnet ein internationales Konsortium verantwortlich, an dem die österreichische OMV, die ungarische MOL, die rumänische Transgas, die bulgarische Bulgargaz Holding EAD, die deutsche RWE und türkische BOTAS zu gleicher Größe beteiligt sind.

Als das Projekt 2002 erstmalig als Vorhaben präsentiert wurde, war die Absicht vorhanden, dass die Pipeline 2011 in Betrieb soll und Kosten in der Höhe von 4,6 Milliarden Euro verursacht.

Beide Einschätzungen erwiesen sich als gegenstandslos. Das Investitionsvolumen wird mittlerweile auf 7,9 Milliarden Euro beziffert und über den Zeitpunkt, wann die Röhre ans Netz gehen könnte, herrscht Uneinigkeit. Beide Einschätzungen sind von geringerer Relevanz, da eine definitive Entscheidung, ob das Projekt tatsächlich realisiert wird, noch immer aussteht.

Es fehlen die Zusagen der potenziellen Erdgaslieferanten, darin liegt die Hauptursache für die Verzögerungen und Ungewissheiten. Bisher band sich kein Staat aus der Region des Kaspischen Raums und des Mittleren Ostens an konkrete Verpflichtungen.

Das Projekt stieß auf ungeahnte Schwierigkeiten, die das Bedürfnis nach Unterstützung durch die Politik weckten. Den Schluss legt die Chronologie der Ereignisse nahe.

Die Nabucco-Pipeline genießt die Rückendeckung der Europäischen Union und der österreichischen Bundespolitik, von der die Initiative für einen diplomatischen Zusammenschluss der beteiligten Transiländer ausging. Die Bemühungen mündeten in die Unterzeichnung eines internationalen Vertrags zwischen den beteiligten Transitländern. Die Europäische Union sorgt sich um die Gewährleistung der zukünftigen Gasversorgung ihrer Mitgliedsländer, da alle Prognosen von einem wachsenden Bedarf ausgehen. Zusammen mit der österreichischen Bundesregierung und den involvierten Konzernen umwirbt sie die autoritären Regime der möglichen Lieferstaaten, um den Zugriff auf deren Erdgas-Vorkommen abzusichern. Die Nabucco-Pipeline verbindet diese Quellen mit Mitteleuropa direkt, sorgt für die logistische Infrastruktur.

Abstract

The thesis is about the Nabucco-pipeline.

The Nabucco-pipeline will allow to transport natural gas from the Caspian Sea and the Middle East to Central Europe directly and will have an annual capacity of 31 billion cubic meters.

The project was presented to the public in 2002. The austrian OMV, the hungarian MOL, the german RWE, the turkish BOTAS, the Bulgargaz Holding EAD from Bulgaria and Transgas from Romania are equal partners. Together they form a consortium, which is responsible to build and afterwards to run the pipeline.

The opening was primarily scheduled for 2011, but the date has been postponed again and again. Neither the first timeplan nor the budget were met. Currently the earliest possibility to inaugurate the pipeline is in 2018, and the project will cost 7.9 billion € instead of 4.6 billion €.

The littoral states of the Caspian Sea and the Middle East refused to sign agreements on the supply of the pipeline with natural gas. Due to this fact, a final decision if the pipeline will ever be constructed, has not been made yet. There will be no pipeline without the necessary amount of natural gas to transport. There will be no energy infrastructure between the Caspian Sea and the Middle East on the one end and Central Europe on the other if there is no security to fill it sufficiently.

After the consortium experienced various difficulties and obstacles political support was demanded. The EU encourages the project, as the organisation is concerned about the security of its memberstates natural gas supply. All prognoses predict a growing demand within the European Union.

The pipeline would cross five different territories and the federal government of Austria attempted to create a partnership between these five governments. All five entered into a contract, which obligates the signing states to take assistant steps that could help the Nabucco syndicate.

Diplomatic resources are used intensely to get in touch with the authoritarian governments in Azerbaijan, Iran or Turkmenistan. The aim is to commit them to delivery promises. Together the EU, the federal governments (the behaviour of the Austrian government in connection with the Nabucco-pipeline was a research question of this thesis) and the syndicate lose all reservations when dealing with these particular regimes. The endeavours obey a single principle: it does not matter who you make business with as long as they might secure your natural gas supply.

Literaturverzeichnis

Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Ungarn, Rumänien und der Republik Türkei über das Nabucco-Projekt (2009).

Ackeret, Markus (2009): Russland treibt South Stream voran, in: Neue Zürcher Zeitung, 16. Mai 2009, URL:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/russland_treibt_south_stream_voran_1.2565765.html [10. Jänner 2011]

Adorno, Theodor W. (2008): Erziehung - wozu?, in: Adorno, Theodor W. (2008): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 – 1969, Frankfurt/Main : Suhrkamp Verlag, S 105 - 119.

Adorno, Theodor W. (2008): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 – 1969, Frankfurt/Main : Suhrkamp Verlag.

Amtsblatt der Europäischen Union (2003): Entscheidung Nr. 1229/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 26. Juni 2003 über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG.

Amtsblatt der Europäischen Union (2006): Entscheidung Nr. 1364/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 6. September 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze und zur Aufhebung der Entscheidung 96/391/EG und der Entscheidung Nr. 1229/2003/EG.

Assheuer, Thomas (2010): Wir haben die Nase voll, in: Die Zeit, 14. Oktober 2010, S. 50 -51.

Austrian Azerbaijani Chamber of Commerce (2010): Präsident Alijew empfängt Delegation aus Österreich, URL: <http://www.ataz-cc.com/?lng=de&it=71> [10. Jänner 2011]

Bamberger, Richard (u. a.) (Hg.) (1995): Österreich Lexikon. Band II, Wien : Verlagsgemeinschaft Österreich-Lexikon.

Barnett, Neil (2008): Interview with Nabucco Managing Director Reinhard Mitschek, in: Central Europe Digest, 14. März 2008, URL: http://www.cepa.org/ced/view.aspx?record_id=48 [10. Jänner 2011]

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (2009): Herausforderungen in der Energiepolitik. Weißbuch der österreichischen Sozialpartner, Wien : Ueberreuter Print.

Berghahn, Volker (2002): Europa im Zeitalter der Weltkriege. Die Entfesselung und Entgrenzung der Gewalt, Frankfurt/Main : Fischer Taschenbuch Verlag.

Blom, Philipp (2009): Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 - 1914, München : Carl Hanser Verlag.

Bloom, Harold (2001): Shakespeare. Die Erfindung des Menschlichen, 2. Auflage, Berlin : Berlin Verlag.

Bode, Kim (u. a.) (2010): Öko um jeden Preis, in: Der Spiegel, Nr. 38/2010, S. 88 – 97.

Boerseexpress.com (2006): Gemeinsame Erklärung für Nabucco-Projekt unterzeichnet, 26. Juni 2006, URL: <http://www.boerse-express.com/pages/490344> [10. November 2011]

Boerseexpress.com (2008): OMV und Gazprom wollen Gas-Hub Baumgarten stärken, 17. April 2008, URL: <http://www.boerse-express.com/pages/657244> [10. Jänner 2011]

Boerseexpress.com (2010): 'Es geht um zwei Millionen Tonnen Stahl - der Lieferant ist noch nicht fixiert', 23. Februar 2010, URL: <http://www.boerse-express.com/pages/860088> [10. Jänner 2011]

Brauneder, Willhelm (2009): Österreichische Verfassungsgeschichte, 11. Auflage, Wien : Manz.

Brüggmann, Matthias (2006): Der bizarrste Diktator der Welt ist tot, in: Handelsblatt, 21. Dezember 2006, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/der-bizarrste-diktator-der-welt-ist-tot;1190834> [10. Jänner 2011]

Brüggmann, Matthias (2009): Bagdad verbietet Kurden Beteiligung an Nabucco-Pipeline, in: Handelsblatt, 19. April 2009, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/bagdad-verbietet-kurden-beteiligung-an-nabucco-pipeline;2283217> [10. Jänner 2011]

Brundage, W. Fitzhugh/Jaraus, Konrad H. (2008): Massen, in: Mach, Christof/Patel, Kiran Klaus (Hg.) (2008): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München : Pantheon Verlag, S. 295 - 329.

Bundesgesetz, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und auf dem Gebiet der Kraft-Wärme-Kopplung erlassen werden (Ökostromgesetz – ÖSG) (BGBl. I Nr. 104/2009)

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (Hg.) (2010): Außenpolitischer Bericht 2009, Wien : Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010): green jobs. Die Arbeitsplätze der Zukunft sind grün, Wien : Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2010): Mitterlehner sieht positive Signale für Nabucco, 24. Juni 2010, URL: <http://www.bmwfj.gv.at/Presse/Archiv/Archiv%202010/Seiten/WirtschaftsministerMitterlehnerundAußenministerSpindeleggertrafeninBakuAserbaidischansPräsidentAliyev.aspx> [10. Jänner 2011]

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2011): Organigramm des Bundesministeriums für Wirtschaft Familie und Jugend, URL: http://www.bmwfj.gv.at/Ministerium/Organigramm/Documents/Organigramm_BMWFJ-Stand-21-12-2010.pdf [11. Jänner 2011]

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend/Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hg.) (2010): Energiestrategie für Österreich. Maßnahmenvorschläge, Wien : Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend/Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Bürgel, Rudolf (2010): Irak: Konflikte zwischen Bagdad und kurdischer Regionalregierung eskalieren, in: Politische Berichte. Zeitschrift für linke Politik, Oktober 2010, URL: <http://politischeberichte.wordpress.com/2010/10/01/irak-konflikte-zwischen-bagdad-und-kurdischer-regionalregierung-eskalieren/> [10. Jänner 2011]

Bush, Jason (2009): Russia's South Stream Project Gets a Boost, in: Spiegel Online, 19. Mai 2009, URL: <http://www.spiegel.de/international/business/0,1518,625697,00.html> [10. Jänner 2011]

Busse, Nikolas (2009): „Nabucco“ soll Europas Gasversorgung sichern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juli 2009, URL: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~ED22F7885F56F4EA3B995F5DC886838D0~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [10. Jänner 2011]

Busse, Nikolas (2011): Aserbaidshan sagt der EU Gaslieferungen zu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2011, URL: <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E9959FE336655457282A0418D10CA0750~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [03. Februar 2011]

Busse, Uwe (2006): Das perfekte Rohr, in: Follath, Erich/Jung, Alexander (2006): Der neue Kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe, München : Deutsche Verlags Anstalt, S. 53 - 63.

CEE Bankwatch Network (2010): Nabucco and Turkmenistan. Our energy security, Turkmen's misery, Warschau : CEE Bankwatch Network.

Christie, Edward (2007): Oil and Gas Dependence of EU-15 Countries, Wien : Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Conclusions of the Ministerial Conference on Energy Co-operation between the EU, the Caspian Littoral States and their neighbouring countries (2004).

Curtin, Deirdre (2009): Executive Power of the European Union. Law, Practices and the Living Constitution, Oxford : Oxford University Press.

Dachs, Herbert (u. a.) (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien : Manz.

de Leon, Philip (2009): The Great Geopolitical Battle Over Energy Transit Routes, in: Financial, 18. Februar 2009, URL: http://finchannel.com/Main_News/Op-Ed/52227_The_Great_Geopolitical_Battle_Over_Energy_Transit_Routes/ [10. Jänner 2011]

Declaration of the Sofia Energy Summit (2009).

Defilla, Steivan (2007): Kompaktwissen. Energiepolitik. Wissenschaftliche und wirtschaftliche Grundlage, Zürich/Chur : Rüegger Verlag.

Dempsey, Judy (2009): Hoping for More Than Just Energy From a European Gas Pipeline, in: International Herald Tribune, 23. Dezember 2009, URL: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C01E3DF163DF930A15751C1A96F9C8B63> [10. Jänner 2011]

Derstandard.at (2008): OMV und Gazprom feiern 40 Jahre Import von russischem Erdgas nach Österreich, 17. April 2007, URL: <http://derstandard.at/3306417> [10. Jänner 2011]

Derstandard.at (2010a): Österreich und Russland schlossen Pipeline-Abkommen, 24. April 2010, URL: <http://derstandard.at/1271375166530/South-Stream-Oesterreich-und-Russland-schlossen-Pipeline-Abkommen> [10. Jänner 2011]

Derstandard.at (2010b): Außenministerium schließt fünf Standorte, 20. November 2010, URL: <http://derstandard.at/1289609101286/Einsparungen-Aussenministerium-schliesst-fuenf-Standorte> [10. Jänner 2011]

Deutsche Presse Agentur (2008): EU, Iraq Seek To Seal Nabucco Deal Within Weeks – Barroso, 16. April 2008, URL: http://www.downstreamtoday.com/news/article.aspx?a_id=10137 [10. Jänner 2011]

Deutsche Presse Agentur (2010): Turkmenistan stützt Nabucco Gas Pipeline, 17. September 2010, URL: <http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/176494.html> [10. Jänner 2011]

Deutsche Welle (2006): Gaspipeline zwischen Iran und Europa bis 2007 entschieden, 10. Januar 2006, URL: http://www.dw-world.de/popups/popup_printcontent/0,,1852218,00.html [10. Jänner 2011]

Deutsche Welle (2009): EU will Nabucco-Pipeline voranbringen, 29. Januar 2009, URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3988107,00.html> [10. Jänner 2011]

Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste (2007): Die „Nabucco“-Gaspipeline als Teil der EU-Energieaußenpolitik, Berlin : Deutscher Bundestag.

Diepresse.com (2008): Nabucco. Pipeline-Kosten explodieren, 29. Mai 2008, URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/387054/Nabucco_PipelineKosten-explodieren [10. Jänner 2011]

Diepresse.com (2010): Versoben: Entscheidung über Nabucco nicht vor 2011, 8. Oktober 2010 URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/600633/Verschoben_Entscheidung-ueber-Nabucco-nicht-vor-2011- [10. Jänner 2011]

Dorsheimer, Sabine (2008): Das ägyptische Regierungssystem unter Hosni Mubarak und der Einfluss der Muslimbruderschaft auf die Regierungspraxis, Norderstedt : Grin Verlag.

Dvorak, Johann (1997): Politik und die Kultur der Moderne in der späten Habsburger-Monarchie, Innsbruck/Wien : StudienVerlag.

Ebbinghaus, Julius (1957): Vorwort, in: Locke, John (1957): Ein Brief über Toleranz, Hamburg : Verlag von Felix Meiner, S. 7 - 63.

Email Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2010).

Euchner, Walter (1977): Einleitung des Herausgebers, in: Locke, John (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt/Main : Suhrkamp Verlag, S. 9 – 63.

Europäische Kommission (2006): Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel : Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Europäische Kommission (2007a): KOM (2007) 1 endgültig. Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa.

Europäische Kommission (2007b): KOM (2007) 723 endgültig. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und an den Ausschuss der Regionen. Ein Europäischer Strategieplan für Energietechnologie (Set-Plan), URL: http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2007&nu_doc=723 [11. Jänner 2011]

Europäische Zentralbank (2010): Statistical Data Warehouse. ECB reference exchange rate, US dollar/Euro, 2:15 pm (C.E.T.), 7. Dezember 2010, URL: http://sdw.ecb.europa.eu/quickview.do?SERIES_KEY=120.EXR.D.USD.EUR.SP00.A [07. Dezember 2010]

Europäischer Rat (2007): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft, Berlin : Auswärtiges Amt.

Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Aserbaidschan.
Länderstrategiepapier 2007 – 2013 (2007).

Fath, Rolf (1998): Reclams Lexikon der Opernwelt in sechs Bänden. Band 4. L-O, Stuttgart :
Philipp Reclam junior GmbH & Co.

faz.net (2010a): Iran und Syrien stimmen sich mit Hamas und Hizbullah ab, 26. Februar 2010,
URL:

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E08278BAFD568485292D13564A7839B4A~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [11. Jänner 2011]

faz.net (2010b): UN-Sicherheitsrat verschärft Sanktionen gegen Iran, 9. Juli 2010, URL:

<http://www.faz.net/s/Rub868F8FFABF0341D8AFA05047D112D93F/Doc~E1F0ADF5377544E5191E692AF88FDE6D6~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [11. Jänner 2011]

faz.net (2010c): Iran: „Wie eine lästige Schmeißfliege“, 10. Juli 2010, URL:

<http://www.faz.net/s/RubE073BC45BF914FEAA6F729039898A785/Doc~E147C947FF7D0404FBD5EC5B52C159CA6~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [11. Jänner 2011]

Feichtinger, Friedrich/Spörker, Hermann (1996): ÖMV – OMV. Die Geschichte eines
österreichischen Unternehmens, Horn : Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H.

Filzmaier, Peter (u. a.) (2006): Internationale Politik. Eine Einführung, Wien : Facultas
Verlags – und Buchhandels AG.

Fischer, Heinz (Hg.) (1982): Das politische System Österreichs, 3. Auflage,
Wien/München/Zürich : Europaverlag

Flaiger, Jürgen (2010): Skrupellosigkeit siegt beim Bau der Ostseepipeline, in: Die Zeit –
Online, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/nabucco-baubeginn> [11. Jänner 2011]

Focus.de (2010): EU weicht Iran-Sanktionen auf, 22. Oktober 2010, URL:

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/iran-eu-weicht-iran-sanktionen-auf_aid_564753.html [11. Jänner 2011]

Follath, Erich/Jung, Alexander (2006): Der neue Kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe, München : Deutsche Verlags Anstalt.

Follath, Erich/Schepp, Matthias (2007): Der Konzern des Zaren, in: Der Spiegel, Nr. 10/2007, S. 120 – 137.

Foner, Eric (Hg.) (1995): Collected Writings, New York : The Library of America.

Franzen, Jonathan (2010): Freiheit, 2. Auflage, Reinbeck bei Hamburg : Rowohlt.

Fredholm, Michael (2006): Gazprom in Crisis., Newcastle : Defence Academy of the United Kingdom.

Freedomhouse (2008): Azerbaijan (2008), URL:

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2008&country=7346>

[11. Jänner 2011]

Freedomhouse (2010) : Turkmenistan (2010), URL:

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2010&country=7938>

[11. Jänner 2011]

Friedmann, Jan/Mayr, Walter (2010): „Nein, nein und wieder nein“, in: Der Spiegel, 49/2010, S 104 – 107.

Fuster, Thomas (2010): Nabucco-Kosten halb gedeckt, in: Neue Zürcher Zeitung, 8. September 2010, S. 7.

Gerlich, Peter (1982): Funktionen des Parlaments, in: Fischer, Heinz (Hg.) (1982): Das politische System Österreichs, 3. Auflage, Wien/München/Zürich : Europaverlag, S. 77 – 110.

Geropoulos, Kostis (2009): Gaz de France: Nabucco's lucky number seven, in: New Europe, 25. Oktober 2009, URL: <http://www.neurope.eu/articles/Gaz-de-France-Nabuccos--lucky-number-seven/97047.php> [11. Jänner 2011]

Gesellschaft für bedrohte Völker (2010): „Ruhnama – Im Schatten des Heiligen Buches“ Die Menschenrechtslage in Turkmenistan, URL:

<http://www.gfbv.de/uploads/download/download/59.pdf> [11. Jänner 2011]

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074)

Götz, Roland (2007): Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit, Berlin : Stiftung Wissenschaft und Politik.

Götz, Roland (2009): Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: Osteuropa, Energie Dossier 2009, S. 5 - 20.

Grigat, Stephan (2010): In die Bresche springen. Aktuelle Entwicklungen im österreichischen und schweizerischen Verhältnis zum iranischen Regime, in: Grigat, Stephan/Hartmann, Simone Dinah (Hg.) (2010): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung, Innsbruck/Wien : StudienVerlag, S. 136 - 153.

Grigat, Stephan/Hartmann, Dinah (Hg.) (2008): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Innsbruck/Wien : StudienVerlag.

Grigat, Stephan/Hartmann, Simone Dinah (Hg.) (2010): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung, Innsbruck/Wien : StudienVerlag.

Grigat, Stephan (u. a.) (2008): Geschäft und Verbrechen. Ökonomische Kooperation mit dem Iran und die postnazistische Gesellschaft in Österreich, in: Grigat, Stephan/Hartmann, Dinah (Hg.) (2008): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Innsbruck/Wien : StudienVerlag, S. 214 - 235.

Grimm, Oliver (2011): Energiekommissar Oettinger: 'OMV muss sich bewegen', in: Die Presse, 3. Februar 2010, URL:

http://diepresse.com/home/wirtschaft/630606/Energiekommissar-Oettinger_OMV-muss-sich-bewegen?_vl_backlink=/home/index.do [3. Februar 2011]

Gruss, Peter/Schüth, Ferdi (2008): Die Zukunft der Energie. Die Antwort der Wissenschaft, München : Verlag C.H. Beck

Gurut, Marat (2008): Turkmenistan to move gold statue of Turkmenbashi, 3. Mai 2008, URL: <http://www.reuters.com/article/idUSL0355546520080503> [11. Jänner 2011]

Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien : Ueberreuter.

Hansen, Flemming (2007): OMV: Socar Could Be the Seventh Nabucco Partner, in: Downstream Today, 5. Oktober 2007, URL: http://www.downstreamtoday.com/news/article.aspx?a_id=6394 [11. Jänner 2011]

Hedenskog, Jakob/Larsson, Robert (2007): Russian Leverage on the CIS and the Baltic States, Stockholm : FOI.

Hennicke, Peter/Fischedick, Manfred (2007): Erneuerbare Energien. Mit Energieeffizienz zur Energiewende, München : C.H. Beck.

Hobsbawm, Eric (2003): Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 6. Auflage, München : Deutscher Taschenbuch Verlag.

Hofmann, Hasso (2007): Verfassungsgeschichte als Phänomenologie des Rechts, München : Verlag der bayrischen Akademie der Wissenschaften.

Höllmann, Thomas (2004): Die Seidenstrasse, München : C.H. Beck Verlag.

Höreth, Marcus (1999): Die Europäische Union im Legitimationstrilemma, Baden-Baden : Nomos Verlagsgesellschaft.

International Energy Agency (2009): World Energy Outlook 2009, Paris : OECD.

John, Gerald (2010): „Der Parlamentarismus wird allmählich zur Farce“, in: Der Standard, 14. Dezember 2010, S 6.

Judt, Tony (2009): Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt/Main : Fischer Verlag.

Kanter, James (2010): Europe Offers \$273 Million in Aid for a Gas Pipeline From Turkey to Austria, in: New York Times, 5. März 2010, URL:
http://www.nytimes.com/2010/03/05/business/global/05energy.html?_r=1&ref=nabucco_pipe
line [11. Jänner 2011]

Kästner, Thomas/Kießling, Andreas (2009): Energie in 60 Minuten. Ein Reiseführer durch die Stromwirtschaft, Wiesbaden : Verlag für Sozialwissenschaften.

Klußmann, Uwe (2006): Russland – Putin und der Pipeline-Poker, in: Follath, Erich/Jung, Alexander (2006): Der neue Kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe, München : Deutsche Verlags Anstalt, S. 150 - 158.

Kneissl, Karin (2006): Der Energiepoker. Wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen, München : FinanzBuch Verlag.

Lahodinsky, Otmar (2010): Nebenrollenspiele, in: Profil, 13. Dezember 2010, S. 24 – 27.

Larsson, Robert L. (2007) : Nord Stream, Sweden and Baltic Sea Security, Stockholm : Defence Research Agency.

Locke, John (1957): Ein Brief über Toleranz, Hamburg : Verlag von Felix Meiner.

Locke, John (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt/Main : Suhrkamp Verlag.

Locke, John (2003): Über die Regierung (The Second Treatise of Government), Stuttgart : Philipp Reclam jun. GmbH & Co.

Lukács, John (1990): Budapest um 1900. Ungarn in Europa, Berlin : Wolf Jobst Siedler Verlag.

Mach, Christof/Patel, Kiran Klaus (Hg.) (2008): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München : Pantheon Verlag

Malek, Martin (2009): Die Energiesicherheit der EU bis 2030. Unter besonderer Berücksichtigung der Region des Kaspischen Meeres, Wien : Landesverteidigungsakademie.

Manoschek, Walter/Geldmacher, Thomas (2006): Vergangenheitspolitik; in: Dachs, Herbert (u. a.) (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien : Manz, S 577 - 593.

Mascolo, Georg/Jung, Alexander (2006): „Ölschock in Zeitlupe“, in: Follath, Erich/Jung, Alexander (2006): Der neue Kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe, München : Deutsche Verlags Anstalt, S. 64 - 69.

Mayer, Heinz (Hg.) (2007): B-VG Bundesverfassungsrecht. Kurzkommentar, 4. Auflage, Wien : Manz.

Mayer-Tasch, Peter Cornelius (2003): Nachwort. John Locke – Der Weg zur Freiheit, in: Locke, John (2003): Über die Regierung (The Second Treatise of Government), Stuttgart : Philipp Reclam jun. GmbH & Co, S. 189 - 225.

Mayr, Walter (2006): Werben um Turkmenbaschi, in: Der Spiegel, Nr. 17/2006, S. 110 – 112.

Menzel, Stefan (2010): „Nabucco-Baubeginn ist alles andere als gesichert“, in: Das Handelsblatt, 21. Mai 2010, URL:
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/pipeline-nabucco-baubeginn-ist-alles-andere-als-gesichert;2585590> [11. Jänner 2011]

Mihm, Andreas (2009a): Neue Gas-Pipelines sollen steigende Nachfrage befriedigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Januar 2009. URL:
<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E22B0F248767B4207930F342270E6C8D3~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [11. Jänner 2011]

Mihm, Andreas (2009b): Mehr Freiheit für acht Milliarden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juli 2009, URL:
<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~EF4AB994246C14FFFA7E1F02652A087F9~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [11. Jänner 2011]

Ministerial Declaration on Enhanced energy co-operation between the EU, the Littoral States of the Black and Caspian Seas and their neighbouring countries (2006).

Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament (2007): Eine Energiepolitik für Europa. KOM (2007) 1, Brüssel : Europäische Kommission.

Montesquieu, Charles-Louis de Secondat (2006): Vom Geist der Gesetze. Auswahl, Übersetzung und Einleitung von Kurt Weigand, Stuttgart : Philipp Reclam jun. GmbH & Co.

Müller, Giorgio (2010): Ambitiöse Erdgaspipeline-Projekte für Europa, in: Neue Zürcher Zeitung, 23. September 2010, S. 9.

Müller-Kraenner, Sascha (2007): Energiesicherheit. Die neue Vermessung der Welt, München : Verlag Antje Kunstmann.

Nicola, Stefan (2008): Analysis. Europe's pipeline war, 5. Februar 2008, URL:
http://www.upi.com/Science_News/Resource-Wars/2008/02/05/Analysis-Europes-pipeline-war/UPI-24561202258576/ [11. Jänner 2011]

Noel, Pierre (2008): Beyond dependence: How to deal with russian gas, London : European Council on foreign relations.

Nohlen, Dieter/Schultz, Rainer-Olaf (Hg.) (2005a): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M, 3. Auflage, München : C.H. Beck Verlag.

Nohlen, Dieter/Schultz, Rainer-Olaf (Hg.) (2005b): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z, 3. Auflage, München : C.H. Beck Verlag.

Norling, Niklas (2007): Gazprom's Monopoly and Nabucco's Potentials: Strategic Decisions for Europe, Washington DC : Johns Hopkins University, Silk Road Studies Program.

Nothegger, Barbara (2008): Europas lange Leitung, in: Die Zeit, 3. Jänner 2008, URL: <http://pdf.zeit.de/2008/02/PS-Nabucco.pdf> [11. Jänner 2011]

Nowak, Rainer (2010): Spindelegger: „Verstehe US-Kritik als Kompliment“, 23 Dezember 2010, URL: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/621107/Spindelegger_Verstehe-USKritik-als-Kompliment [11. Jänner 2011]

NZZ Online (2006): Klimaschutz als ökonomischer Imperativ, 31. Oktober 2006, URL: <http://www.nzz.ch/2006/10/31/wi/articleEM6NR.html> [11. Jänner 2011]

NZZ Online (2009): Die Nabucco-Pipeline kann gebaut werden, 13. Juli 2009, URL: http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/die_nabucco-pipeline_kann_gebaut_werden_1.3024910.html [11. Jänner 2011]

OMV Aktiengesellschaft, Corporate Communications & Public Affairs (2010): Der OMV Konzern Fakten und Zahlen, Wien : OMV AG.

Osterhammel, Jürgen (2009): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München : Verlag C.H. Beck.

Pahlen, Kurt (Hg.) (1991): Giuseppe Verdi. Nabucco, 2. Auflage, Mainz : Schott's Söhne.

Paine, Thomas (1995): Common Sense, in: Foner, Eric (Hg.) (1995): Collected Writings, New York : The Library of America.

Parlamentsdirektion (Hg.) (2009): Stenographisches Protokoll. 49. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. XXIV. Gesetzgebungsperiode. Donnerstag, 10. Dezember 2009, Wien : Parlamentsdirektion.

Parlamentskorrespondenz Nr. 243 vom 24. 03.2009. Minister Mitterlehner: Keine Staatsbeteiligung an Nabucco. Wirtschaftsausschuss diskutiert über EU-Programm.

Pelinka, Anton (2005): Vergleich politischer Systeme, Wien/Köln/Weimar : Böhlau Verlag.

Perovic, Jeronim (2009): Farce ums Gas. Russland, die Ukraine und die EU-Energiendebatte, in: Osteuropa, Energie Dossier 2009, S. 21 – 38.

Peto, Sando (2009): Polish PGNiG plans to join Nabucco – Hungary govt, 27. Jänner 2009, URL: <http://uk.reuters.com/article/idUKLR22969020090127> [11. Jänner 2011]

Pörzgen, Gemma (2007): Gasprom. Die Macht aus der Pipeline, Hamburg : Europäische Verlagsanstalt.

Prague Summit Southern Corridor (2009).
[11. Jänner 2011]

Rat der Europäischen Union (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7224/1/07. REV 1.

Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien : Paul Zsolnay Verlag.

Rhar, Benjamin (2009): Nabucco hat schlechte Karten im Gaspoker, in: Die Presse, 30. Juni 2009, URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/491540/Nabucco-hat-schlechte-Karten-im-Gaspoker?from=gl.home_wirtschaft

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) (2009): Die ökonomischen Wirkungen der Förderung Erneuerbarer Energien: Erfahrungen aus Deutschland. Endbericht, Essen : Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Rempel, Hilma (u. a.) (2009): Geologie und Energieversorgung. Rohstoffvorkommen und –verfügbarkeit, in: Osteuropa, Energie Dossier 2009, S. 95 – 111.

Resources + Lexicon (2010): Ton of oil equivalent (toe), URL: http://www.cite-sciences.fr/lexique/definition1.php?idmot=145&rech_lettre=t&num_page=10&habillage=glp&lang=an&id_expo=13&id_habillage=24 [11. Jänner 2011]

Ria Novosti (2009a): Turkmenistan wird 1,2 Billionen cbm Gas im Laufe von 30 Jahren nach China pumpen, 24. Juni 2009, URL: <http://de.rian.ru/business/20090624/122102032.html> [11. Jänner 2011]

Ria Novosti (2009b): Gazprom will wieder Gas aus Turkmenistan beziehen – „RBC Daily“, 6. Oktober 2009, URL: <http://de.rian.ru/business/20091006/123374159.html> [11. Jänner 2011]

Russell, Bertrand (2008): Die Philosophie des Abendlandes, 5. Auflage, München : Piper Verlag.

Rutledge, Ian (2006) Addicted to Oil. America's Relentless Drive for Energy Security, London/New York : I.B. Tauris.

Schefbeck, Günter (2006): Das Parlament in: Dachs, Herbert (u.a.) (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien : Manz, S. 139 – 188.

Schlussakte der Europäischen Energiechartakonferenz vom 9.3.1998, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, L 69/5.

Schraven, David (2009): Iran will Westen mit Gas durch die Nabucco-Pipeline versorgen, in: Die Welt, 9. Oktober 2009, URL: <http://www.welt.de/die-welt/wirtschaft/article4783324/Iran-will-Westen-mit-Gas-durch-Nabucco-Pipeline-versorgen.html> [11. Jänner 2011]

Schorske, Carl Emil (1982): Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, 2. Auflage, Frankfurt/Main : Fischer Verlag.

Schürpf, Thomas (2005): Schweiz bei Unternehmenssteuern im Mittelfeld, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. Februar 2005, URL: <http://www.nzz.ch/2005/02/14/wi/newzzE56PX2EM-12.html> [11. Jänner 2011]

Schüth, Ferdi (2008): Grundlage der Energiediskussion, in: Gruss, Peter/Schüth, Ferdi (2008): Die Zukunft der Energie. Die Antwort der Wissenschaft, München : Verlag C.H. Beck, S. 15 – 31.

Seifert, Thomas/Werner, Klaus (2005): Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Wien : Zsolnay Verlag.

Spiegel.de (2010): Bau der Nabucco-Pipeline verspätet sich, 25. März 2010, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,685569,00.html> [11. Jänner 2011]

Staudinger, Martin/Treichler, Robert (2010): Der Krimi um die Gaspipeline Nabucco, in: Profil, 6. September 2010, URL: <http://www.profil.at/articles/1044/560/281163/der-krimi-gaspipeline-nabucco> [11. Jänner 2011]

Steinmeier, Frank-Walter (2007): Die Seidenstraße neu beleben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Juni 2007, S. 10.

Stern, Nicholas (2006): Stern Review: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels. Zusammenfassung/Executive Summary, URL : http://commonsblog.files.wordpress.com/2008/10/stern_review_exec_summary1.pdf [4. Oktober 2010]

Tálos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (2005): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938, 5. Auflage, Wien : Lit Verlag.

Tálos, Emmerich; Manoschek, Walter (2005): Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus, in: Tálos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.) (2005): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938, 5. Auflage, Wien : Lit Verlag, S. 124 - 161.

The Declaration of the Budapest Nabucco Summit (2009).

The Economist (2010): The abominable gas man, in: The Economist, 14. Oktober 2010, URL: http://www.economist.com/node/17260657?story_id=17260657&fsrc=rss [11. Jänner 2011]

The unanimous Declaration of the thirteen united States of America (2010), URL: <http://www.ushistory.org/declaration/document> [15. Oktober 2010]

Thumann, Michael (2004): Ein Staat wird demontiert, in: Ullrich, Volker/Rudloff, Felix (2004): Der Fischer Weltalmanach. Pulverfass Irak, Frankfurt/Main : Fischer Taschenbuch Verlag, S. 101 - 103.

Today.Az (2008): SOCAR not intending to be shareholder in Nabucco gas pipeline construction, 12. Juni 2008, URL: <http://today.az/news/business/45624.html> [11. Jänner 2011]

Trudelle, Alice (2010): Green jobs slow to appear in the economy, in: Warsaw Business Journal, 1. März 2010, URL: <http://www.wbj.pl/article-48639-green-jobs-slow-to-appear-in-the-economy.html?type=lim> [02. März 2010]

Ucakar, Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien, in: Dachs, Herbert (u. a.) (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien : Manz, S. 119 – 138.

Ueberhorst, Stefan (1994): Energieträger Erdgas. Exploration, Produktion, Versorgung. Bonn: verlag moderne industrie.

Ullrich, Volker/Rudloff, Felix (Hg.) (2004): Der Fischer Weltalmanach. Pulverfass Irak, Frankfurt/Main : Fischer Taschenbuch Verlag.

Ultsch, Christian: Eine Botschaft für den Gasprinz von Baku, in: Die Presse, 23. Juni 2010, URL: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/576081/index.do> [4. Oktober 2010]

Umbach, Frank (2007): Zielkonflikte der europäischen Energiesicherheit. Dilemmata zwischen Russland und Zentralasien, Berlin : Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Umbach, Frank/Skiba, Alexandra (2007): Licht und Schatten auf dem Frühjahrsgipfel 2007, Berlin : Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Umweltbundesamt (Hg.) (2009): Klimaschutzbericht 2009, Wien : Umweltbundesamt.

van Aartsen, Joias (2009): Activity Report. September 2007 – February 2009, Brüssel : European Coordinator. Project of European interest n° NG 3.

Vautravers, Rene (2009): Haftantrag gegen Staatschef des Sudans, in: Neue Zürcher Zeitung, 15. Juli 2008, URL:
http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/haftantrag_gegen_staatschef_des_sudans_1.783632.html [11. Jänner 2011]

Verdi, Giuseppe (1995): Macbeth. Melodrama in quattro atti, Stuttgart : Philipp Reclam jun. GmbH & Co.

Verordnung (EU) Nr. 961/2010 Des Rats vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 423/2007. Amtsblatt der Europäischen Union L 281/1.

Vile, M. J. C. (1967): Constitutionalism and the Separation of Powers, Oxford : Clarendon Press.

von Randow, Gero/Ladurner, Ulrich (2006): Die iranische Bombe. Eine globale Gefahr, Hamburg : Hoffmann und Campe Verlag.

Vorholz, Fritz (2010): Welt ohne Stoff, in: Die Zeit, 17. Juni 2010, S. 25.

Voswinkel, Johannes (2006): Allmächtiger! in: Die Zeit,
http://www.zeit.de/2006/01/_Allmaechtiger_ [11. Jänner 2011]

Weber, Klaus (Hg.) (2004): Rechtswörterbuch, 18. Auflage, München : CH Beck.

Weber, Max (2006): Wirtschaft und Gesellschaft, Paderborn : Voltmedia.

Weizsäcker, Carl Christian (2008): Internationale Energiepolitik, in: Gruss, Peter/Schüth, Ferdi (2008): Die Zukunft der Energie. Die Antwort der Wissenschaft, München : Verlag C.H. Beck, S. 49 – 70.

Wienerbörse.at (2009): Central European Gas Hub und Wiener Börse starten gemeinsame Gas Exchange, 11. Dezember 2009, URL:
http://www.wienerbörse.at/investors/news/boerse_news/cegh-gas-exchange.html
[11. Jänner 2011]

Wiener Zeitung (2010a): Gute Geschäfte trotz Sanktionen, 19. Februar 2010, URL:
<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3856&Alias=wzo&cob=473737>
[11. Jänner 2011]

Wiener Zeitung (2010b): Zwei Mega-Projekte in der Pipeline, 26. April 2010, URL:
<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3926&Alias=wzo&cob=489227>
[11. Jänner 2011]

Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit, Wien/Köln/Weimar : Böhlau Verlag.

Winkler, Peter (2009): Haftbefehl gegen den Präsidenten des Sudan, in: Neue Zürcher Zeitung, 5. März 2009, URL:
http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/haftbefehl_gegen_praesidenten_des_sudans_1.2144675.html [11. Jänner 2011]

Zakaria, Farred (2010): It's not bad, in: Time, 13. Dezember 2010, S. 19.

Zimmermann, Hans Dieter (2009): Tschechien, München : C.H. Beck.

Internetressourcen

ec.europa.eu/energy/index_en.htm (2010): European Commission Energy, URL:
http://ec.europa.eu/energy/index_en.htm [11. Jänner 2011]

www.euroactiv.de (2011): Erdgas für Nabucco aus Aserbaidshan, URL:
<http://www.euractiv.de/druck-version/artikel/erdgas-fr-nabucco-aus-aserbaidshan-004213>
[3. Februar 2011]

www.ipic.ae (2010): Overview. About IPIC, URL:
<http://www.ipic.ae/en/about/overview.aspx?mnu=abt> [11. Jänner 2011]

www.nabucco-pipeline.com (2010): Nabucco Gas Pipeline, URL:
www.nabucco-pipeline.com [24. Jänner 2011]

www.nyse.tv (2010): Crude Oil Price History, URL: <http://www.nyse.tv/crude-oil-price-history.htm> [08. Dezember 2010]

www.oeiag.at (2010): OMV AG. Unternehmensinfo, URL:
<http://www.oeiag.at/asp/indexchart.asp?id=omv> [11. Jänner 2011]

www.opera-guide.ch (2011): Libretto: Macbeth, URL: <http://www.opera-guide.ch/libretto.php?id=387&uilang=de&lang=de>, [11. Jänner 2011]

www.rwe.com (2008): RWE als sechster Vertragspartner im Nabucco-Konsortium, URL:
<http://www.rwe.com/web/cms/de/37110/rwe/presse-news/pressemitteilung/?pmid=4001987>
[11. Jänner 2011]

www.steelonthenet.com (2010): Steelmaking Commodity Prices, URL:
http://www.steelonthenet.com/commodity_prices.html [5. Dezember 2010]

www.wtrg.com/daily/gasprice.html (2011): NYMEX Natural Gas Futures, URL:
<http://www.wtrg.com/daily/gasprice.html> [11. Jänner 2011]

www.zeppelin.de (2010): Zeppelin Konzern, URL:
<http://www.zeppelin.com/de/Konzern/index.php> [11. Jänner 2011]

Grafik

Grafik I: Strategische Ellipse

http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Bilder/Ene__Erdoel__ellipse2006__g,property=default.jpg

Grafik II: Der Trassenverlauf der Nabucco Pipeline

Quelle: http://portal.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/press/newsletter/20101102_UK%20-%20Nabucco%20Status%20Presentation.pdf [11. Jänner 2011]

Grafik III: Landkarte III: Südosteuropa – Schwarzes Meer – Kaspisches Meer

Quelle: <http://positivity.files.wordpress.com/2009/06/europe-asia-map1.gif> [11. Jänner 2011]

Grafik IV: Geplantes Pipeline Netzwerk in Europa

Quelle: Fellmann, Martin (2010): Die Erdgasprojekte für Europa und die bereits bestehenden Pipelines. NZZ-Infografik, in: Neue Zürcher Zeitung, 22. September 2010, URL: http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/endspiel_um_nabucco_1.7643011.html

Lebenslauf

Name: Aaron Sterniczky

Geburtsdatum: 19. Oktober 1982

Geburtsort: Oberwart

Staatsbürgerschaft: Österreich

Adresse: Marktgasse 6/38
1090 Wien

E-Mail: aaron_sterniczky@hotmail.com

Bildungsweg

1989 - 1993 Volksschule Oberwart,
Burgenland, Österreich

1993 - 1998 Evangelisches Realgymnasium Oberschützen,
Burgenland, Österreich

1998 - 2003 Bundes-Handelsakademie Stegersbach,
Burgenland, Österreich

2003 - 2004 Zivildienst an der Gedenkstätte für die Opfer der
NS-„Euthanasie“ Bernburg, Sachsen-Anhalt, Deutschland

2004 - 2005 Beginn des Studiums der Politikwissenschaft und
Islamwissenschaft an der Universität zu Köln

2005 - 2006	Fortsetzung des Studiums der Judaistik und Arabistik an der Universität Wien
seit April 2006	Wechsel der Studienfächer hin zu Politikwissenschaft und Philosophie
Februar - Juli 2010	Studium an der Universität Warschau über ein Stipendium des Erasmus-Mobilitätsprogramms

Publikationen

Sterniczky, Aaron/Scherzer, Sonja (2010): Grundversorgung in Salzburg: AsylwerberInn für den Tourismus?, in: Rosenberger, Sieglinde (Hg.) (2010): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus, Wien : Facultas Verlag, S. 163 – 184.

Sterniczky, Aaron (2010): An unfortunate faith. The Hlinka's Slovak People's Party's ideology, in: Marusza, Zoltán (Hg.) (2010): The Molotov-Ribbentrop Pact. Unknown Clauses: The Background Deals of Totalitarian Systems in the Face of World War II, Budapest : Department of Modern and Contemporary Global History, Eötvös University, S. 61 – 66.